express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nr. 2-3/2025, 63. Jahrgang • www.express-afp.info • ISSN 0343–5121 • Preis: 4,00 Euro

Aktive Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsgelegenheiten und Arbeitspflicht

Katja Kipping, Thorben Knobloch und Jennifer Puls* über die aktuelle Debatte zur Arbeits- und Jobpflicht

Während des Wahlkampfs erlebte die Debatte um Arbeitspflicht wieder einmal eine Konjunktur.[1] So sollen beispielsweise Bürgergeldbezieher:innen und Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Arbeiten im öffentlichen Raum, auf Spielplätzen oder in Parks übernehmen. Andernfalls solle es keine Sozialleistungen geben. Wie schon öfter in der Vergangenheit ist dies verbunden mit einer Stimmungsmache gegen Menschen, die auf Schutz und auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Geltende Gesetzeslage und Änderungen im Zuge der Wachstumsinitiative

Am 5. Juli 2024, einige Monate vor dem Aus der Ampel-Regierung, hatte diese ihre Vorstellungen für den Haushalt 2025 und die weitere Regierungsarbeit vorgestellt. Unter dem Titel »Wachstumsinitiative – neue wirtschaftliche Dynamik für Deutschland«[2] finden sich u.a. deutliche Einschränkungen und Änderungen für Bürgergeldbezieher:innen.

Eine Maßnahme bezieht sich dabei auf die Arbeitsgelegenheiten (AGH) nach dem SGB II.[3] Diese verfolgen ursprünglich den Zweck, langzeitarbeitslose Personen wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen.

Entsprechend der sogenannten »Wachstumsinitiative« sollen die Arbeitsgelegenheiten nun jedoch vermehrt Personen angeboten werden, »die sich Maßnahmen immer wieder verweigern (Totalverweigerer).« Das Angebot von Arbeitsgelegenheiten soll offenkundig als Test für die Arbeitsbereitschaft benutzt werden, um gegebenenfalls sanktionieren zu können. Es soll damit wieder die Totalsanktionierung eingeführt werden, wonach die Leistungsansprüche vollständig versagt werden können.

Vor diesem Hintergrund wurde die fachliche Weisung der Bundesagentur für Arbeit zum Oktober 2024 geändert. Demnach wurden das Ziel und die Zielgruppe von AGH erweitert. Zukünftig können erwerbsfähige Leistungsberechtige, die sich der Teilnahme an Eingliederungsmaßnahmen verweigern und/oder wiederholt nicht zu Terminen im Jobcenter erscheinen, auch zu einer AGH mit Rechtsfolgenbelehrung – und damit der Androhung von Leistungsminderungen – zugewiesen werden. Die Beschäftigungsfähigkeit soll nunmehr auch dadurch erhalten oder wiedererlangt werden können, dass die Mitwirkungsbereitschaft dieser Personen verbessert oder wiederhergestellt wird.

Angeblich sollen damit die Motivation zur Arbeitsuche und Arbeitsaufnahme verbessert sowie die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit gestärkt werden.

Arbeitsgelegenheiten im Asylbewerberleistungsgesetz

Im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ist bereits seit über 30 Jahren geregelt, dass Leistungsbezieher:innen eine Arbeitsgelegenheit angeboten werden soll. Die betroffenen Personen erhalten als Aufwandsentschädigung 0,80 Euro pro Stunde. Anders als im SGB II dienen diese Arbeitsgelegenheiten überwiegend nicht dem Zweck, Personen an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Vielmehr sind sie als Gegenleistung für die erhaltenen Sozialleistungen im Sinne der Selbstversorgung zu verstehen.[4] Die betroffenen Personen sind zur Annahme der angebotenen Arbeitsgelegenheit verpflichtet, sofern dem nicht wichtige Gründe entgegenstehen, darunter Ausbildung, Arbeit, Erwerbsminderung, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Bei einer unbegründeten Ablehnung der Arbeitsgelegenheit werden die ohnehin bereits unter dem Existenzminimum liegenden Leistungen des AsylbLG weiter auf das physische Existenzminimum gekürzt, also Ernährung, Unterkunft, Hygiene. Anders als im SGB II können diese Sanktionen für bis zu sechs Monate verhängt und regelmäßig verlängert werden.

Mit dem sogenannten »Rückführungsverbesserungsgesetz« wurde zudem im Februar 2024 das Kriterium der »Zusätzlichkeit« abgeschafft. Bis dahin galt, dass nur Tätigkeiten im Rahmen des Betriebs der Unterkunft oder Arbeiten, die nicht anderweitig (gewerblich) verrichtet würden, als AGH angeboten werden durften. Mit der Änderung im Rahmen des »Rückführungsverbesserungsgesetzes« muss das Arbeitsergebnis der AGH nun bloß der Allgemeinheit dienen. Somit können auch Tätigkeiten angeboten werden, die bisher nur gewerblich verrichtet wurden. Ziel dieser Änderung war es, einen vermehrten Einsatz von AGH zu ermöglichen. Damit droht nicht nur die Verdrängung regulärer Beschäftigungsverhältnisse, sondern die Betroffenen sollen diese Tätigkeiten verrichten, ohne über die entsprechenden arbeitnehmerrechtlichen Schutzregelungen zu verfügen.

Probleme in der praktischen Umsetzung

Die Umsetzung einer allgemeinen Arbeitspflicht, die z.B. im Schweriner Stadtrat beschlossen wurde, würde bedeuten, dass für rund 900.000[5] langzeiterwerbsarbeitslose Bürgergeldbezieher:innen im SGB II eine Tätigkeit organisiert werden müsste – eine gewaltige Aufgabe. Das gilt auch für diejenigen unter den mehr als 500.000 Bezieher:innen[6] von Leistungen nach dem AsylbLG, die zu einer Arbeitsgelegenheit verpflichtet werden könnten. Unter dem Dach des Paritätischen gibt es vielerorts Träger, die Weiterbildung und Arbeitsmarktmaßnahmen anbieten und Arbeitsgelegenheiten umsetzen. Deshalb sind uns die praktischen Sorgen der Akteure der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus der Praxis vertraut.

Es ist bereits abzusehen, dass die – erwiesenermaßen notwendige – sozialpädagogische Begleitung von Arbeitsförderungsmaßnahmen kaum mehr finanzierbar wäre. Darüber hinaus würden einige der arbeitspflichtigen Tätigkeiten in Konkurrenz zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen stehen, was nicht das Ziel solcher Maßnahmen sein sollte.

Und wenn rund 900.000 Menschen zu einer gemeinnützigen Arbeit gezwungen werden sollen, dann würde deren Beschäftigung einen hohen Personalaufwand erfordern – nicht nur an Ehrenamtlichen, die solche Maßnahmen betreuen, sondern auch an Hauptamtlichen, die das Ganze koordinieren. Dieser erhebliche Mehraufwand steht im Widerspruch zu den geplanten Einsparungsmaßnahmen.

Hinzu kommt, dass durch die Finanzierung solch zweifelhafter Ideen die Finanzmittel an anderer Stelle für sinnvolle Arbeitsförderungsmaßnahmen im SGB II fehlen. Ohnehin ist das Budget für die Arbeitsförderung im SGB II zu niedrig ausgestattet. Anstatt auf fragwürdige Ansätze zu setzen, sollte die freiwillige Arbeitsförderung im SGB II ausreichend finanziert sein und der Fokus sollte auf einer nachhaltigen Qualifizierung, Förderung und Weiterbildung der Leistungsberechtigten liegen.

Im Fall Geflüchteter zeigen zudem Studien,[7] dass AGH mit negativen Effekten einhergehen: Zum einen können sich Geflüchtete während der Arbeitsgelegenheiten nicht um die Stellensuche oder andere vorbereitende Tätigkeiten kümmern. Zum andern sind AGH mit negativen Auswirkungen auf die soziale Teilhabe verbunden. Sie helfen kaum dabei, Deutsch zu lernen, was die Aufnahme von regulären Beschäftigungsverhältnissen erschwert oder verhindert.

Im Jahr 2023 wurden genau 15.774 Leistungsminderungen aus dem Grund »Weigerung Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung, Maßnahme oder eines geförderten Arbeitsverhältnisses« verhängt.[8] Da im Laufe eines Jahres eine Person mehrmals mit einer solchen Leistungsminderung belegt werden kann, ist davon auszugehen, dass die Zahl der Personen niedriger ausfällt, also eher im vierstelligen Bereich liegt. Wer angebliche Arbeitsverweigerung problematisiert, sollte wissen, dass dies den Zahlen nach

KINDER...
...tagesstättendruck

KÜCHE...
Was brutzelt VW da zusammen?

KIRCHE...
... im Dorf, Linke im Bundestag

KARRIERE...
Der aufhaltsame (?) Aufstieg des D. Trump

HAUSNACHRICHTEN

Ulrich Maaz: Ergebnisse unserer Leser:innen-Befragung 2

GEWERKSCHAFTEN INLAND

Katja Kipping, Thorben Knobloch, Jennifer Puls: »Aktive Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsgelegenheiten und Arbeitspflicht« 1

Heiner Dribbusch: »DGB-Gewerkschaften wieder im Minus« 4

Alexander Maschke: »Den Vorteil nutzen« – Interessenpolitik gegen Rechts 5

BETRIEBSSPIEGEL

Stefan Torak: »Da ist Bewegung drin« – Klassenkämpfe im Gesundheitswesen 6

»... dann muss eben im Strafvollzug nachinvestiert werden« – Interview mit Marianne Hübinger und Astrid Schröper über die Arbeitsbedingungen bei Kita Frankfurt 7

Stephan Krull: »Krise der Autoindustrie?« 9

ARBEITSRECHTE IN PREKÄREN LEBENSLAGEN (3)

»Die Beschäftigten gehen bei Konflikten häufig leer aus« – Nikolai Huke im Gespräch mit Šejla Vojić, Faire Mobilität Stuttgart 3

BEWEGUNG MIT RECHT (32)

René Kluge: »Betriebsratsbehinderung ist kein Einzelfall« 8

EUROPA-EXPRESS

Roland Erne: »Sein oder Nichtsein?« – zur Klage gegen die EU-Mindestlohnrichtlinie 16

POLITIK UND DEBATTE

AG Wahlbeobachtung:

»Systemsprenger« – zu den Bundestagswahlen 2025 17

»Zahlen nach Wahlen« 18

»Wie wählten Gewerkschaftsmitglieder?« 19

»Wo die SPD noch Wahlen gewinnt« – zur Hamburger Bürgerschaftswahl 19

»Haustüren und Barrikaden« – zum Comeback der Linken 20

INTERNATIONALES

»VW im Zentrum der Umweltverseuchung« – Gaston Kirsche im Gespräch mit Alejandra Méndez Serrano (Mexiko) 10

Torsten Bewernitz: »Weniger Demokratie wagen« – Trump war kein Betriebsunfall 12

»Transnationale Organisierung: Grenzen, Herausforderungen und Perspektiven« – Gespräch zwischen Precarious Di∫connections und kein mensch ist illegal 14

NACHRUFE

Heide Küchler: »Sieben Jahre Redaktionsarbeit in der *links*« 21

Eberhard Schmidt erinnert an Walther Müller-Jentsch 24

Zu den Bildern dieser Ausgabe

In der letzten Ausgabe des *express* haben wir Euch vertröstet, dass die Graphic Novel »Meute«, gezeichnet von Noëlle Kröger, erst später vorgestellt wird. Nun ist es so weit. Sie passt ohnehin viel besser zu unserer feministischen Schwerpunktausgabe anlässlich des 8. März.

In einer französischen Kleinstadt findet sich das »Institut für zeitgenössische Wissenschaften«. Ihm ist es gelungen, erstmals einen lebendigen Werwolf zu fangen. Mit seiner Untersuchung und Pflege wird die Nachwuchswissenschaftlerin Margot betraut. Von ihren männlichen Kollegen nicht ernstgenommen, entwickelt sie eine Beziehung zu dem ›Tier‹ und findet heraus, dass der Werwolf nicht ist, was die Wissenschaftler in ihm sehen. Schließlich bricht sie aus dem Bekannten aus und entdeckt eine Welt, in der nicht gilt, was sie für sicher hielt. Sind die Rollen von Männern und Frauen, von Werwölfen und Menschen anfangs noch ganz klar, werden sie im Laufe der Geschichte immer unsicherer, bis die Trennung von Mensch und Werwolf aufgehoben ist ...

Wir empfehlen diese wunderbare Geschichte und danken Reprodukt herzlich für die Überlassung der Bilder. Bezug: ISBN 978-3-95640-428-3, 232 Seiten, farbig, 1. Auflage: September 2024.

ausdrücklich kein Massenphänomen ist, sondern nur vereinzelt auftritt.

Normative Einordnung

Der Paritätische spricht sich aus inhaltlicher und normativer Überzeugung gegen eine Arbeitspflicht und für die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus.

Die Vorschläge zur Jobpflicht bewirken vor allem eins: Sie verstärken das Leiden am Leben in Armut. Anstatt die betroffenen Personen mit konkreten Angeboten bei der Arbeitsaufnahme zu unterstützen, wird mit Druck, Zwang und Stigmatisierung agiert. Menschen, deren gesellschaftliche Teilhabe schon in Folge ihrer begrenzten materiellen Möglichkeiten stark eingeschränkt ist, sind zusätzlich auch noch mit breiter gesellschaftlicher Ablehnung und Abgrenzung konfrontiert. Zur materiellen Entbehrung gesellen sich Scham und das ungute Gefühl, in der Öffentlichkeit abgelehnt zu werden.

Zudem blenden all jene Politiker:innen, die sich die Forderung nach einer Arbeitspflicht unter Androhung des kompletten Entzugs des Existenzminimums zu eigen machen, einen zentralen, nicht veränderbaren Verfassungsgrundsatz der Bundesrepublik Deutschland aus: Das Sozialstaatsgebot und das Grundrecht auf Menschenwürde gehören zu dem Teil des Grundgesetzes, der durch die Ewigkeitsgarantie geschützt ist. Nicht einmal eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag könnte diese Grundsätze abschaffen. Aus dem Sozialstaatsprinzip und der Menschenwürde ergibt sich das Verfassungsgebot des menschenwürdigen Existenzminimums, das dem Grund nach unverfügbar ist. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 2019 heißt es dazu: »Die den Anspruch fundierende Menschenwürde steht allen zu und geht selbst durch vermeintlich ›unwürdiges‹ Verhalten nicht verloren.«[9] Deshalb unterliegen Sanktionen auch »strengen Anforderungen der Verhältnismäßigkeit«.[10] Diesen Argumenten folgend, würde nach Einschätzung des Paritätischen die Durchsetzung einer Arbeitspflicht durch Verweigerung jeglicher Leistungen dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum widersprechen.

Mit Blick auf die Situation von Bezieher:innen von AsylbLG-Leistungen verstärken die Forderungen zudem das Vorurteil, Geflüchtete – oder gar Migrant:innen allgemein – würden nicht arbeiten wollen. Doch viele wollen lieber heute als morgen arbeiten. Allerdings stehen ihnen bei der Arbeitsaufnahme oft Arbeitsverbote und andere Hindernisse im Weg. Personen an der Arbeit zu hindern und sie dann zu Arbeitsgelegenheiten zu verpflichten, ist absurd. Stattdessen sollten Arbeitsverbote und das Erfordernis der Arbeitserlaubnis abgeschafft und die Anerkennung ausländischer Qualifikationen sowie die Möglichkeiten des Spracherwerbs verbessert werden. Für Personen im Asylverfahren dürften die in § 5 AsylbLG angedrohten Sanktionen bei Ablehnung der Arbeitsgelegenheit zudem EU-Recht widersprechen. Zudem besteht mit Blick auf das AsylbLG aufgrund der besonderen rechtlichen Stellung der Leistungsbezieher:innen sowie des Charakters der Arbeitsgelegenheiten die Gefahr, dass die Arbeitspflicht im jeweils konkreten Fall eine Form von Zwangsarbeit darstellt.[11]

Wie es besser geht

Anstatt Bürgergeldbezieher:innen unter Androhung eines vollständigen Leistungsentzugs in wenig geeignete und nicht nachhaltige Maßnahmen zu stecken, sollte der Eingliederungstitel im SGB II auf eine sichere finanzielle Basis gestellt werden, um die Förderung und Qualifizierung der Leistungsberechtigten für eine nachhaltige Integration in Erwerbsarbeit zu stärken. So sollte beispielsweise das Instrument »Teilhabe am Arbeitsmarkt« nach § 16i SGB II – ein Lohnkostenzuschuss zugunsten besonders arbeitsmarktferner Leistungsberechtigter – gestärkt werden.[12]

Als Paritätischer werben wir dafür, nicht zu vergessen, dass Menschen wie in einem Rucksack in ihrem Leben jeweils verschiedene Probleme mit sich herumtragen. Anstatt Menschen pauschal zu stigmatisieren, treten wir dafür ein, gemeinsam mit den Betroffenen zu schauen, was wirklich helfen könnte, um zusammen Barrieren aus dem Weg zu räumen, die den Weg zu einer sinnstiftenden Tätigkeit verstellen.

** Alle drei Autor:innen arbeiten beim Paritätischen Gesamtverband, Katja Kipping in der Geschäftsführung, Thorben Knobloch als Referent für Asylpolitik und Flüchtlingshilfe und Jennifer Puls als Fachreferentin für Arbeitsmarktpolitik. Ihr Beitrag ist eine gekürzte und journalistisch aufbereitete Übernahme von: https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/aktive-arbeitsmarktpolitik-arbeitsgelegenheiten-und-arbeitspflicht/*

Anmerkungen:

1 *Z.B.: Baltes, Ina: Arbeitspflicht für Bürgergeld-Empfänger? (www.zdf.de, 23.01.2025); Wie in Sachsen-Anhalt die Arbeitspflicht für Asylbewerber umgesetzt wird (www.mdr.de, 18.02.2025); »Reinigungs- und Hilfsarbeiten«: FDP will Bürgergeld-Empfänger zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten (*Tagesspiegel, *08.01.2025).*

2 *Wachstumsinitiative – neue wirtschaftliche Dynamik für Deutschland. https://www.bundesregierung.de/resource/blob/976020/2297962/ab6633b012bf78494426012fd616e828/2024-07-08-wachstumsinitiative-data.pdf?download=1, 05.07.2024.*

3 *§ 16d SGB II Arbeitsgelegenheiten (AGH)*

4 *Siehe u. a. Gerloff: »Aktuelle Entwicklungen im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)«,* Asylmagazin *4 – 5 / 2024, S. 153; Siefert in: Siefert, AsylbLG, § 5 AsylbLG Rn. 2 mit Bezug auf BT-Drs. 12/4451, 9.*

5 *Blickpunkte Arbeitsmarkt der BA, Februar 2024, S. 13. https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=627730&topic_f=monatsbericht-monatsbericht*

6 *Pressemitteilung vom 10. Oktober 2024: Asylbewerberleistungen 2023: Zahl der Leistungsbeziehenden um 8 % gestiegen. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/10/PD24_387_222.html*

7 *1) Haas, Anette; Rossen, Anja; Teichert, Christian; Wapler, Rüdiger; Wolf, Katja (2023): Gemischte Bilanz: Wie Eingliederungszuschüsse und Arbeitsgelegenheiten die Arbeitsmarktintegration und die soziale Teilhabe von Geflüchteten beeinflussen, In:* IAB-Forum *2. Februar 2023; 2) Kasrin, Zein; Stockinger, Bastian; Tübbicke, Stefan (2021): Aktive Arbeitsmarktpolitik für arbeitslose Geflüchtete im SGB II: Der Großteil der Maßnahmen erhöht den Arbeitsmarkterfolg. (IAB-Kurzbericht 07/2021), Nürnberg, 8 S.; 3),https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-587-arbeitsmarktpolitische-integrationsma%C3%9Fnahmen-gefluechtete.pdf;jsessionid=4B2395B81120C2A09621C98E6CFF617F.delivery2-master?__blob=publicationFile&v=4*

8 *https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1524068&topic_f=leistungsminderungen*

9 *Aus dem ersten Leitsatz zum Urteil des Ersten Senats des BVerfG vom 5. November 2019, 1 BvL 7/16.*

10 *Aus dem dritten Leitsatz zum Urteil des Ersten Senats des BVerfG vom 5. November 2019, 1 BvL 7/16.*

11 *Siehe u. a. Gerloff, »Aktuelle Entwicklungen im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)«,* Asylmagazin *4 – 5 / 2024, S. 153ff.*

12 *Siehe dazu z. B. den IAB-Kurzreport (7 I 2024) zur Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen in der Grundsicherung/AGH.*

Ergebnisse unserer *express*-Leser:innen-Befragung

Ende 2024 haben wir eine Online-Befragung unter den *express*-Leser:innen durchgeführt. Knapp neun Prozent der Abonnent:innen haben sich daran beteiligt. Damit sind die Ergebnisse zwar nicht repräsentativ, lassen aber dennoch Rückschlüsse darauf zu, wo wir besser werden können.

Hier sind die wesentlichen Ergebnisse:

Über unsere Leser:innen:

- Die Altersverteilung ist ziemlich ausgeglichen, nur die unter 30-Jährigen sind unterrepräsentiert.
- Männer sind sowohl unter den Befragten (83 Prozent) als auch unter allen Abonnent:innen stark überrepäsentiert.
- Fast zwei Drittel sind lohnabhängig beschäftigt, die meisten davon als Hauptamtliche in Gewerkschaften, als Beschäftigte in Wirtschaftsunternehmen oder in Bildung und Forschung. Die meisten der übrigen Leser:innen sind in Rente bzw. Pension.
- Über 90 Prozent sind Mitglied einer Gewerkschaft, vor allem in ver.di, der IG Metall und der GEW.
- Etwas mehr als ein Drittel der Kolleg:innen, die geantwortet haben, nehmen betriebliche Funktionen wahr oder sind ehrenamtlich in Gewerkschaften aktiv.

Daten und Meinungen zum *express*:

- 80 Prozent lesen den *express* schon länger als zwei Jahre.
- 62 Prozent haben angegeben, (fast) alle oder mindestens die Hälfte der Artikel zu lesen.
- Die Artikel werden von 73 Prozent der Befragten als verständlich oder »teils-teils« verständlich bewertet. Wir bemühen uns, diesen Anteil zu steigern – denn eine akademische Fachzeitschrift sind wir ja gerade nicht.
- Wir haben nach Eurem Interesse an den Rubriken gefragt und nach Themen, die intensiver behandelt werden sollten. Für die Rubrik »Gewerkschaften Inland« interessieren sich die meisten, nämlich 85 Prozent. Es folgen »Politik und Debatte« mit 60 Prozent, der »Betriebsspiegel« mit 47 Prozent und »Internationales« mit 40 Prozent. Dieser Rangfolge entsprechen Eure Antworten auf die Frage, wovon Ihr mehr lesen möchtet. 40 Prozent unserer Leser:innen wünschen sich mehr Artikel zum Thema »Gewerkschaften Inland«, dicht gefolgt von 38 Prozent für »Politik und Debatte« sowie 36 Prozent für den »Betriebsspiegel«. Mit kleinem Abstand und 28 Prozent folgt die Rubrik »Internationales«.
- Mehr als die Hälfte derer, die sich nicht gescheut haben, den *express* allgemein zu bewerten, haben uns ein »Durchweg positiv« ins Zeugnis geschrieben. Darüber haben wir uns mächtig gefreut.
- Selbstverständlich sind wir auch dankbar für Kritik. Mehrere der Anregungen und Kritikpunkte bezogen sich auf das Online-Angebot und die Gestaltung der Texte bzw. der Zeitung. Wir arbeiten daran, optisch ansprechender zu werden, und bitten um Zeit, die eine Schildkröte nun mal braucht, um ihren Panzer aufzupolieren.
- Außerdem haben wir noch gefragt, welche politischen Zeitungen und Zeitschriften die *express*-Leser:innen sonst noch lesen. Am häufigsten wurden neben der Gewerkschaftspresse, analyse und kritik, nd und Freitag genannt.

Wir interpretieren die Ergebnisse so, dass der *express* vor allem als fachpolitische Zeitung wahrgenommen wird. Allerdings schließt das offenbar den Wunsch nach (mehr) Beiträgen in der Rubrik »Politik und Debatte« nicht aus.

Wir bedanken uns bei allen *express*-Leser:innen, die an unserer Umfrage teilgenommen haben. Da wir an einem »kontinuierlichen Verbesserungsprozess« interessiert sind, bitten wir auch weiterhin alle Leser:innen um Anregungen und Vorschläge zur Weiterentwicklung des *express*.

Eure *express*-Redaktion
Ulrich Maaz

Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen, Teil 3

»Die Beschäftigten gehen bei Konflikten häufig leer aus«

Ein Gespräch mit Šejla Vojić* von Faire Mobilität Stuttgart

***Nikolai Huke**: Welche Beschäftigten kommen zu Ihnen in die Beratung?*

Šejla Vojić: Da ich die BKS-Sprachen – also Bosnisch, Kroatisch und Serbisch – beherrsche, habe ich häufig mit Beschäftigten aus diesen Ländern zu tun. Es gibt wesentliche Unterschiede zwischen entsandten Beschäftigten aus Slowenien oder Kroatien und Werkvertragsarbeitnehmer:innen aus Serbien, insbesondere im Fall von Werkverträgen, die auf Grundlage des bilateralen Abkommens zwischen Serbien und Deutschland geschlossen werden. Die Beschäftigung von Arbeitnehmer:innen im Rahmen von Werkverträgen setzt voraus, dass der Auftraggeber ein in Deutschland oder in der EU ansässiges Unternehmen ist. Die entsandten Beschäftigten aus Staaten außerhalb der EU benötigen einen Aufenthaltstitel, um in der EU arbeiten zu dürfen. Andere sind über die Westbalkanregelung in Deutschland tätig, über die Angehörige bestimmter Staaten des Westbalkans unter vereinfachten Bedin-

gungen ein Arbeitsvisum in Deutschland erhalten. Ihr Aufenthaltstitel ist an den Arbeitsplatz gebunden, sie sind daher vom Arbeitgeber abhängig.

***N.H.:** Mit welchen Fragen und Problemen sind Sie bei entsandten Beschäftigten konfrontiert?*

Š.V.: Charakteristisch sind komplexe Subunternehmerketten, an denen zahlreiche Unternehmen beteiligt sind. Es gestaltet sich häufig schwierig, das Generalunternehmen sowie alle weiteren involvierten Unternehmen und den jeweiligen Auftraggeber zu identifizieren. Die Generalunternehmerhaftung im Baugewerbe, nach der der Generalunternehmer für Subunternehmen haftet, läuft dadurch ins Leere. Die Beschäftigten sind die Letzten in der Kette und gehen bei Konflikten häufig leer aus. Sie wissen teilweise nicht, für wen sie gearbeitet haben und welche Unternehmen alle involviert sind. Ein typisches Beispiel ist ein Gruppenfall, den ich aktuell bearbeite. Es geht um 24 Arbeitnehmer, die in der Glasfaserverlegung beschäftigt waren. Dieser Bereich ist bekannt für zahlreiche Missstände wie etwa die unvollständige Auszahlung von Löhnen. Da Arbeitnehmer:innen häufig auf Straßenbaustellen eingesetzt werden, fehlt ihnen oft die notwendige Information über die beteiligten Unternehmen und das verantwortliche Generalunternehmen – insbesondere, wenn kein entsprechendes Baustellenschild vorhanden ist. In diesem und in ähnlichen Fällen erklären viele beteiligte Unternehmen, dass sie nicht zuständig seien. Häufig liegen uns keine entsprechenden Nachweise vor – beispielsweise gibt es im genannten Fall keinen Vertrag zwischen den Unternehmen und in der Regel auch keine Arbeitszeitnachweise.[1]

***N.H.:** Wie wirkt sich die aufenthaltsrechtliche Situation aus?*

Š.V.: Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in ihrem Herkunftsland unterzeichnen viele Arbeitnehmer:innen Unterlagen der entsendenden Unternehmen, ohne diese im Detail zu prüfen. Sie gehen davon aus, dass sich ihre Situation verbessern wird, sobald sie in Deutschland sind, und legen den Fokus hauptsächlich darauf, nach Deutschland zu gelangen und dort Geld zu verdienen. Teilweise fehlen dann die Anmeldung, die A1-Bescheinigung oder andere relevante Unterlagen, was problematisch werden kann, wenn der Zoll eine Baustellenkontrolle durchführt.

***N.H.:** Wie ist die Situation derjenigen, die über die Westbalkanregelung in Deutschland arbeiten?*

Š.V.: Ihr Aufenthaltstitel ist an den Arbeitsplatz gebunden, sie sind daher vom Arbeitgeber abhängig. Das Problem ist: Sie können nicht einfach den Arbeitgeber wechseln, sondern brauchen eine Zustimmung von der Agentur für Arbeit, die über die Ausländerbehörde beantragt wird. Dafür brauchen sie eine andere Arbeitsstelle, für die ihnen der neue Arbeitgeber ein Formular ausfüllen muss, sie brauchen also bereits einen Arbeitsvertrag mit dem neuen Unternehmen. Das reichen sie dann bei der Ausländerbehörde ein und müssen auf deren Zustimmung warten. Manchmal geht das schnell, aber häufig waren die Ausländerbehörden in letzter Zeit überlastet, es dauerte sehr lange, manchmal mehr als zwei Monate. Das macht das Timing für die Beschäftigten schwierig: Sie müssen ja auch Kündigungsfristen beim bisherigen Job einhalten. Bis Ende 2020 war es im Rahmen der Westbalkanregelung so, dass Arbeitnehmer:innen, die seit mindestens zwei Jahren versicherungspflichtig tätig waren, keine erneute Zustimmung beim Arbeitgeberwechsel mehr beantragen mussten. Seit 2021 gilt diese Regelung leider nicht mehr, das heißt die Beschäftigten müssen weiterhin für jeden Jobwechsel eine Zustimmung beantragen. Viele Betroffene zögern, Maßnahmen zu ergreifen, beispielsweise wenn sie ihren Lohn nicht erhalten, da ihr Aufenthaltsstatus damit verknüpft ist. Darüber hinaus sind sie auf die Zustimmung für einen Wechsel des Arbeitgebers angewiesen, was ihre Situation im Hinblick auf den Aufenthaltstitel zusätzlich erschwert. Sie informieren sich zwar bei mir über Arbeitsrechte hier in Deutschland, machen aber nichts.

***N.H.:** Welche Möglichkeiten haben die Beschäftigten, ihren Aufenthalt in Deutschland zu verstetigen?*

Š.V.: Für diejenigen, die nicht aus der EU kommen, ist das schwierig. Sie haben häufig Familie im Herkunftsland, die sie nach Deutschland holen wollen. Sie müssen dafür aber eine Wohnung finden und gut verdienen. Da ihr Lohn nicht ausreicht, um die Bedingungen zu erfüllen, nehmen viele noch einen weiteren Job neben dem Vollzeitjob an. Um eine Niederlassungserlaubnis zu bekommen, braucht man gleichzeitig ein B1-Sprachzertifikat. Aufgrund ihrer belastenden Beschäftigungsbedingungen ist es für die Ratsuchenden meist schwierig, einen Sprachkurs zu absolvieren, um das Level B1 zu erreichen, obwohl sie gerne besser Deutsch lernen würden. Sie haben keine Zeit dafür. Sie müssen daher ihren Aufenthaltstitel auch nach fünf Jahren weiterhin regelmäßig verlängern lassen.

***N.H.:** Welche Rolle spielen Rassismuserfahrungen im Alltag der Ratsuchenden?*

Š.V.: Viele sagen, dass sie gemobbt werden vom Arbeitgeber oder von Arbeitskolleg:innen, weil sie nicht gut Deutsch sprechen, aufgrund ihrer Herkunft oder aufgrund ihrer Religion. Dass sie häufig Sprüche deswegen zu hören bekommen. Eine muslimische Ratsuchende war beispielsweise als Verkäuferin tätig. Ihre Vorgesetzte hat ihr gesagt, sie soll Wurst aus Schweinefleisch essen, statt sie wegzuwerfen. Sie wusste, dass die Ratsuchende muslimisch ist.

** Šejla Vojić arbeitet als Beraterin bei Faire Mobilität in Stuttgart.*

Anmerkung:

1 *Auf der Homepage der Fairen Mobilität (www.faire-mobilitaet.de) findet sich ein ausführlicher Beitrag zur Arbeitssituation im Glasfaserausbau: Glasfaserausbau. Prekäre Bedingungen und Lohnbetrug, November 2024 sowie eine ausführliche Fallsammlung: Fallsammlung Glasfaserausbau 2024. Prekäre Arbeitsbedingungen, Abhängigkeit und Missbrauch, November 2024. Anm. d. Red.*

»Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen«

In der Reihe »Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen« stellt Nikolai Huke Interviews rund um das Thema Arbeitsrechtsverletzungen und den Umgang damit vor. Die Gespräche wurden zum einen mit betroffenen Beschäftigten geführt, zum andern mit verschiedenen Beratungsstellen (Faire Mobilität, Faire Integration, Beratungsstellen Arbeit NRW). Entstanden sind die für den *express* journalistisch bearbeiteten Texte im Rahmen des gleichnamigen Forschungsprojekts, das durch die Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird. Wer über aktuelle Publikationen und Veranstaltungen des Projekts informiert werden möchte, kann sich unter https://lists.uni-hamburg.de/mailman/listinfo/arbeitsrechte-prekaer.wiso in einen Newsletter eintragen.

Geneigte Leserinnen und Leser,

so manch eine:r wird sich gefragt haben, wo denn eigentlich die Februar-Ausgabe des *express* bleibt. Relativ kurzfristig haben wir uns in der Redaktion entschieden, sie entfallen zu lassen und Euch im März eine Doppelausgabe zu präsentieren. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen eröffnete uns dies die Möglichkeit, zeitnah auf die vorgezogenen Bundestagswahlen zu reagieren (S. 17), zum zweiten hat das mit redaktionsinternen Personalveränderungen zu tun (wir probieren einen neuen Redakteur und er uns aus) und zum dritten haben wir unsere Produktionszeiten so geplant, dass wir zur Konferenz »Gegenmacht im Gegenwind«, a.k.a. der »Streikkonferenz«, die wir als Medienpartner begleiten, mit einer einigermaßen frischen und thematisch passenden Ausgabe aufwarten können. Wir freuen uns darauf, einige von Euch vom 2. bis 4. Mai bei der RLS-Konferenz in Berlin zu treffen.

Verpasst haben wir durch den Wegfall der Februar-Ausgabe den 8. März, der uns immer Anlass war, feministische Themen etwas mehr zu fokussieren. Unserem Anspruch nach dürfte das eigentlich keine Besonderheit sein. Dennoch ist das »Feministischste«, was wir in dieser Ausgabe zu bieten haben, die Erinnerung unserer kürzlich verstorbenen Genossin Heide Küchler. Sie blickt explizit feministisch zurück auf ihre Zeit im Sozialistischen Büro und in der Redaktion unserer verblichenen, genauer: ins Internet gewanderten Schwesterzeitschrift *links* (S. 21).

Ansonsten glänzt unsere Doppelnummer, die diesmal extradick geraten ist (in der Regel haben die Doppelausgaben 20 und nicht 24 Seiten), durch mehrere »lange Riemen«: Gaston Kirsche hat sich ausführlich mit der mexikanischen Aktivistin Alejandra Méndez Serrano über die Umweltverseuchung deutscher Unternehmen unterhalten (S. 10) – wir fanden das wichtig, um die anhaltenden Debatten über die Krise der deutschen Autoindustrie (S. 9) international einzuordnen. Torsten Bewernitz nimmt den Staatsstreich der Trump'schen Bande zum Anlass, ihre Genese zu erklären (S. 12), und die Netzwerke Precarious Di∫connections und kein mensch ist illegal reflektieren ihre transnationalen Organisationsansätze (S. 14).

Wenn Euch diese Ausgabe erreicht, sind es nur noch wenige Tage bis zum bundesweiten Aktionstag des DGB am 15. März. An unserem Redaktionssitz in Frankfurt und in weiteren Städten wird es Versammlungen für »unser Industrieland« geben. Wir sind gespannt, ob es dort neben der Forderung an die Politik und Unternehmen, mehr für den Standort Deutschland zu tun, auch Vorschläge geben wird, wie die Industrie in den Dienst der Beschäftigten und der Gesellschaft gestellt werden kann. Ganz im Sinne von »Frage nicht, was Du für ›Dein‹ Land oder ›Deinen‹ Standort tun kannst …«

Bis dahin und darüber hinaus wünschen wir eine an- und aufregende Lektüre!

DGB-Gewerkschaften wieder im Minus

Heiner Dribbusch* zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften 2024

Das kleine Mitgliederplus von 0,4 Prozent, das die im DGB organisierten acht Gewerkschaften 2023 verzeichneten, ist wieder Geschichte. Das Jahr 2024 wurde mit einem deutlichen Minus von 1,5 Prozent abgeschlossen und damit der negative Mitgliedertrend der Jahre vor 2023 wieder aufgenommen. Allerdings zeigen sich im Detail deutliche Unterschiede zwischen den acht DGB-Gewerkschaften *(siehe Tabelle 1)*.

Tabelle 1: Mitgliederentwicklung DGB-Gewerkschaften 2024

	Mitglieder	Differenz zu 2023	in %
EVG	183.807	– 690	– 0,4
NGG	184.972	– 2.707	– 1,5
IG BAU	197.562	– 6.342	– 3,2
GdP	211.326	3.215	1,5
GEW	273.544	– 1.573	– 0,6
IG BCE	566.560	– 5.977	– 1,1
ver.di	1.864.633	– 32.867	– 1,8
IG Metall	2.096.511	– 39.815	– 1,9
DGB gesamt	5.578.915	– 86.756	– 1,5

Quelle: DGB, Berechnung H.D.

Den größten Mitgliederrückgang verzeichnete mit einem Minus von 3,2 Prozent einmal mehr die IG BAU, die im Jahr 2000 noch rund 540.000 Mitglieder hatte und sich seitdem in einem kontinuierlichen Abwärtstrend befindet. Nach wie vor machen ihr insbesondere die Strukturveränderungen im Baugewerbe, ihrem wichtigsten Organisationsbereich, zu schaffen. Bereits Ende 2021 lief der tarifliche Baumindestlohn aus, da die zuständigen Arbeitgeberverbände ihr Interesse daran verloren hatten und die Gewerkschaft zu schwach war, ihn per Arbeitskampf durchzusetzen. Die Tarifrunde 2024 im Bauhauptgewerbe brachte auch keine Trendwende.

Die IG Metall hatte Ende 2024 knapp 40.000 Mitglieder weniger als noch im Jahr zuvor, ein Minus von 1,9 Prozent. Dahinter verbirgt sich vor allem ein dramatischer Einbruch bei den erwerbslosen Mitgliedern mit Arbeitslosengeldbezug. Hauptursache hierfür war die 2023 vom Gewerkschaftstag beschlossene Anhebung der Beiträge für diese Mitgliedergruppe auf 0,5 Prozent des Arbeitslosengeldes, die 2024 umgesetzt wurde. Dies war für viele Erwerbslose offenbar der Anlass, ihre Mitgliedschaft zu beenden. (Erwerbslose mit Bürgergeldbezug zahlen nach wie vor nur drei Euro im Monat). Betrachtet man jedoch nur die für die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaft wichtige Gruppe der betriebsangehörigen Mitglieder, so fiel dort der Rückgang mit 0,7 Prozent moderat aus. Ende 2024 hatte die IG Metall in dieser Gruppe noch 1.512.997 Mitglieder – 10.479 weniger als im Jahr zuvor. Angesichts der trüben Aussichten für die Metallindustrie im Jahr 2025 und der zahlreichen Firmen, die bereits Stellenabbau angekündigt haben, darunter bekanntlich auch die IG Metall Hochburg Volkswagen, steht der IG Metall ein schwieriges Jahr bevor.

Die zweitgrößte Gewerkschaft ver.di, die nach einem Jahr erfolgreicher Arbeitskämpfe 2023 seit vielen Jahren mit einem deutlichen Mitgliederplus abgeschlossen hatte, beendete das Jahr 2024 mit einem Mitgliederrückgang von 1,8 Prozent. Trotz eines Rückgangs von 33.000 Mitgliedern hatte die Gewerkschaft Ende 2024 allerdings immer noch 7.200 Mitglieder mehr als vor dem turbulenten Arbeitskampfjahr 2023. Nun ist ver.di eine sehr breit gefächerte Gewerkschaft und die Mitgliederentwicklung in den einzelnen branchenbezogenen Fachgruppen fiel 2024 durchaus unterschiedlich aus. Während ver.di bei Busse und Bahnen, im Flugverkehr wie auch in der Energiewirtschaft und bei der Telekommunikation das Jahr deutlich im Plus abschloss, mussten im Einzel- und Großhandel wie auch im Bereich der Postdienste (v.a. DHL) deutliche Mitgliederrückgänge bilanziert werden. Rückgänge gab es auch im Bereich der öffentlichen Krankenhäuser sowie bei den kommunalen Sozial- und Erziehungsdiensten. In beiden Bereichen liegt die Mitgliederzahl Ende 2024 jedoch noch immer deutlich über dem Stand von Ende 2022. Die arbeitskampfbedingten Zuwächse des Jahres 2023 sind somit nicht vollständig egalisiert. Insgesamt zeigt sich, dass die Warnung des ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke im Januar 2024, die Erfolgsbilanz des Jahres 2023 stelle noch keine dauerhafte Trendwende dar, gerechtfertigt war. Wie sich die Mitgliederzahlen im Jahr 2025 entwickeln werden, ist noch offen und wird wesentlich vom Eintrittsverhalten während der TVöD-Tarifrunde abhängen. Auch ver.di stellt sich darauf ein, dass es auf Grund der Altersstruktur der Mitgliedschaft großer Anstrengungen bedarf, die gegenwärtige Organisationsstärke beizubehalten. Organizing ist als Erschließungsmethode inzwischen weit verbreitet, ebenso eine konfliktbezogene Kampagnenführung. Beide sind jedoch keine Selbstläufer, sondern benötigen erhebliche personelle und materielle Ressourcen. Wie im Organisationsbereich der IG Metall und bei anderen Gewerkschaften auch, ist die Personalpolitik der privaten wie öffentlichen Unternehmen und Träger im Dienstleistungsbereich ein wichtiger exogener Faktor, der von der Gewerkschaft nur sehr bedingt beeinflusst werden kann.

Die IG BCE setzt ihre negative Mitgliederentwicklung fort, wenn auch mit vermindertem Tempo. Dabei konnte sie die Erfahrung machen, dass sich eine von Warnstreiks begleitete offensive Betriebs- und Tarifpolitik auch in einer Stärkung der Mitgliederbasis niederschlägt. Nach wie vor konnten diese Einzelbeispiele den bundesweiten Mitgliederrückgang aber nicht aufhalten.

Die NGG, die 2023 noch um 1,3 Prozent zugelegt hatte, konnte dies 2024 nicht wiederholen. Ihre Mitgliederzahl sank um 1,5 Prozent. Auch die GEW, die 2023 noch ein Plus von 1,1 Prozent verzeichnet hatte, drehte wieder, wenn auch nur mit 0,6 Prozent, ins Minus. Die EVG musste nach 2023 (-0,6 Prozent) auch 2024 wieder einen, wenngleich nur sehr leichten, Rückgang von 0,4 Prozent verzeichnen.

Die einzige Gewerkschaft, die ihren Mitgliederzuwachs fortsetzen konnte, blieb die Gewerkschaft der Polizei, die nach einem Plus von zwei Prozent in 2023 auch 2024 um 1,5 Prozent wuchs. Der Ausbau des Sicherheitsapparates hinterlässt hier seine Spuren. Die GdP bleibt damit weiterhin die mit Abstand größte Polizeigewerkschaft in Deutschland.

Da schätzungsweise gut ein Viertel aller Mitglieder im Ruhestand oder erwerbslos ist, und die Zahl der abhängig Beschäftigten im Inland im Jahr 2024 laut Statistischem Bundesamt auf rund 42,3 Millionen nur leicht anstieg, blieb der Anteil der Beschäftigten, die Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind, Ende 2024 bei knapp zehn Prozent.

Leichtes Minus beim Beamtenbund

Der Beamtenbund (dbb beamtenbund und tarifunion), der die vergangenen Jahre zumeist leichte Zuwächse verzeichnete, schloss 2024 mit insgesamt 1.352.993 Mitgliedern ab. Dies sind rund 9.800 Mitglieder weniger als Ende 2023 (1.362.786), ein Rückgang um 0,7 Prozent – das erste Minus nach 2010, als eine ihrer Bahngewerkschaften (GdBA) mit Transit zur EVG fusioniert und dabei den dbb verlassen hatte. Angaben zu den 41 Mitgliedsorganisationen werden grundsätzlich nicht veröffentlicht. Dies gilt auch für die GDL, bei der natürlich sehr interessieren würde, ob sie 2024 ebenso wie die EVG Mitgliederrückgänge zu verzeichnen hatte. Die GDL behauptet seit 2021 unverändert, sie habe »fast 40.000« Mitglieder.

Deutliches Plus beim Marburger Bund

Die am stärksten wachsende Gewerkschaft Deutschlands ist der »Marburger Bund – Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands« (MB), der sich als Berufsverband und Fachgewerkschaft versteht. Er legte 2024 um 3,7 Prozent zu, nachdem er bereits 2023 um 4,4 Prozent gewachsen war. Auch beim MB lässt sich ein starker Zusammenhang von konfliktreichen Tarifrunden und dem Mitgliederwachstum feststellen. Im Jahr 2024 konnte die Gewerkschaft besonders im Kontext von zwei Tarifauseinandersetzungen für das medizinische Personal zunächst im Bereich TdL (Unikliniken) und im Herbst dann mit der VKA (kommunale Kliniken) viele Eintritte verzeichnen. Beide Auseinandersetzungen gingen mit Warnstreiks einher. Im Bereich der VKA erfolgte im Dezember eine erfolgreiche Urabstimmung für einen Erzwingungsstreik, danach konnte Anfang 2025 ein Tarifabschluss erzielt werden, der in einer nachfolgenden Urabstimmung von 70 Prozent der Mitglieder gebilligt wurde.

Tabelle 2: Anzahl Gewerkschaftsmitglieder 2024

	Gesamt	Männer	Frauen	Divers*	Frauenanteil
IG Metall	2.096.511	1.712.500	384.000	11	18%
ver.di	1.864.633	892.126	972.507	–	52%
IGBCE	566.560	437.663	128.817	80	23%
GEW	273.544	76.106	196.373	1.065	72%
GdP	211.326	149.712	61.584	30	29%
IG BAU	197.562	141.030	56.532	–	29%
NGG	184.972	112.696	72.211	65	39%
EVG	183.807	143.151	40.656	–	22%
DGB	5.578.915	3.664.984	1.912.680	1.251	34%
Andere Gewerkschaften					
dbb	1.352.993	908.322	444.671	–	32%
MB	146.207	61.012	85.195	–	58%

Anm.: *nur vier Gewerkschaften erheben bisher diese Zuordnung
Quelle: DGB; dbb; MB; Berechnung H.D.

Die Genderverteilung

Der Gesamtanteil der weiblichen Mitglieder unter den acht DGB-Gewerkschaften lag Ende 2024 gegenüber 2023 unverändert bei rund 34 Prozent *(siehe Tabelle 2)*. Er ist damit im Zeitraum der letzten 21 Jahre – 2004 lag der Anteil bei 31,9 Prozent – nur moderat gestiegen. Nach wie vor sind Frauen gemessen daran, dass sie insgesamt fast die Hälfte aller Beschäftigten (ca. 48 Prozent) ausmachen, deutlich unterrepräsentiert. Hier spiegelt sich unter anderem die sehr geringe gewerkschaftliche Verankerung im Dienstleistungsbereich wider. Besonders gering ist die gewerkschaftliche Verankerung der Gewerkschaften in den großen Branchen, in denen Frauen arbeiten, wie dem Einzelhandel sowie dem Sozial- und Gesundheitswesen – bei Letzteren gilt dies vor allem für die großen kirchlichen Träger sowie die freien Wohlfahrtsverbände.

Am höchsten blieb der Frauenanteil mit 72 Prozent bei der GEW, gefolgt von ver.di und der NGG. Den geringsten Frauenanteil hat nach wie vor die IG Metall mit 18 Prozent, was stark mit der Beschäftigungsstruktur ihres Organisationsbereichs zu tun hat. Vier Gewerkschaften weisen neben männlichen und weiblichen Mitgliedern auch diejenigen aus, die sich keinem dieser Geschlechter zuordnen (»Diverse«); dies sind noch sehr wenige, was auch daran liegt, dass diese Zuordnungsmöglichkeit noch nicht lange angeboten wird.

Beim Beamtenbund (dbb) lag der Frauenanteil ähnlich wie beim DGB bei 32 Prozent. Die Entwicklung beim Marburger Bund spiegelt zum Teil die gewandelte Beschäftigungsstruktur unter den Ärzt:innen, aber auch die Bemühungen um weibliche Mitglieder wider. Beim MB vergrößerte sich der Frauenanteil von 45 Prozent im Jahr 2005 auf gut 58 Prozent im Jahr 2024.

Die Langzeitbetrachtung

Mit Blick auf die letzten zwanzig Jahre zeigt sich, dass mit Ausnahme von GdP – und teilweise GEW – alle DGB-Gewerkschaften zum Teil deutliche Mitgliederrückgänge verzeichneten *(siehe Tabelle 3)*. Für die IG Metall ist es kein Trost, dass sie von den drei großen Gewerkschaften die geringsten Rückgänge verzeichnen musste. Insgesamt zeigen die Zahlen erneut, dass die immer wieder festgestellte allgemeine Wertschätzung der Gewerkschaften in der Bevölkerung sich nicht in einer entsprechend breiten Verankerung niederschlägt. In sehr vielen Betrieben und Einrichtungen sind die Gewerkschaften nicht präsent, auch in Schulen und Universitäten kommen sie in den Lehrplänen kaum vor. Dies zu ändern, bleibt eine grundlegende gesellschaftliche Herausforderung.

Tabelle 3: Veränderungen in den letzten 10 bzw. 20 Jahren

	2015–2024	2005–2024
EVG	– 7%	– 29%
NGG	– 9%	– 14%
IG BAU	– 28%	– 50%
GdP	19%	21%
GEW	– 3%	9%
IG BCE	– 13%	– 24%
ver.di	– 9%	– 21%
IG Metall	– 8%	– 18%
DGB	– 8%	– 18%
Nicht DGB-Gewerkschaften		
dbb	5%	6%
MB	23%	81%

Quelle: DGB; dbb; MB; Berechnung H.D.

Bei den Gewerkschaften außerhalb des DGB fällt vor allem der enorme Anstieg der Mitgliederzahlen des Marburger Bundes ins Auge, der in den letzten zehn Jahren um 23 Prozent, bezogen auf die letzten 20 Jahre sogar um über 80 Prozent, wuchs.

** Heiner Dribbusch ist u.a. Autor des 2023 erschienenen Buchs »STREIK. Arbeitskämpfe und Streikende in Deutschland seit 2000. Daten, Ereignisse, Analysen«, Hamburg: VSA. Das Buch ist nach wie vor als Abo-Prämie bei uns erhältlich.*

Den Vorteil nutzen

Gewerkschaftliche Interessenpolitik als Verteidigung der Demokratie – von Alexander Maschke*

Bislang agierten die Gewerkschaften in der Bundesrepublik zumeist reaktiv und nicht besonders schlagkräftig gegenüber dem Erstarken der extremen Rechten in den letzten zehn Jahren – abgesehen von lokalen Erfolgen der IG Metall gegen den Verein »Zentrum«. Zwar besteht an der Abgrenzung gegenüber der AfD nach außen hin kein Zweifel. Das Wahlverhalten derjenigen, die sich als »Arbeiter« und »Angestellte« bezeichnen und zudem Mitglied in einer Gewerkschaft sind (zu den aktuellen Zahlen siehe S. 19), bereitet jedoch Sorgen. Zum einen schränkt es die Bewegungsfreiheit im Betrieb ein, wenn man nicht weiß, wie die Kolleg:innen politisch einzuordnen sind. Niemand möchte riskieren, Rechte

in den Vertrauenskörper oder die Tarifkommission zu wählen. Gleichzeitig steht die politische Gesinnung nicht immer auf der Stirn und vielleicht akzeptiert jemand die Bedeutung der zuständigen Mitgliedsgewerkschaft für seinen höheren Lohn – aber die AfD für alle anderen Belange. Zum anderen verursachen diese ausschließlich quantitativen Befunde die Sorge, in der eigenen politischen Positionierung im Betrieb zu weit zu gehen. Ein klares Bekenntnis gegen die AfD könnte schließlich Mitglieder vergraulen. Dies gilt umso mehr dort, wo Gewerkschaften als Dienstleisterinnen der Belegschaft auftreten und dadurch erstens die Dynamiken und Perspektiven der Kolleg:innen kaum einschätzen können und zweitens auf eine politische Durchdringung des Betriebs weitgehend verzichten.

Vor diesem Hintergrund werden vor Wahlen im besten Fall Wahlchecks angeboten, die Mitglieder zur Wahl demokratischer Parteien aufrufen und darauf verweisen, dass eine Wahl der AfD den Interessen von Gewerkschafter:innen entgegensteht. Vielleicht wird sogar deutlich gemacht, dass die AfD den Positionen der Mitgliedsgewerkschaften unvereinbar gegenübersteht und das mit der AfD verbündete »Zentrum« die Interessenvertretungen überall dort stört, wo es präsent ist. Nichts daran ist falsch und diese Positionierung der Gewerkschaften ist wichtig. Sie vernachlässigt aber einen entscheidenden Punkt: Nicht nur sind Wahlentscheidungen selten Ausdruck rationaler Überlegungen – sonst kämen auch viele demokratische Parteien nicht infrage –, sondern auch die Interessenlagen sind unter Gewerkschaftsmitgliedern divers und decken sich keineswegs mit der jeweiligen Klassenlage. Diese Interessenlagen zu entwickeln, könnten sich Gewerkschaften als »Kriegsschulen der Arbeiter« (Friedrich Engels, MEW 2, S. 441) zur Aufgabe machen.

Wie schwer Gewerkschaften die Argumentation gegen die extreme Rechte fällt, hat die IG Metall exemplarisch in der Mitgliederzeitung *metall* veranschaulicht. Simon Che Berberich hat in der Ausgabe Mai/Juni 2024 das Gedankenexperiment gewagt, wie das Leben eines Mechatronikers in der Automobilindustrie im Jahr 2027 aussähe, nachdem die Bundesrepublik über Jahre maßgeblich von der AfD geprägt worden sei. Der Verweis auf Probleme für die Industrie, Kürzungen im Sozialbereich etc. sollte deutlich machen, dass die AfD keine Option für den Mechatroniker sei. Im folgenden Heft wurde in zwei Leserbriefen dagegen eingewandt, dass das Szenario viele Gemeinsamkeiten mit der Gegenwart habe. Offenbar ist es nicht gelungen, die besondere Marktradikalität der AfD herauszuarbeiten. Aber selbst wenn dies gelungen wäre, hätte man nur einen weiteren Appell an eine vermeintlich interessenbewusste Wahlentscheidung formuliert – was man schon seit Jahren mit mehr oder weniger Erfolg tut. Dies verkennt aber, dass die extreme Rechte gar nicht den Anspruch erhebt, eine rationale Wahloption darzustellen. Sie will, dass die Bevölkerung fühlt und nicht versteht. Das Mobilisieren von Ressentiments steht im Zentrum ihrer Politik.

Dabei geht die extrem rechte Agitation von der gleichen objektiven Basis wie progressive Kräfte aus: dem Leiden an den gesellschaftlichen Verhältnissen. Allerdings bietet sie eben keine Perspektive einer kollektiven und individuellen Emanzipation. Vielmehr wird der latent und manifest vorhandene Unmut angesprochen und geschürt. Das Versprechen, dessen Ursachen zu beseitigen, bleibt dabei aus. Vielmehr ist die extreme Rechte existenziell abhängig von der vermeintlichen Ausweglosigkeit der Misere. Deswegen werden auch keine positiven Zukunftsperspektiven aufgemacht, sondern stets das Zurück zu einem romantisierten Früher angeboten. Das würde nicht funktionieren, wenn es nicht an eine diffuse Angst vor der Zukunft anknüpfen könnte; und diese nährt sich aus der beschränkten Einbindung in die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie dem mangelnden Zugriff auf die gesamtgesellschaftlichen Ressourcen. Klaus Dörre hat hierzu Lohnabhängigen die Unterscheidung einer »großen« und einer »kleinen« Welt attestiert. Letztere umfasst das, worauf der Zugriff erlebt wird. Etwa der Betrieb, in dem man arbeitet und mitbestimmen kann. Dieser wird im Kontrast zur »großen« Welt sogar als »ausbeutungsfrei« erlebt. Denn die »große« Welt steht dafür, dass es schlimmer werden könnte. Dort werden Entscheidungen von anderen getroffen und es treffen Ereignisse ein, die nicht unmittelbar im eigenen Alltag wurzeln, aber diesen verändern. Sie bedeuten Machtlosigkeit und erfordern ein Begreifen – für das nur Ressentiments bleiben, wenn keine weiteren Orientierungsangebote vorhanden sind. Dies darf man nicht mit fehlender Informiertheit verwechseln.

Die extreme Rechte gibt dem Ressentiment Raum – anders als progressive Kräfte. Sie nährt es, feuert es an und bewahrt dabei den Istzustand. Der wiederholte Verweis auf fehlende Lösungskonzepte der Rechten läuft ins Leere, denn darum geht es gar nicht. Stattdessen steht das Versinken im Sumpf der Unzufriedenheit im Fokus. Da die extreme Rechte bei der Mobilisierung des Ressentiments auf kaum etwas Rücksicht nehmen muss, ist sie stets in der Lage, sich als die einzig wahre Opposition, die Führung derjenigen, die sich gegen »die Eliten« stellen wollen, zu inszenieren. Selbstredend basiert ihre Kritik ausschließlich auf Ressentiments. Tatsächliche Problemursachen will und kann sie nicht erkennen.

Die eigentliche Schwäche der extremen Rechten liegt aber in der Konsequenz ihrer Art der Kritik. Sie zielt ausschließlich darauf, das Unbehagen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu vertiefen. Ihr Angebot zum Widerstand bietet keine Option der Überwindung des Missstandes. Anstatt ihre Anhänger:innen dazu zu befähigen oder einzuladen, ihre Probleme zu bearbeiten – und sich als politischem Projekt damit die Grundlage der eigenen Stärke zu nehmen –, hält sie sie in ihren Problemlagen gefangen. In ihrem Proben des Widerstands nehmen sich die Sympathisant:innen die Fähigkeit zur Emanzipation. Denn das solidarische Moment ihrer Rebellion bezieht sich auf wenige Auserwählte. Ihre Macht speist sich aus der ihrer Führer. Das Skandieren von »Höcke, Höcke, Höcke!« ist zugleich Widerstand und Unterwerfung.

An dieser Stelle wären Gewerkschaften klar im Vorteil. Schließlich ist es ihr Steckenpferd, den Kolleg:innen den Raum zu eröffnen, zumindest in der Arbeitswelt an ihrer Emanzipation zu arbeiten. Leider ist das vielerorts gelebte Dienstleistungsmodell nicht in der Lage, diesen Raum zu eröffnen. Viel zu oft bleiben die Kolleg:innen ohne Haupt- oder Ehrenamt in einer passiven Position. Das ist kein Vorwurf an das Haupt- und Ehrenamt: Die Aufgabenbündelung bei wenigen Personen, die sich auch in den Betrieben überlagernden Krisen und die zunehmend knapper werdenden Ressourcen machen es schwerer, die Arbeit neu zu konzipieren. Auch das Organizingmodell nach Jane McAlevey bietet hier wenig Perspektive, gemeinsam Emanzipationsräume zu öffnen. Dazu ist es zu instrumentell ausgerichtet und dient der Sammlung der Kolleg:innen hinter Haupt- und Ehrenamt, anstatt von ihnen auszugehen. Letztlich sind die Kolleg:innen aber auch gut darin, sich in der Passivität einzurichten. Deshalb sollte der voluntaristische Fehler vermieden werden, ein ausschließliches Ausbremsen der Mitglieder (oder gar der Klasse) durch ihre Organisation anzunehmen, ohne ihre Förderung durch diese in Rechnung zu stellen oder Arbeitskämpfe als Klassenmobilisierung überzubewerten. Stattdessen sollten die Stärken von Gewerkschaften genutzt werden, um neue Emanzipationsräume zu gestalten und damit die Lücke zu schließen, die die extreme Rechte niemals schließen können wird.

Dazu gilt es, alle Möglichkeiten direkter Beteiligung zu prüfen und auszuprobieren, die dem gewerkschaftlichen Haupt- und Ehrenamt zur Verfügung stehen. Ich habe hierzu jüngst eine Umfunktionierung von Mitgliederversammlungen in Kombination mit einer Neugestaltung der betrieblichen Arbeit vorgeschlagen. Auf diese Weise könnten sie als von der jeweiligen Gewerkschaft geschaffene Orte den Belegschaften Raum zur Diskussion von Strategie und Taktik geben, um die von ihnen selbst gesammelten Interessen und Bedürfnisse durchzusetzen. Unabhängig davon, ob die Kolleg:innen als Mitglied in einen solchen Prozess starten oder nicht, würden sie Interessenpolitik zum Erlernen, Erkämpfen und Verteidigen von Demokratie praktizieren. Das ist zwar nur die Quintessenz der Gewerkschaftsarbeit in einer bestimmten Region, aber ich bin zuversichtlich, dass andernorts weitere Ansätze erdacht und erprobt werden. Die konkrete Methode der Gewerkschaftsarbeit ist auch weniger wichtig als der Anspruch, von den Bedürfnissen in den Belegschaften auszugehen und diese in einem gemeinsamen Prozess zu entwickeln. Sie reichen von Entgelt und Arbeitszeit bis hin zur Gestaltung des Pausenraums. Dabei muss es zunächst egal sein, welcher Schuh wie drückt. Wichtig ist die gemeinsame Entwicklung einer Agenda für Veränderungen der Bedingungen im Betrieb sowie der dazu nötigen Strategie und Taktik. Ein solcher Aushandlungsprozess soll dabei nicht als Ersatz für die gewerkschaftliche Organisation betrachtet werden, sondern vielmehr als deren Weiterentwicklung. In diesem Sinne steht auch das Dienstleistungsmodell nicht in einem Gegensatz zur Aktivierung der Mitgliedschaft sowie der übrigen Belegschaft. Stattdessen ist in der dienstleistenden Gewerkschaft Know-How gebündelt, welches ebenso gut genutzt werden kann, um die Prozesse der Selbstermächtigung einzubetten und zu unterstützen. Dies erfordert jedoch nicht nur die Bereitschaft auf allen Seiten, gemeinsam zu lernen und sich kennenzulernen. Vielmehr ist auch ein Verständnis für die unterschiedlichen Herausforderungen nötig, die mit der jeweiligen Position innerhalb der Gewerkschaft einhergehen und die sich immer wieder als Belastung für einen solchen Prozess erweisen können.

Auf diese Weise können Organisation und Mitgliedschaft nicht nur enger zusammenwachsen, sondern Gewerkschaft als der Ort erlebt werden, an dem an der Veränderung der Misere gearbeitet werden kann. Wenn dies gelingt, ist der Betrieb nur der Anfang – und ein Mittel gegen die rechte Agitation gewonnen.

** Alexander Maschke arbeitet in einem gewerkschaftsnahen Verein. Kürzlich erschien von ihm: Aus der Krise zur Stärke? Zur Konstituierung industriegewerkschaftlicher Subjekte in Ostdeutschland. Frankfurt/New York 2024.*

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Thomas Böhm / Kathrin Gerlof / Stephan Kaufmann / Sigrun Matthiesen
Finanzialisierung von Gesundheit und Pflege
20 Jahre DRGs und Profite mit Kranken
mit einem Vorwort von Mario Candeias und Fanni Stolz
2024 – 309 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-141-4

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Da ist Bewegung drin – Klassenkämpfe im Gesundheitswesen

Ein Veranstaltungsbericht – von Stefan Torak*

Sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland fanden in den letzten Jahren Arbeitskämpfe im Gesundheitswesen statt, die in verschiedener Hinsicht bemerkenswert sind, etwa was ihr historisches Ausmaß oder ihre Organisationsform betrifft. Um die Hintergründe und Perspektiven dieser Auseinandersetzungen zu beleuchten und zu diskutieren, hatte die Redaktion des Online-Journals *communaut* (communaut.org) Mitte Januar einen Kollegen der Angry Workers of the World nach Frankfurt a.M. eingeladen, der in Bristol in einem Krankenhaus arbeitet und dort Mitherausgeber von *Vital Signs* ist, einer neuen Betriebszeitung für die beiden Krankenhäuser in Bristol, an denen insgesamt ca. 18.000 Menschen arbeiten. [1] Die Angry Workers dürften in Deutschland vor allem durch das 2022 erschienene Buch »Class Power! Produktion und Aufstand« (Unrast-Verlag, Münster) etwas bekannter geworden sein. Darin reflektiert die Gruppe ihre Erfahrungen mit dem Konzept des strategischen Arbeitens und die eigenen Organisierungsversuche in verschiedenen Arbeitsbereichen (Ernährung und Logistik) in West-London und stellt diese in einen weiteren strategischen Zusammenhang.

Gesundheitswesen und kapitalistischer Fortschritt

Mit *Vital Signs* wird nun das Ziel verfolgt, eine revolutionäre Perspektive von unten in die Kämpfe um die Gesundheitsversorgung einzubringen. Was das konkret bedeutet, machte der Kollege aus Bristol in seinem Vortrag in drei Schritten deutlich. Zunächst ging es um eine grundlegende Einordnung des Gesundheitssektors in die kapitalistische Gesamtstruktur. Im Zentrum linker Debatten stehe häufig der Care-Aspekt und damit der emotionale Anteil der Arbeit im Gesundheitswesen. Dass es sich um einen Sektor handelt, in dem mit Hochtechnologie gearbeitet wird, die auf einer global vernetzten Entwicklung von Wissenschaft, Medizingeräte- und Pharmaindustrie basiert, werde wenig thematisiert und der Kapitalseite überlassen. Diese Betrachtungsweise resultierte auch aus den eigenen Erfahrung bei der Arbeit im Operationssaal (OP), die für den Angry Worker die Frage nach der Entwicklung der Chirurgie aufwarf. Ein kurzer Ausflug in die Parallelen der historischen Entwicklung von Chirurgie und Kapitalismus führte dann zu dem Schluss, dass der medizinische Fortschritt als Paradebeispiel des allgemeinen Fortschrittsversprechens des Kapitalismus gelten kann und damit als zentraler Legitimationsbeschaffer dieser Gesellschaft fungiert. Daneben diene der Gesundheitssektor vor allem der Reproduktion von Arbeitskraft und auch in ihm würden sich allgemeine kapitalistische Tendenzen wie jene zur Konzentration und Internationalisierung ausdrücken – letzteres bezieht sich vor allem auf die Internationalisierung der Beschäftigten. Gleichzeitig helfe die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und die hierarchische Gliederung des Wissens im Gesundheitssystem dabei, Ideen einer kommunistischen, aber gleichzeitig fortschrittlichen Produktion zu desavouieren – es werde das Bild erzeugt, es brauche notwendigerweise spezialisierte Autoritätsfiguren wie den Hirnchirurgen, um keine Rückschritte zu machen.

Antikapitalistische Kämpfe

Im zweiten Schritt folgten Überlegungen zu den Hintergründen der aktuellen Kämpfe. Hier lautete eine These, dass Kämpfe auch deshalb vermehrt stattfinden, weil sich die Arbeit im Gesundheitssektor nur schwer technisch rationalisieren und gleichzeitig auch nicht international verlagern lässt. Aus Sicht des Kollegen stellte sich die Frage, inwiefern eine Politisierung und Internationalisierung der Kämpfe stattfindet. Ende der 1980er Jahre habe es in Deutschland weitgehend von den Pflegenden selbst organisierte Kämpfe gegeben, deren Organisationsform auf einem Austausch mit kämpfenden Kolleg:innen aus Frankreich basierte. Heute lasse sich vielleicht eine ähnliche Internationalisierung der Organisationsweise im Sinne einer Verbreitung eines Organizing-Konzepts feststellen, das aus den USA in das UK und nach Deutschland gekommen sei, allerdings auch eine neue Abhängigkeit der Kämpfe vom gewerkschaftlichen Organizing mit sich bringt. Die Frage des Streiks im Krankenhaus hielt der Kollege jedoch noch nicht für gelöst: Zwar gibt es bei diesen eine strategisch sinnvolle Fokussierung auf wirtschaftlich zentrale Abteilungen wie OPs, moralisch bleibt man aber erpressbar. In Argentinien, so sein Beispiel, sind die Gesundheitsarbeiter:innen deshalb über die Grenzen des Krankenhausbetriebs hinaus gegangen und haben als neue Aktionsform die Blockade von Zufahrtsstraßen zu Tourismus- und Ölgebieten entwickelt, um den eigenen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Hinter diesen Ausführungen steckte das Plädoyer, sich vom global vorzufindenden Spektrum an Aktionsformen inspirieren zu lassen.

Nach einem genaueren Blick auf die jüngeren Entwicklungen im britischen Gesundheitswesen, konkretisiert anhand der Beobachtungen im eigenen Betrieb, folgte abschließend eine kurze Einführung in die Grundideen, die mit der neuen Betriebszeitung *Vital Signs* verbunden sind: Das Gesundheitssystem wird als »Laboratorium« für Möglichkeiten der Transition zu einer anderen Gesellschaft betrachtet. Wie lässt sich Selbstorganisierung in einem solch komplexen System – mit einer Spannbreite an Arbeiten, die von persönlicher, emotionaler Patientenversorgung bis zur Behandlung und Forschung mit High-Tech-Instrumenten reichen – vorstellen? Die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass der Staat nicht über die Kontrolle und Steuerungsmöglichkeiten verfügt, um adäquat zu reagieren, da die benötigten Mittel und das benötigte Wissen völlig fragmentiert seien. Wie also können wir uns als Arbeiter:innen neu konstituieren, bewusster eine Verbindung herstellen und einen alternativen Vorschlag entwickeln und durchsetzen? Welche soziale

Verantwortung haben Gesundheitsarbeiter:innen in Krisensituationen? Und wie können sie zur Entwicklung der Idee einer radikal veränderten Gesellschaft und Produktionsweise beitragen? Letztlich gehe es in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Möglichkeiten, den Weg von der Selbstorganisierung der Beschäftigten zur Arbeiter:innenkontrolle zu beschreiten. Ein historisches Vorbild dafür liefert beispielsweise die Besetzung der Uniklinik in Rom durch ein Arbeiter:innen-Kollektiv Anfang der 1970er Jahre, um die herum sich eine kommunistische Politik entwickelt habe. In der Beschreibung eines Films, den *labournet.tv* zu diesen Ereignissen veröffentlicht hat, heißt es: »Das Kollektiv zeichnete sich dadurch aus, dass es Medizinstudierende, Krankenschwestern, Pförtner und Ärzte umfasste und die Vergesellschaftung des geteilten Wissens und die Kontrolle der Arbeiter:innen über die Klinik anstrebte. Die Patient:innen nahmen an den regelmäßigen Versammlungen des Kollek-

tivs teil.«[2] Das scheint heute in UK wie in Deutschland und anderswo recht utopisch – damit aber perspektivisch umso erstrebenswerter.

Die Diskussion, in der es dann auch um einen Vergleich zwischen UK und Deutschland ging, drehte sich unter anderem um die Frage, inwiefern solche Potenziale der Selbstorganisierung in den Streiks an den Krankenhäusern in besonderer Weise aufscheinen. Denn anders als bei Streiks in der Industrie muss hier neben dem Streik auch eine Notversorgung aufrechterhalten werden – und hierbei gibt es durchaus Momente, in denen die Fähigkeiten der Gesundheitsarbeiter:innen zur Selbstorganisierung der Patientenversorgung ganz praktisch aufscheinen. Sie scheinen in Deutschland aufgrund einer anderen Praxis der Notdienstbesetzung allerdings ausgeprägter als in UK. In Deutschland werden Notdienstvereinbarungen lokal am jeweiligen Haus verhandelt. In laufenden Streiks sind hier die Streikleitungen und darüber vermittelt auch die Streikenden in die situativen Entscheidungen involviert, ob mehr Personal im Notdienst benötigt wird oder nicht, und wer diese Dienste übernimmt. Unter dem Minimim Service Levels Act im UK waren Mindestbesetzungen staatlich vorgegeben und die Arbeitgeber konnten per Anweisung bestimmen, wer zu arbeiten hat (*express* 9/2023).[3]

Insgesamt stellte die Intervention des Kollegen aus Bristol eine wichtige Ergänzung hiesiger Debatten rund um die Krankenhausbewegung dar. Neben die Ausrichtung auf sinnvolle Veränderungen im Hier und Jetzt (durch Tarifverträge und politische Regulierung) trat die offensive Forderung nach einer Revolutionierung der Krankenversorgung und der Gesellschaft von unten. Die Klassenkämpfe im Gesundheitswesen werden jedenfalls weiter gehen, nicht nur im UK, wo gerade eine Debatte über »corridor care« in Gang gekommen ist, der die miserablen Versorgungsbedingungen noch einmal deutlich macht, auch in Deutschland. Aufgrund einer neuen Gesetzeslage werden sich die Konfliktthemen hier allerdings voraussichtlich verschieben: weg von der Durchsetzung von Personalschlüsseln, die nun mit der PPR 2.0 gesetzlich eingeführt wurden (*express* 6/2024), hin zu Kämpfen um den Erhalt von Krankenhausstandorten oder einzelnen Abteilungen. Hintergrund dafür ist die prekäre finanzielle Lage vieler Häuser und das jüngst verabschiedete Krankenhausstrukturgesetz (*express* 12/2024). Es wäre viel Wert, gäbe es auch hier ein Organ, das in den kommenden Konflikten die Frage aufwirft: Wie können sich die Arbeiter:innen selbst die materiellen Grundlagen und das Wissen aneignen, das es für eine Gesundheitsversorgung unter ihrer Kontrolle und ohne hierarchische, aber dennoch komplexe Arbeitsteilung braucht? Ein Organ also, in dem über die akute Verwaltung von Entlastungsnotwendigkeiten in Entlastungstarifverträgen hinaus eine Idee von Arbeiter:innenkontrolle und radikaler Veränderung propagiert wird, die die Belastungsursachen bekämpft. Das böte auch Chancen für eine breite Praxis der Klassensolidarität über den Gesundheitssektor hinaus, denn schließlich würde eine der wirksamsten Entlastungsmaßnahmen darin bestehen, die Arbeits- und Lebensverhältnisse so einzurichten, dass sie nicht am laufenden Meter körperliche und psychische Beschädigungen produzieren.

** Stefan Torak ist Teil der Redaktion des communaut-Blogs.*

Anmerkungen:

1 *Eine deutsche Übersetzung von rahmenden Bemerkungen zur Ausrichtung von* Vital Signs *findet sich hier: https://communaut.org/de/vital-signs-magazin-fuer-revolutionaere-orientierung-im-gesundheitssektor*

2 *https://de.labournet.tv/poliklinik-eine-versammlung-von-arbeiterinnen*

3 *Der Minimum Service Levels Act wurde von Labour nach der Regierungsübernahme allerdings gleich wieder ausgesetzt (*express *11/2024).*

Zu links für dich

Mit nd DIGITAL bekommst du genossenschaftlich produzierten Journalismus auf das Gerät deiner Wahl: zu jeder Zeit, von überall, in deiner Hand.

dasnd.de/digitallesen

nd

»... dann muss eben im Strafvollzug nachinvestiert werden«

Marianne Hübinger und Astrid Schröper* über die Arbeitsbedingungen bei Kita Frankfurt

express: *Ihr arbeitet bei Kita Frankfurt. Könnt ihr etwas zur Struktur dieses kommunalen Trägers erzählen?*

Marianne Hübinger: Wir sind ein Eigenbetrieb der Stadt Frankfurt. Wir haben über 3.000 Beschäftigte und rund 150 Einrichtungen, darunter sind Krippen, Kindergärten, Horte und Schulkindbetreuungen. In Frankfurt stellen wir ungefähr ein Drittel der Plätze. Ein weiteres Drittel sind jeweils in kirchlicher und freier Trägerschaft.

express: *Was würdet Ihr als zentrale Probleme bei den Arbeitsbedingungen in den Kitas beschreiben?*

Astrid Schröper: Personalmangel. Wir haben zu wenig Leute. Und das, obwohl wir bei Kita Frankfurt noch recht gut dastehen, wir haben einen relativ hohen Besetzungsgrad, allerdings viele Teilzeitkräfte. Und der Krankenstand ist unheimlich hoch.

Ganz normales Beispiel: Ich komme montags auf die Arbeit und freue mich schon das ganze Wochenende darauf, mit meinen Vorschulkindern Verkehrserziehung zu machen. Dafür brauchen wir drei Stunden, erst kommt ein Theorieteil und dann kommt die Praxis. Und dann machen wir einen Ausflug und gehen spazieren und Verkehrsregeln üben. Ja, aber dann komme ich morgens in der Kita an und drei Erzieher:innen sind krank. Wups. Und dann bleibt von den drei Stunden nur noch eine Stunde, da kannst du kaum was machen. Danach muss ich wieder in die ganz normale Kerngruppe und das war's dann. Zusammen mit einer Praktikantin und 22, 23 Kindern, das ist dann keine Bildung mehr. Das ist nur noch Betreuung.

Und das ist fast täglich so. Man muss immer wieder umswitchen. Ich nehme mir was vor, sage den Kindern: Heute und morgen machen wir dies und das. Und dann geht es doch nicht. Das ist unheimlich nervig.

express: *Du sprichst von mehr als 20 Kindern. Entspricht das dem offiziellen Betreuungsschlüssel? 20 Kinder und eine Erzieherin, das geht doch gar nicht?*

A.S.: Im Notfall doch, aber mit 20 Kindern machst du keinen Ausflug mehr.

Für solche Fälle gibt es bei Kita Frankfurt einen Notdienstplan. Zuerst werden in Absprache mit dem Elternbeirat die Öffnungszeiten verkürzt. Dann werden die Eltern gebeten, ihre Kinder zu Hause zu betreuen. Und wenn das nicht klappt, werden Kinder beurlaubt. Aber da muss es dann schon ganz arg sein, wenn man nur noch zu zweit oder zu dritt in der ganzen Einrichtung ist. In der dritten Stufe werden ganze Gruppen geschlossen. Und wenn nur noch eine Erzieherin da ist, dann ist die Kita zu.

express: *Wer informiert die Eltern? Also eigentlich muss man dann ja mit 80 Eltern telefonieren und zugleich die Kinder betreuen?*

A.S.: Wenn die Leitung im Haus ist: kein Problem. Die Leitung hat ein Programm, da geht eine E-Mail gleich an alle raus. Wenn die Leitung krank ist, dann müssen wir auch noch nebenbei anrufen und Bescheid sagen. Das ist kaum zu schaffen.

M.H.: Bei Kita Frankfurt sind wir in der glücklichen Situation, dass wir überhaupt einen Notfallplan haben. Der ist nicht so, wie wir uns den wünschen, weil da z.B. alle im pädagogischen Bereich eingesetzten Kräfte mitgezählt werden und nicht nur die Fachkräfte. Bei vielen anderen Trägern bundesweit gibt es erst gar keinen Notfallplan. Es gibt durchaus viele gute Regelungen bei Kita Frankfurt. Das heißt aber nicht, dass bei uns alles gut ist und es woanders nicht noch schlimmer ist.

express: *Wie reagieren die Eltern in solchen Situationen?*

M.H.: Das ist ein grundsätzlicher Interessenkonflikt. Wenn die Eltern Stress mit ihrem Arbeitgeber haben, dann sind sie nicht amüsiert, wenn ein Notdienst ausgerufen wird. Oder wenn sie gefragt werden, ob sie ihre

Kinder zu Hause betreuen können. Und dann kriegen den Unmut diejenigen ab, die da sind. Das verstärkt den Stress der anwesenden Kolleg:innen. Aus Sicht der Eltern ist der Unmut verständlich, aber als Gewerkschafter:innen kümmern wir uns um die Arbeitsbedingungen der Kolleg:innen.

Und was Astrid vorhin gesagt hat: Wir haben inzwischen eine sehr hohe Teilzeitquote. Das liegt einfach daran, dass ein Gros der Kolleg:innen dermaßen durch ist, dass die nicht mehr können. Und wer sich das irgendwie leisten kann, reduziert die Arbeitszeit. Manche haben noch irgendeinen anderen Job nebenbei.

express: *Wie sieht der Personalschlüssel im regulären Betrieb aus?*

M.H.: Grundsätzlich hat der Personalschlüssel was mit dem Alter der zu betreuenden Kinder zu tun und mit der besonderen Situation der Kinder. Für Kinder unter drei Jahren hast du in der Regel einen Schlüssel von eins zu sechs, also auf sechs Kinder kommt eine Erzieherin. Im Kindergarten ist die Gruppengröße bei der Stadt Frankfurt auf 21 Kinder festgelegt, darauf kommen etwa 1,75 Erzieher:innen. Und dieser Personalschlüssel ist besser, als es das Land Hessen vorsieht. Die Vorgabe des Landes sind 25 Kinder pro Kindergartengruppe.

In anderen Bundesländern gelten wieder andere Regelungen, das sind ja Landesgesetze und die sind total unterschiedlich. Das ist ein allgemeines Problem. Es gibt Bundesländer, die haben z.B. keine Hauswirtschaftskräfte in den Einrichtungen. Sie haben dann z.B. die sogenannten »Helfenden Hände« (ehrenamtliche Mitarbeiter:innen, *Anm. d. Red.*) in der Küche. Im nächsten Bundesland kommen die »Helfenden Hände« und arbeiten in der Gruppe mit. Und das ist auch das Problem der gesamtpolitischen Forderung für eine andere Personalbemessung. Die Personalbemessung ist Ländersache. Dafür bräuchten wir ein bundeseinheitliches Kita-Gesetz, was wir auf der Gewerkschaftsebene auch fordern. Bislang bewegt sich da aber nichts, und die Unterschiede sind teilweise sehr gravierend.

express: *In der aktuellen Tarifrunde wird neben einer besseren Bezahlung auch Entlastung für die Mitarbeiter:innen gefordert…*

M.H.: Wir gehen schon lange für Entlastung auf die Straße. Wir haben 2009 den Gesundheitstarifvertrag bekommen. Und in der letzten Tarifrunde die sogenannten Regenerationstage. Das heißt: zwei zusätzliche freie Tage zur Entlastung, die du individuell nehmen kannst, wenn du sie brauchst, auch wenn du sie vorher beantragen musst. Dem steht das Trägerinteresse entgegen, dass alle Beschäftigten am gleichen Tag diese Auszeit nehmen, weil man dann die Einrichtung komplett schließen könnte. Auch wenn das nicht im Sinne des Tarifvertrags ist.

Es würde aber einem Personalengpass entgegenwirken. Die Regenerationstage sind nämlich noch nicht in der Personalbemessung berücksichtigt. Das kritisieren wir. Bei uns im Betrieb ist es so, dass es individuelle Tage sind. Und je nach Eingruppierung kannst du zwei weitere sogenannte Umwandlungstage im Jahr kaufen, indem du auf einen Teil der monatlichen Zulage (130 Euro) verzichtest.

express: *Wie sieht die Lage im Auszubildendenbereich aus?*

A.S.: Es gibt immer noch Menschen, die den Beruf lernen wollen. Aber der Trend geht tatsächlich dahin, dass die meisten Leute lieber eine praxisintegrierte Ausbildung machen wollen.

Die übliche Ausbildung für Erzieher:innen dauert fünf Jahre. Das ist eine schulische Ausbildung und nur das letzte Jahr (Berufspraktikum) wird bezahlt. Im Moment ist es so: Du kannst Sozialassistent:in werden und dann kannst du die Erzieher:innenausbildung anschließen. Zur Personalgewinnung wird überlegt, dass man die Sozialassistent:in für alle Altersgruppen als Fachkraft anerkennen könnte. Aktuell sind sie im Bereich der Kinder unter drei Jahren als Fachkraft anerkannt. Außerdem gibt es Überlegungen, das Ausbildungsniveau und die Zugangsvoraussetzungen abzusenken. Das hätte dann auch zur Folge, dass die Absolvent:innen jünger würden. Dann hättest du also Teenager in der Kinderbetreuung. Damit wäre die Gefahr der Überforderung dieser jungen Menschen gegeben.

Ich bilde ja schon seit 20 Jahren aus bei Kita Frankfurt, es werden immer mehr Praxisintegrierte. Die sind meistens auch schon etwas älter, weil sie schon einen anderen Beruf hatten. Das ist die Voraussetzung, du musst einen Beruf gelernt haben. Und die kriegen auch gleich einen Arbeitsvertrag und mehr Geld, weil die ja schon arbeiten: drei Tage Schule bzw. drei Tage Praxis und zwei Tage Schule, je nach Jahr. Und somit kommst du wieder auf die fünf Jahre. Aber du musst irgendeine Ausbildung gemacht haben, um diesen Quereinstieg hinzukriegen.

express: *In der Bildungsdebatte wird vermehrt auf die Bedeutung der frühkindlichen Bildung hingewiesen. Was denkt Ihr, haben Kitas einen Bildungsauftrag?*

A.S.: Bildung ist ja schon immer unser Auftrag, eine Säule, auf der Kita-Arbeit steht. Aber ich schaffe es einfach nicht, das zu machen, was ich gerne mit den Kindern erreichen würde. Und da kommen wir wieder zurück zum Personalmangel, zu den hohen Kinderzahlen in der Gruppe. In den letzten fünf, sechs Jahren ist das immer schlimmer geworden. Heute können wir fast nur noch Betreuung machen.

M.H.: Kitas sind eine familienergänzende Institution, es muss Hand in Hand gehen und wir müssten die Bedingungen haben, um den Kindern das zu geben, was sie brauchen. Und die haben wir nicht. Wir haben weder die finanziellen noch die personellen Ressourcen, um mit den Kindern optimal arbeiten zu können. Es gibt mal Sternstunden, also Tage, da läuft es wunderbar. Aber generell bräuchten wir einen besseren Personalschlüssel. Deshalb lautet unsere Forderung seit Jahren: Für Kinder bis 1,5 Jahre drei Kinder pro Fachkraft; für Kinder zwischen 1,5 und 3 Jahren vier Kinder pro Fachkraft; für Kinder zwischen 3 Jahren und dem Schuleintritt acht Kinder pro Fachkraft und ab dem Schuleintritt zehn Kinder pro Fachkraft. Angemessene Bildungsarbeit kostet.

Das Problem ist: Familien, die finanziell gut dastehen, die können privat Angebote buchen. Aber Familien, die diese Möglichkeiten nicht haben, die bräuchten entsprechend ausgestattete Einrichtungen. Und das spiegelt sich im ganzen Bildungssystem, unter anderem in der Bezahlung: Das höchste Gehalt kriegen die Hochschulprofessor:innen, dann kommen die Lehrer:innen im Gymnasium, in der Realschule, Hauptschule, Grundschule – und wir kriegen das geringste Gehalt. Ähnlich ist es mit den weiteren Ausgaben im Bildungsbereich. Eigentlich müsste es umgedreht sein, denn wir legen den Grundstein für alles andere. Und letztendlich könnte man, wenn man mehr Geld in die frühkindliche Bildung investieren würde, in der Folge ganz viel Geld sparen. Denn alles, was du in der Bildung vernachlässigst, rächt sich irgendwann und muss im Strafvollzug und Justizwesen doppelt investiert werden.

** Astrid Schröper arbeitet als Erzieherin bei Kita Frankfurt, Marianne Hübinger ist stellvertretende Leitung. Beide sind als ver.di-Vertrauensleute tätig. Das Gespräch führte Jürgen Schardt.*

Hinweis der Redaktion: Pünktlich zum Redaktionsschluss ist bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung das »Kita-Krisenbuch« erschienen. Es nimmt die Idee des vor zwei Jahren erschienenen »Schwarzbuch Krankenhaus« auf und sammelt Erfahrungsberichte von Erzieher:innen aus dem gesamten Bundesgebiet. Das Kita-Krisenbuch ist online auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung (www.rosalux.de) als pdf erhältlich und in Kürze auch gedruckt bestellbar.

Bewegung mit Recht, Teil 32

Betriebsratsbehinderung ist kein Einzelfall

Sie ist eine alltägliche Strategie! – von Rene Kluge*

Die Arbeitgeberin hatte zugestimmt, dass die Kollegin an der Schulung teilnehmen konnte – das musste sie auch, denn es handelte sich um ein Grundlagenseminar zur Betriebsratsarbeit. Doch nach dem achtstündigen Seminartag sollte die Kollegin noch in den Betrieb kommen und bis 21:00 Uhr die Spätschicht arbeiten. Schließlich, so die Arbeitgeberin, gelte das Arbeitszeitgesetz nicht für Betriebsratsarbeit.[1] Ein Arbeitstag von über zwölf Stunden – in einem Betrieb, in dem sonst niemand länger als acht Stunden arbeitet. Wenn die Kollegin sich weigerte, würde die Schicht unterbesetzt bleiben – mit der Folge, dass ihre Kolleg:innen unter ihrer Entscheidung zu leiden hätten.

Wie Arbeitgeber Betriebsräte behindern

Das ist nur ein Beispiel für ein weitverbreitetes Phänomen: Arbeitgeber behindern und stören die Arbeit der in ihren Betrieben gewählten Betriebsräte. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) befragt seit 2012 regelmäßig hauptamtliche Gewerkschaftssekretär:innen zu ihnen bekannten Fällen von Betriebsratsbehinderung.[2] Fast die Hälfte der Befragten gab an, dass in ihrem Zuständigkeitsbereich Versuche unternommen wurden, eine Betriebsratswahl zu be- oder sogar verhindern. Etwas weniger als ein Drittel berichtete von Versuchen, bestehende Gremien durch gezielte Reorganisation des Betriebs, die Kündigung einzelner Mitglieder oder Auflösungsanträge zu zerschlagen.

Das sind alarmierende Zahlen. Es ist jedoch wichtig zu verstehen, dass die Behinderung von Betriebsräten nicht nur dort stattfindet, wo ein Gremium komplett beseitigt werden soll. Arbeitgeber setzen eine Vielzahl von Methoden ein, um die Arbeit des Betriebsrats zu untergraben. Sie erschweren dem Betriebsrat den Zugang zur Belegschaft, etwa durch die Verlegung des BR-Büros, die Einschränkung von Betriebsbegehungen oder das Vorenthalten des Intranets und betrieblicher E-Mail-Adressen; aber auch, indem Kolleg:innen der Besuch der Betriebsversammlung erschwert wird.

Zudem verweigern Arbeitgeber dem Betriebsrat notwendige Ressourcen wie Schulungen, externe Expertise, Büroausstattung, Freistellungen oder relevante Informationen. Sie provozieren betriebsöffentliche Konflikte zwischen Betriebsrat und Belegschaft, indem sie die Kosten der Betriebsratsarbeit offenlegen oder den Betriebsrat vor den Kolleg:innen herabwürdigen. Arbeitgeber erzeugen gezielt Druck auf die Belegschaft, indem sie drohen, Leistungen zu streichen, falls der Betriebsrat nicht kooperativ genug sei.

Auch einzelne BR-Mitglieder werden gezielt angegriffen: Durch ungerechtfertigte Kündigungen, Versetzungen, Hausverbote oder die Zuweisung ungünstiger Dienste soll Einfluss auf die Zusammensetzung des Gremiums genommen werden. Gleichzeitig versuchen Arbeitgeber, durch Vergünstigungen einzelne Betriebsratsmitglieder oder ganze Betriebsratslisten auf ihre Seite zu ziehen, sei es durch die Unterstützung eigener Kandidat:innen oder durch verdeckte Einflussnahme auf Betriebsratswahlen.

Alle Arbeitgeber versuchen in irgendeiner Form, Einfluss auf die Arbeit ihres Betriebsrats zu nehmen. Arbeitgeber sind Klassenkämpfer; sie verteidigen ihre Interessen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Manche setzen dabei auf subtilere, andere auf aggressivere Strategien. Nicht alle überschreiten dabei die rechtlichen Grenzen des Betriebsverfassungsgesetzes, und nur einige greifen gezielt auf illegale Methoden zurück. Doch kein Arbeitgeber nimmt es widerspruchslos hin, wenn Betriebsräte ihre gesetzlichen Mitbestimmungsrechte durchsetzen.

Betriebsräte sind geschützt – zumindest auf dem Papier

Das Betriebsverfassungsgesetz soll den Betriebsrat vor Übergriffen durch den Arbeitgeber schützen. § 78 BetrVG verbietet die Störung und Behinderung der Betriebsratsarbeit. Nach § 119 BetrVG kann dies sogar eine Straftat darstellen, die mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe geahndet werden kann.

Gerade § 119 BetrVG spielt in der betrieblichen Praxis jedoch kaum eine Rolle. Im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung war vorgesehen, Betriebsräte besser zu schützen, indem § 119 BetrVG in ein Offizialdelikt umgewandelt werden sollte. Derzeit werden Verstöße gegen § 119 BetrVG nur auf Antrag verfolgt. Wäre es ein Offizialdelikt, müssten Staatsanwaltschaften auch dann aktiv werden, wenn sie zum Beispiel aus der Presse oder durch Dritte von möglichen Fällen der Betriebsratsbehinderung erfahren.

Diese Gesetzesänderung wurde jedoch nicht umgesetzt. Auch wenn die SPD dieses Vorhaben weiterhin im Wahlprogramm führt, ist eine Umsetzung unter einer CDU-geführten Bundesregierung kaum realistisch.

Strafanzeigen gegen Arbeitgeber – sinnvoll oder riskant?

Wie können Betriebsräte also vor Behinderung geschützt werden? Eine einfache Lösung wäre, den bestehenden § 119 BetrVG konsequent anzuwenden. Denn Betriebsräte haben selbst das Recht, Straftaten ihres Arbeitgebers bei der zuständigen Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Auch die im Betrieb vertretene Gewerkschaft kann Anzeige erstatten. Die DGB-Gewerkschaften fordern zwar weiterhin die Umwandlung in ein Offizialdelikt, könnten aber bereits jetzt eine konsequentere Praxis etablieren, indem sie systematisch Fälle zur

Anzeige bringen. So sind zum Beispiel die in der oben beschriebenen WSI-Befragung berichteten Fälle den Gewerkschaften allesamt bekannt und hätten somit auch zur Anzeige gebracht werden können.

Häufig wird gegen eine Anzeige eingewandt, dass dies das Betriebsklima nachhaltig belasten und die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber erschweren könnte. Eine Anzeige nach § 119 BetrVG stelle eine riskante Eskalation dar. Dieses Argument sollte von der Arbeitnehmerseite lieber nicht übernommen werden. Schließlich ist eine Anzeige lediglich die Reaktion auf die vorherige Behinderung durch den Arbeitgeber. Wenn also jemand eskaliert, dann doch wohl der Arbeitgeber, der die Rechte des Betriebsrats missachtet. Die Behauptung, dass die Anzeige einer Straftat für die Eskalation verantwortlich sei, verdreht die Realität.

Bewegung mit Recht: In dieser Kolumne möchten wir Euch verschiedene Ideen und Anregungen für die Arbeit des Betriebsrates und anderer Interessenvertretungen geben. Für Fragen, Kommentare oder Themenvorschläge könnt Ihr Euch gerne direkt an den Autor wenden: rene@rechtundarbeit.net

Strafanzeige mit Bedacht – ein taktisches Mittel

Dennoch sollten Betriebsräte eine Anzeige nach § 119 BetrVG gut abwägen. Betriebliche Aufmerksamkeit ist garantiert, und ein Arbeitgeber, der bereits durch Betriebsratsbehinderung aufgefallen ist, wird versuchen, den Betriebsrat in der Belegschaft zu diskreditieren. Zudem sind die Erfolgsaussichten aktuell gering. Neben dem Nachweis der Behinderung muss auch Vorsatz belegt werden, und die Staatsanwaltschaften haben bislang wenig Erfahrung mit diesen Verfahren. Nicht selten hört man von katastrophalen Fehleinschätzungen. Zudem werden Verfahren gegen Ersttäter häufig eingestellt.[3]

Dennoch gilt: Wenn keine Anzeigen erstattet werden, wird sich auch nichts ändern. Gewerkschaften und Betriebsräte sollten ihr Recht auf Anzeige häufiger nutzen. Dabei müssen sie jedoch strategisch vorgehen: Strafanträge müssen betriebspolitisch gut vorbereitet werden. Die Belegschaft muss über die Hintergründe informiert und einbezogen sein. Im besten Falle haben sich die Kolleg:innen auf der Betriebsversammlung gemeinsam für eine Anzeige entschieden. Mit der Rückendeckung der Belegschaft kann ein Verfahren nach § 119 BetrVG ein wirksamer Baustein in der Strategie des Betriebsrates gegen Betriebsratsbehinderung sein.

** Rene Kluge ist ehemaliger Betriebsratsvorsitzender und arbeitet als Betriebsratsberater für »Recht und Arbeit«: www.rechtundarbeit.net*

Anmerkungen:

1 *So einfach ist das selbstverständlich nicht. Das BR-Mitglied ist trotzdem nicht verpflichtet, unzumutbare Schichten zu arbeiten (vgl. BAG, Urt. v. 18.1.2017 – 7 AZR 224/15).*

2 *Vgl. zuletzt: Behrens, Martin; Dribbusch, Heiner: Mitbestimmung bleibt umkämpft. Ergebnisse der vierten Befragung zur Be- und Verhinderung von Betriebsratswahlen. WSI-Mitteilungen, 77. Jg., Nr. 6/2024.*

3 *Vgl. Pletke, Matthias u.a.: § 119 BetrVG – Strafrechtliche Risiken bei betriebsöffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat. ArbRAktuell 2018.*

Hol dir das analyse & kritik Vorteilsabo!

nicht von Millionär*innen finanziert wie Nazis

kein Spekulationsobjekt großer Investor*innen

kein Produkt, das Profit abwerfen soll, sondern politisches Werkzeug für linke Bewegungen

Jeden Monat radikaler linker Journalismus:
www.akweb.de/abo
Jetzt auch als Podcast!

contraste
zeitung für selbstorganisation
486 42. JAHRGANG MÄRZ 2025 5,20 EUR
PROJEKTE GENOSSENSCHAFTEN BIOTONNE KUNST&KULTUR

SCHWERPUNKT
Vom Mietshäuser Syndikat zum globalen Netzwerk
www.contraste.org

Krise der Autoindustrie?

Nachlese zum Tarifabschluss bei VW – von Stephan Krull*

Der Tarifabschluss bei Volkswagen hat uns bereits in der letzten Ausgabe des *express* beschäftigt. Stephan Krull nimmt die Auseinandersetzung zum Anlass, die Krise der deutschen Automobilindustrie einzuordnen. Er meint: Die Personalkosten sind nicht das Problem, sie zu senken, darum keine Lösung.

Volkswagen, Mercedes und Daimler sind keine Sanierungsfälle, sondern global agierende Autohersteller mit hoher Produktion, hohen Verkaufszahlen und außerordentlich hohen Gewinnen. Das bestätigte auch der VW-Vorstandschef Oliver Blume am 22. Januar 2025 im Gespräch mit der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*: »Die Rendite der Marke VW ist aktuell nicht besser und nicht schlechter als im Schnitt der vergangenen Jahrzehnte«.

Die 750.000 Beschäftigten in der Auto- und Zulieferindustrie produzieren jährlich gut vier Millionen Fahrzeuge und erarbeiten so ihren Lebensunterhalt. Die ökonomische Macht dieses Industrieblocks ist immens: Sein globaler Umsatz beträgt 560 Milliarden Euro, in Deutschland werden 40 Milliarden Euro an Lohn gezahlt. Die Autoindustrie erwirtschaftet Gewinne von gut 50 Milliarden Euro und die Gewinnrücklagen von VW, Mercedes und BMW belaufen sich auf rund 170 Milliarden Euro. Sie hat wesentlichen Anteil am deutschen Exportüberschuss von 250 Milliarden Euro. Die Betriebe sind gewerkschaftlich gut organisiert, deshalb gibt es relativ hohe Löhne, die zugleich Steuern generieren und Kaufkraft darstellen.

Warum also das Gejammer der Autobosse und des Verbands der Automobilindustrie (VDA)? Er prognostiziert ein Minus von 190.000 Arbeitsplätzen. »Keine kleinen Schritte, sondern der große Wurf ist notwendig«, meinte im Januar VDA-Präsidentin Hildegard Müller mit Blick auf eine neue Bundesregierung und die »Agenda 2030« der CDU. Sie fordert weniger Bürokratie, niedrige Energiepreise, eine geringe Steuerbelastung, kurz: eine politische »Entfesselung« der Wirtschaft. Stefan Wolf, der Chef von Gesamtmetall, will »in Nullkommanichts« das Lieferkettengesetz und die Datenschutzgrundverordnung abschaffen, erklärte er der *Welt am Sonntag*. Passiere das nicht, dann erwarte er »eine extrem starke AfD mit vielleicht 30 oder 35 Prozent«. Die gesamte Industrie hat in den Erpressermodus umgeschaltet: Die deutschen Hersteller würden den Wettlauf um die Zukunft nicht verlieren, »der deutsche Standort ohne massive Reformen schon«, kündigte VDA-Chefin Müller bereits 2023 im *Handelsblatt* an.

Die Probleme der Auto- und Zulieferindustrie

Weltweit sind die Produktion und der Absatz von Autos eingebrochen – seit 2017 um sechs Millionen Fahrzeuge pro Jahr. Das trifft die deutschen Hersteller besonders, noch stärker die Zulieferer. Ursächlich dafür sind eine relative Marktsättigung, die Schwächung der Kaufkraft durch niedrige Lohnabschlüsse und Inflation, der kaum aufzuholende Rückstand bei Digitalisierung und Elektrifizierung sowie die Modellpolitik: Es gibt kein kleines, preiswertes Auto aus deutscher Produktion. Darüber hinaus ist das deutsche Exportmodell erschöpft, das darauf setzte, massenhaft Autos in alle Welt zu verkaufen.

Das alles ist weit überwiegend die Verantwortung der Industrie selbst, die den Antriebswechsel sehr zögerlich anging und teils immer noch von »Technologieoffenheit« faselt. Zu einem kleineren Teil ist es die Verantwortung der letzten Bundesregierung, die selbst keinen Plan hatte, keine Prioritäten festlegte und sich von FDP-Chef Christian Lindner vorführen ließ.

Allerdings: Auch wenn Volkswagen bedauert, nur 3,5 statt zehn Prozent Rendite zu realisieren, wurden noch im Mai 2024 4,5 Milliarden Euro an die Aktionäre ausgeschüttet. Volkswagen und die anderen Hersteller sind mit rund 170 Milliarden Euro Gewinnrücklagen alles andere als ein Sanierungsfall.

Zum Beispiel Volkswagen

Um die Profitrate von 3,5 Prozent auf 6,5 Prozent zu erhöhen und die vorher teuer geschaffenen Überkapazitäten wieder abzubauen, kündigte der VW-Vorstand im September 2024 an, den Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung zu kündigen, 30.000 Arbeiter:innen zu entlassen, die Löhne pauschal um zehn Prozent zu senken und drei Werke in Deutschland zu schließen. Das löste bei den 120.000 Beschäftigten und ihren Familien große Verunsicherung und ebenso

große Empörung aus. Aus dieser Empörung wuchs die Bereitschaft, das Erkämpfte zu verteidigen. Es folgten mehrere große Warnstreikaktionen mit der deutlichen Ansage der Streikbereitschaft.

Nach diesen Warnstreiks und zähen Verhandlungen vor Weihnachten 2024, bei denen die IG Metall den »Kompromiss« als Angebot weitgehend vorweggenommen hat, wurden im Ergebnis Werksschließungen und Entlassungen abgewendet und gleichzeitig schmerzliche Zugeständnisse gemacht: Reduzierung der Ausbildungsplätze von 1.400 auf 600 und Entgeltreduzierung durch Arbeitszeitverlängerung für tausende Beschäftigte von 33 auf 35 Stunden bzw. Einbehalt von 5,5 Prozent des Lohns als »Beschäftigtenbeitrag«. In Summe sind das mehr als 5.000 Euro brutto pro Beschäftigtem und Jahr. Gleichzeitig kündigte das Unternehmen den Abbau von 35.000 Arbeitsplätzen an – überwiegend durch Verlagerung nach Polen, Indien, Mexiko, China und in die Türkei.

IG Metall unter Druck

Man muss festhalten: Die IG Metall und der Betriebsrat standen bei dieser Auseinandersetzung unter erheblichem Druck des Kapitals. Das Management und vor allem der Porsche-Piëch-Clan meinten es ernst damit, die Produktion umfangreich dorthin zu verlagern, wo höhere Profite erzielt werden können. Dazu erpressen sie die Regierungen in Bund und Land und wollen die Mitbestimmung des Betriebsrats schleifen und den Einfluss der Gewerkschaft zurückdrängen.

Dennoch: Es bleibt ein Rätsel, warum die IG Metall sich auf die Senkung der Personalkosten eingelassen hat, obwohl diese doch nicht das Problem sind – und die Probleme nicht lösen werden, zumal es eine große Kampfbereitschaft bei den gewerkschaftlich gut organisierten Arbeiter:innen gab.

Gänzlich unverständlich ist das Schönreden eines Abschlusses, den man als Niederlage bezeichnen muss. Trotzig rechtfertigte die Betriebsratsvorsitzende Daniela Cavallo das Ergebnis zu Beginn dieses Jahres: »Willkommen in der Automobilindustrie im Jahr 2025. Um uns herum in der Branche werden Standorte dichtgemacht und Beschäftigte betriebsbedingt gekündigt.« Sie erklärte, die Alternative zum Verhandlungsergebnis wäre eine dauerhafte Gehaltskürzung von zehn Prozent gewesen – als gäbe es keine andere Alternative, als gäbe es keine Bereitschaft, für die sozialen Rechte zu kämpfen.

Stolz verkündete VW-Chef Blume im schon genannten Interview mit der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*: »Das Ergebnis der Tarifverhandlungen liegt genau im Zielkorridor, um die Marke VW robust für die Herausforderungen der Zukunft aufzustellen.« Die Beendigung der Produktion im Werk in Dresden, die unsichere Perspektive für das Werk in Osnabrück und die größeren Lasten, die im Werk Zwickau zu tragen sind, liegen dann wohl »genau im Zielkorridor«.

Klaus Lang kritisierte das in der letzten Ausgabe des *express* (1/2025) als »verheerende Ostvergessenheit«. Die muss man auch der Politik anlasten. »Ein Manko des Kompromisses besteht darin, dass die VW-Standorte im Osten einen größeren Teil der Last zu tragen haben«, schrieb er. Ganz ähnlich sieht das Carsten Schneider, der Ostbeauftragte der Bundesregierung. Bei einer Veranstaltung der IG Metall Ende Januar bezeichnete er es als »inakzeptabel«, dass der Vertrag zu Lasten der Standorte Zwickau und Dresden geht. Auch die Perspektive des Chemnitzer Werks ist ungewiss.

Die besondere Mitbestimmung auf Grundlage des Volkswagengesetzes hat nicht gewirkt bzw. reichte nicht aus bei solch erpresserischem Vorgehen des Kapitals. Sie reichte vor allem deshalb nicht aus, weil sich das Land Niedersachsen mehr dem Unternehmensinteresse verpflichtet fühlt als den Interessen der Menschen im Betrieb und in den Kommunen. Die Landesregierung nutzt ihren Anteil am stimmberechtigten Kapital von Volkswagen und ihre zwei Mandate im Aufsichtsrat nicht, um strategische Entscheidungen zu beeinflussen. Ganz anders der Porsche-Piëch-Clan, der sich die Mehrheit ergaunert hat und diese schamlos zur Vermehrung des eigenen Reichtums nutzt.

Wenn man sich auf die Logik des Kapitals einlässt, dass Wachstum und maximale Profite Voraussetzung für alles andere sind, dann hat man sich schon dem Diktat des Kapitals unterworfen. Das haben die Regierung und leider auch die IG Metall getan. Dann aber kommen Zukunftsbilder wie Wirtschaftsdemokratie, Arbeitszeitverkürzung statt Überstunden und Personalabbau oder eine Konversion der Produktion gar nicht erst zum Vorschein. Dabei wissen es manche in der IG Metall besser. Beim Warnstreik hatten Vertrauensleute auf ein Transparent geschrieben: »Lieber Vorstand! Statt mit Krise und mit Gier – wenn ihr nicht könnt, übernehmen wir.«

Den Kollaps vermeiden

Immer mehr Autos können angesichts der Klimakatastrophe, der Verstopfung der Städte und der begrenzten Ressourcen nicht die Lösung sein. Helfen würde die Auflösung des Widerspruchs, dass einerseits in der Auto- und Zulieferindustrie wegen der Überkapazitäten Personalabbau und Werksschließungen anstehen, andererseits die Schienenfahrzeughersteller wegen zu geringer Kapazitäten mit der Lieferung von Triebwagen und Waggons nicht hinterherkommen.

Die Lösung liegt auf der Hand: Die Autoindustrie muss nicht weiter subventioniert werden, auch nicht durch Lohnverzicht. Stattdessen muss kräftig in den ÖPNV investiert und die Kapazitäten für den Schienenfahrzeug- und Busbau müssen ausgebaut werden. Solche Konversion ist möglich, was sich derzeit leider am schnellen Aufbau von Rüstungsschmieden ablesen lässt. Tatsächlich gibt es Spekulationen darüber, dass Rheinmetall und andere Waffenproduzenten sich die Fabriken von Ford in Saarlouis, Continental in Gifhorn und Volkswagen in Osnabrück mit großem Interesse anschauen. Aber der Bedarf an anderen Produkten ist groß: Wärmepumpen statt Autoteile, Solarkollektoren statt Reifen, smarte Busse statt Panzer, Straßenbahnzüge statt SUVs – das ist doch mindestens so schnell machbar wie die Produktion von Kriegsgerät.

Die Konversion der Mobilitätsindustrie ist voraussetzungsvoll – es braucht einen gesellschaftlichen Konsens, politischen Willen und viel Geld für den Umbau. Dafür müssen sich die relevanten Akteure von der Fixierung auf die Autoindustrie lösen. Strategische Industriepolitik auf der Basis einer bedarfsorientierten Investitionsplanung wäre nötig für gute Arbeit und ein gutes Leben für alle. Wichtige Instrumente sind dabei Wirtschaftsdemokratie, die Beteiligung der Arbeiter:innen an den Entscheidungen und eine kollektive Arbeitszeitverkürzung in Richtung einer Drei- oder Vier-Tage-Woche. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, für Beschäftigte in der Autoindustrie, deren Arbeitsplätze durch den notwendigen Umbau wegfallen, neue Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Der Übergang zu neuen Arbeitsplätzen muss durch einen Rechtsanspruch auf bezahlte Umschulung und soziale Garantien abgesichert werden. Das wäre ein Schritt in die Richtung: Abkopplung vom Wachstumszwang und Ausstieg aus der globalen Konkurrenz, in der Menschen und Länder gegeneinander in Stellung gebracht werden.

Die Erwerbslosigkeit steigt

Die Massenentlassungen und Werksschließungen machen die Perspektivlosigkeit der

Fixierung auf die Autoindustrie deutlich. Was als Krise eines Industriezweigs verhandelt wird, ist vielmehr eine Krise der Beschäftigung: 75.000 Arbeitsplätze wurden in den zurückliegenden Jahren in der Zulieferindustrie gestrichen oder verlagert: bei Bosch und Continental, bei ZF und Mahle, bei hunderten kleineren Zulieferern von Autoliv bis Webasto, bei Grammer, Forvia, GKN, Magna, Michelin und Valeo. Das trifft besonders Kleinstädte: Für die betroffenen Familien wie für die Städte und Kommunen ist es eine Katastrophe, wenn der größte Betrieb im Ort abwandert. Die Erwerbslosigkeit steigt, die Kaufkraft und die Steuereinnahmen sinken, die Kommune wird handlungsunfähig und die »Deindustrialisierung« wird am eigenen Leib erfahren.

Die Verlagerung der Produktion findet ihren Niederschlag im Anstieg der Erwerbslosigkeit: Im Dezember 2024 betrug sie unbereinigt 8 Prozent. Das entspricht 3,6 Millionen Erwerbslosen – bei 600.000 offenen Stellen. Das ist ein echtes Problem. Zumal die Begleitmusik zum Angriff auf die sozialen Rechte der Arbeiter:innen während der Auseinandersetzung bei VW laut zu hören war. Nach der Ankündigung des Managements, Werke zu schließen, schrieb der *Stern*: »Zu lange haben VW-Mitarbeiter wie Maden im Speck gelebt.«

** Stephan Krull war viele Jahre Mitglied des Betriebsrates bei VW und des Ortsvorstandes der IG Metall in Wolfsburg. Seit 2016 engagiert er sich im Gesprächskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Zukunft von Auto, Umwelt und Mobilität (ZAUM) und bloggt unter: http://stephankrull.info/*

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 36. JG
Nr. 141, März 2025, 224 Seiten

Nach dem Scheitern der Ampel

Goldberg/Leisewitz/Reusch – ***Kapitalstrategien nach der Ampel*** / Butterwegge – ***Sozialpolitik: Klassenkampf von oben?*** / Fisahn – ***Menschenrechte und Ampel*** / Garnreiter – ***Klimaerfolge? Der Anschein trügt*** / Wahl – ***Außen- und Sicherheitspolitik: Zivilisatorischer Rückfall*** / Biesel/Puder – ***Migrationspolitik: Neue Mauern, alte Muster***/ Reichardt – ***Gesundheitspolitik der Ampel*** / Ewald-Wehner – ***Dringend erforderlich: Vermögenssteuer***

»Staatsräson« und Antisemitismuskritik: Lütten/Eckert – ***Gaza im Krieg, Deutschland unter »Staatsräson«*** / Schneider – ***»Staatsräson«*** / Babacan/Höh – ***Antipalästinensischer Rassismus***

Marx-Engels-Forschung: Amini – ***Marx' Kapital in Großbritannien und den Vereinigten Staaten (II)*** / Schwarz/Lietz – ***Wo der Wert gebildet wird***

Und: Pomrehn – ***Klimakrise nach Baku*** / Piret – ***Klassenbewusstsein im 21. Jahrhundert*** / Schadt – ***Digitale Währungen*** / Goldberg – ***Wider die Gleichgewichtsökonomik***

Sowie: Kommentare; Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 38,00 Euro; Auslandsabo 46,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Abo reduz.: Inland 30,00 u. Ausland 38,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
- e-mail:redaktion@zme-net.de

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Heft 175
50 Jahre Absage des 5. Deutschen Jugendhilfetages
Neue Zwänge – alte Potenziale?
2025 – 136 Seiten – 18,00 €
ISBN 978-3-98634-0015-5

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

VW im Zentrum der Umweltverseuchung

Gaston Kirsche* im Gespräch mit Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Alejandra Méndez Serrano (Mexiko)

***Gaston Kirsche**: Wie bist Du dazu gekommen, im Zentrum Fray Julián Garcés zu arbeiten?*

Alejandra Méndez Serrano: Wegen der Ungerechtigkeiten, die ich am eigenen Leib erfahren habe. Ich habe am kirchlichen Sozialdienst der Pfarrei von Tepetitla in der Diözese Tlaxcala teilgenommen, wo mich der Priester einlud, im Zentrum Fray Julián Garcés mitzuarbeiten, das gerade gegründet wurde und in dem ich zur Förderin der Menschenrechte ausgebildet wurde.

G.K.: *Wann entstand das Zentrum Fray Julián Garcés?*

A.M.S: Das Zentrum wurde nach einem langen Prozess der Reflexion durch die Mitglieder der Gemeinschaftsgruppen des kirchlichen Sozialdienstes der Diözese Tlaxcala formell gegründet. Ende 2001 kamen sie alle in einer Versammlung zusammen und legten fünf Themen fest, auf die sie ihre Aktionen konzentrieren sollten: Armut und Menschenrechtsverletzungen; Krankheiten, die durch die Umweltverschmutzung in der Region des Flusses Atoyac verursacht werden; Korruption im bürgerlich-religiösen System; Bürgerbeteiligung über die Wahlzeiten hinaus bei der Suche nach dem Gemeinwohl; und die in einigen Teilen des Bundesstaates festgestellte Prostitution. Später erkannten wir, dass dahinter das organisierte Verbrechen steht, mit Netzwerken des Frauen- und Mädchenhandels zur sexuellen Ausbeutung.

Ende 2001 wurde das Zentrum mit dem Namen »Fray Julián Garcés – Menschenrechte und lokale Entwicklung« gegründet und im März 2002 offiziell als Bürgervereinigung eingetragen. Seitdem hat es sich hauptsächlich mit zwei Themen befasst: dem Handel mit Frauen und Mädchen zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und den sozio-ökologischen Zerstörungen im Alto-Atoyac-Becken.

Seit 2003 haben wir in enger Zusammenarbeit mit einem wachsenden Team von Forscher:innen unser Verständnis für die Ursachen und Dimensionen der Probleme vertieft und öffentlich gemacht, was die Bewohner:innen der Gemeinden seit mehr als 20 Jahren anprangern.

G.K.: *Was ist Deine Aufgabe im Zentrum?*

A.M.S: Ich koordiniere die Bemühungen zur Stärkung von Gemeindegruppen und lokalen Kollektiven, um Präventions- und Rechtsberatungsaktionen gegenüber dem Staat zu entwickeln, um gegen den Handel mit Frauen und Mädchen zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung vorzugehen und gegen die Verwüstung des Alto-Atoyac-Beckens in Zentralmexiko. Darüber hinaus vertrete ich das Zentrum gegenüber Behörden und Institutionen.

G.K.: *Die Geschichte der Umweltzerstörung im Atoyac-Becken in den Bundesstaaten Puebla und Tlaxcala begann mit dem Bau der Autobahn bis 1965 und der anschließenden Ansiedlung der großen Autofabriken des Volkswagen-Konzerns. Welche Rolle spielt der Volkswagen-Konzern bei der Umweltzerstörung und der Zunahme der sozialen Probleme im Atoyac-Becken?*

A.M.S: Die Umweltvorschriften sind lasch und es gab wenig Kontrolle bei der Ansiedlung der Industrie in Mexiko. Es ist schwer festzustellen, welches Unternehmen durch seinen Produktionsprozess welche Einleitungen und Emissionen in die Umwelt abgibt.

Aus den Informationen, die von Dr. Omar Arellano von der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko (UNAM) mühsam zusammengestellt und analysiert wurden, geht aber klar hervor: In der Region um die Flüsse Atoyac und Zahuapan und ihre Nebenflüsse wurden 102 Chemikalien gefunden, sowohl im Wasser als auch in der Luft: flüchtige organische Verbindungen (VOC). Von diesen Elementen wurden mindestens 18 als umweltschädliche Verbindungen identifiziert, die mit der Produktion der Automobilindustrie in Verbindung gebracht werden: Zink, Nickel, Mangan, Blei, Kupfer, Chrom, Quecksilber, Arsen, Trimethylbenzol, Benzol, Toluol, Ethylbenzol, Xylole, Nitrate, Fette und Öle.

Die gesundheitlichen Auswirkungen dieser umweltschädlichen Verbindungen auf die Bevölkerung bestehen im vermehrten Auftreten von chronischen, nicht übertragbaren Krankheiten (NCDs) wie neurologischen Schäden, Entwicklungsverzögerungen, Reproduktions-, hämatologischen, Nieren-, endokrinen und Krebsschäden. Bei der Analyse offizieller Informationen über die Region durch das Nationale Institut für Statistik, Geografie und Informatik hat der Dozent Samuel Rosado Zaidi herausgefunden, dass zwischen 2015 und 2019 alle zweieinhalb Stunden eine Person im Oberen Atoyac-Becken an diesen Krankheiten stirbt.

G.K.: *Welche deutschen Industriekonzerne haben außer der Volkswagengruppe mit Audi noch Produktionsstätten im Atoyac-Becken?*

A.M.S: In den Bundesstaaten Puebla und Tlaxcala gibt es 180 Unternehmen mit deutschem Kapital, von denen sich 166 im Bundesstaat Puebla und 14 im Bundesstaat Tlaxcala befinden.

Davon sind 35 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes im Umkreis von zehn Kilometern rund um die Hauptfabrik von VW angesiedelt. Den Kern bilden drei Betriebe zur Herstellung von Personenkraftwagen und Lieferwagen, alle unter dem Firmennamen VW. Daneben gibt es 17 weitere Betriebe, die Teile für Kraftfahrzeuge herstellen, plus vier in der Herstellung von elektrischen und elektronischen Ausrüstungen für Kraftfahrzeuge, einen Betrieb, in dem Stanzteile für Kraftfahrzeuge hergestellt werden, und noch jeweils einen, in dem Werkstoffe und Ausrüstungen für die metallverarbeitende Industrie produziert werden oder Schleifmittel und Stoffe zur Oberflächenveredelung für die Automobilproduktion. Hinzu kommen je eine Fabrik zur Herstellung von Klimaanlagen und Heizungssystemen, von Profilen, Rohren und Formstücken aus Hartplastik ohne Träger, von Werkstoffen und Ausrüstungen für das sonstige verarbeitende Gewerbe, von Handwerkzeugen aus Metall ohne Motor und von Pappe für die Automobilindustrie. Also die ganze Zulieferindustrie ist auch vor Ort konzentriert.

G.K.: *Hat denn auch die sexuelle Ausbeutung in der Nähe der großen Industrieansiedlungen zugenommen?*

A.M.S: Ja, darüber gibt es allerdings noch keine detaillierten Informationen – aber eine Karte, auf der die Standorte uns bekannter Aktivitäten im Zusammenhang mit Menschenhandel verzeichnet sind, deckt sich mit den Standorten und dem Wachstum der Industriegebiete. Darüber hinaus stellen die Aktiven in den von uns begleiteten Gemeindegruppen fest, dass die Menschen, die mit der Inbetriebnahme der Industrien ankommen, von den Frauen sexuelle Dienstleistungen verlangen. Dies wurde etwa im Fall der deutschen Arbeiter von Audi dokumentiert, die 2017 im Hotel Hacienda Soltepec in Huamantla im Bundesstatt Tlaxcala sexuelle Dienstleistungen von Frauen in Anspruch nahmen, die von Menschenhändlern zur sexuellen Ausbeutung gehandelt wurden.

G.K.: *Wie groß ist* der *Protest dagegen in den Gemeinden?*

A.M.S: Die Aktionen zur Untersuchung, Anprangerung und Verbreitung von Informationen begannen Aktive des kirchlichen Sozialdienstes der Diözese Tlaxcala, das sind Bewohner:innen verschiedener Gemeinden an den Ufern des Flusses Atoyac. Das Zentrum begleitet die Gruppen und ihre Aktivitäten.

Auch wenn wir nicht behaupten können, dass alle Gemeinden die Proteste unterstützen, so besteht doch bei vielen Einwohner:innen ein deutliches Interesse daran, über die Situation und die Fortschritte auf dem Laufenden zu bleiben und dafür zu sorgen, dass alles zu einem erfolgreichen Abschluss kommt.

Zunächst einmal gibt es die Rückendeckung durch die Diözese und insbesondere den kirchlichen Sozialdienst. Und die Unterstützung durch engagierte Forscher:innen, die diese Entwicklung seit 2003 begleiten, von Universitäten wie der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko, der Ibero-Amerikanischen Universität von Puebla, der Autonomen Universität von Tlaxcala bis hin zur Universität von Chapingo. Ohne sie hätten wir keine Daten.

G.K.: *Im Jahr 2023 wurden rund 60 Zonen in ganz Mexiko zu Regionen erklärt, in denen eine gesundheitliche und ökologische Notlage herrscht. Wer hat sie so eingestuft, das Umweltministerium?*

A.M.S: Ende 2019 und Anfang 2020, nach der von uns organisierten Toxitour-Mexiko-Karawane, begannen wir eine Reihe von Treffen mit Victor Toledo, dem damaligen Leiter des Umweltministeriums, um ihm die Situa-

tion jeder der sechs Regionen mitzuteilen, die von den europäischen Parlamentarier:innen sowie dem Senator aus den Vereinigten Staaten, den deutschen und lateinamerikanischen Organisationen besucht wurden. Bald darauf wurden der Generaldirektor des Nationalen Rates für Geisteswissenschaften, Wissenschaften und Technologien und der Gesundheitsminister zu diesen Treffen eingeladen.

Nach einigen Treffen und auf der Grundlage der Informationen über die ernste gesundheitliche und sozio-ökologische Situation in den einzelnen Regionen wurden diese gemeinsam zu Gesundheits- und Umwelt-Notstandsregionen erklärt.

G.K.: *Aber wie ist es möglich, dass trotz umfangreicher Datenerhebungen über die durch industrielle Tätigkeiten verursachten Umweltschäden so wenig getan wird?*

A.M.S: Das Handeln der Regierungen wird durch das industrielle Entwicklungsmodell bestimmt. Insbesondere die Regierungen der Bundesstaaten Tlaxcala und Puebla halten an der neoliberalen Tendenz des von ihnen geförderten Wirtschaftsmodells fest, mit dem Ziel, den größten Automobilcluster des Landes und Lateinamerikas in der Region zu konsolidieren. Die unkontrollierte Industrialisierung und Urbanisierung der gesamten Region wird ungebremst vorangetrieben, letztendlich mit Duldung der Bundesministerien für Umwelt und für Agrar-, Territorial- und Stadtentwicklung.

G.K.: *Warum sind die mexikanischen Umweltgesetze so lasch?*

A.M.S: Weil sie als Antwort auf die Erfordernisse des neoliberalen Industrialisierungsmodells formuliert wurden, das von den Regierungen Deregulierung verlangt und die Selbstregulierung der Unternehmen fördert, im Vertrauen darauf, dass der Druck des Marktes sie dazu zwingen würde, die Dinge richtig zu machen. Das hat eindeutig nicht funktioniert.

Dieses Modell hat es zum Beispiel ausländischen Unternehmen erleichtert, sich in Mexiko mit Produktionsverfahren niederzulassen, die sie in ihren Herkunftsländern nicht einmal vorzuschlagen wagen würden. Mit anderen Worten, sie machen hier die Drecksarbeit, die sie in ihren eigenen Ländern nicht machen können, entweder sie selbst oder über ihre Lieferkette, wie im Fall der Zulieferer für die Automobilindustrie.

G.K.: *Hat sich die Situation seit 1994 durch das Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA verschlechtert?*

A.M.S: Ja, die NAFTA wurde im Rahmen des neoliberalen Wirtschaftsmodells geschaffen, und seitdem wird die Unterwerfung der Menschen, Gemeinden und ihrer Territorien unter die Dynamik des Marktes forciert. Kurz zuvor, seit dem Beitritt Mexikos zum Welthandelsabkommen GATT (1987, *Anm. d. Red.*), begann die Privatisierung aller Bereiche des Landes, die Deregulierung der Umwelt und, auch unter Ausnutzung der Mechanismen der Korruption, die Senkung und Abschaffung der Zölle, die Zulassung von Dumping und die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine nahezu unkontrollierte Industrialisierung und Urbanisierung des gesamten Territoriums.

Auf administrativer Ebene gelang es dem internationalen und nationalen Privatsektor, auch über internationale Finanzorganisationen, nach und nach die nationalen Behörden und Beamten zu korrumpieren und sogar die gesamte föderale Regierungsstruktur zu dominieren, um die Entwicklung des neoliberalen Modells im ganzen Land zu fördern.

G.K.: *Welche Rolle spielt das Freihandelsabkommen mit der EU?*

A.M.S: Auf der Wahrnehmungsebene, angesichts des Prozesses der sozialen und ökologischen Verwüstung, für den deutsche und vielleicht auch andere europäische Unternehmen mitverantwortlich sind, sind wir der Meinung, dass das EU-Freihandelsabkommen, obwohl es im Gegensatz zu NAFTA auf dem Papier eine staatliche Kontrolle ermöglicht, nach dem gleichen neoliberalen Schema aufgebaut wurde. Deshalb haben wir den Eindruck, dass zumindest im Gebiet des oberen Atoyac-Beckens der Vertrag mit der EU eine ähnliche Rolle spielt wie der Vertrag mit Nordamerika.

G.K.: *Hilft das deutsche Lieferkettengesetz bezüglich der deutschen Unternehmen in Mexiko?*

A.M.S: Das hoffen wir. Und wir hoffen, dass die Unternehmen wirklich dazu verpflichtet werden, es einzuhalten. Wir hoffen, dass es auch möglich sein wird, das erste Glied der Kette zu regulieren, also die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen.

Wir hoffen auch, dass der Beschwerdemechanismus zwischen Betrieben funktioniert, vor allem, dass die Interessen der Industrie ihn nicht behindern und dass Beschwerden auch Konsequenzen haben werden.

G.K.: *In der Zeitung* La Jornada *hat der aus Altersgründen zurückgetretene Umweltminister Víctor Toledo in seinem Artikel »Die drei großen Herausforderungen für den neuen Präsidenten« im Juni während des Wahlkampfs die Konflikte um den Umweltschutz als eines der wichtigsten politischen Themen in Mexiko bezeichnet. Erwartet Ihr von der neuen Regierung, dass sie Euren Forderungen mehr Aufmerksamkeit schenkt?*

A.M.S: Ja, wir hoffen, und wir werden darauf drängen müssen, dass die Politik und Gesetzesvorschläge so gestaltet werden, dass sie den Klimawandel bekämpfen und nicht nur, wie bisher in Tlaxcala, unter dem Vorwand der Resilienz nach Abmilderungs- und Anpassungsmaßnahmen für die Bevölkerung suchen. Wir bestehen darauf, dass die Regierung im oberen Atoyac-Becken für eine Sanierung der Umweltschäden sorgt. Und außerdem Bedingungen schafft, damit die unkontrollierte Umweltverschmutzung aufhört.

Die Regierung sollte offen sein für die Vorschläge aus den Universitäten und der Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung von Lösungen für öffentliche Probleme und zur Verbesserung der Situation in den verschiedenen Gebieten des Landes.

GK: *Was könnte die Situation verbessern?*

A.M.S: Die Regierungen Mexikos und der einzelnen Bundesstaaten sollten aufhören, dem Druck des internationalen und nationalen Privatsektors nachzugeben, den Kurs korrigieren und die notwendigen Bedingungen und Mechanismen schaffen, um die Industrie im Alto-Atoyac-Becken und im ganzen Land zu regulieren, damit die Dinge richtig gemacht werden.

** Gaston Kirsche ist gewerkschaftlich bei ver.di und in der außerparlamentarischen Linken aktiv und tätig als freier Journalist.*

Deutsche Autokonzerne in Mexiko – vorneweg VW

Trump erklärte wiederholt, dass er die nationale Wirtschaft schützen wolle, indem er gegen im Ausland produzierte Güter Strafzölle erheben wird. Beim Nominierungsparteitag der Republikaner erklärte Trump, dass er mit Zöllen unterbinden werde, dass Autohersteller aus China ihre Fahrzeuge in Mexiko für den US-Markt produzieren. Dies würde auch deutsche Autokonzerne treffen: »Mexiko ist ein sehr wichtiger Standort für die deutsche Automobilindustrie. Die deutschen Hersteller haben dort eigene Werke, in denen vergangenes Jahr mit 716.000 Pkw ein neuer Fertigungsrekord erzielt wurde«, teilte ein Sprecher des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) Anfang Oktober dem TV-Sender der Zeitung *Welt* mit (welt.de, 1. Oktober 2024).

Mexiko ist hinter den USA der wichtigste Produktionsstandort der deutschen Autokonzerne in Nord- und Südamerika. »Da Mexiko Teil des Freihandelsraums USMCA ist, ist es als Werksstandort für in den USA oder in Kanada abgesetzte Fahrzeuge bedeutsam. Neben den Herstellern sind auch viele deutsche Hersteller von Komponenten, Teilen und Zubehör in Mexiko aktiv«, teilt der VDA mit. Insgesamt würden Zulieferer mit Hauptsitz in Deutschland auf 333 Standorte in Mexiko kommen. Die deutsche Autoindustrie bangt darum, von Mexiko aus ihren wichtigen Absatzmarkt USA nicht mehr so profitabel beliefern zu können. »Die USA haben mit Mexiko und Kanada das USMCA-Handelsabkommen vereinbart. Die Erhebung von höheren US-Einfuhrzöllen für Fahrzeuge aus Mexiko würde einen Bruch dieses Abkommens bedeuten, der insbesondere den US-Unternehmen schaden würde. Denn sie sind es, die viele Vorteile aufgrund des nordamerikanischen Produktionsverbunds genießen. Mexiko hat ein breites Netz von Freihandelsabkommen, so auch mit der EU, sodass es auch Potenzial zur Diversifizierung gibt«, teilt ein VDA-Sprecher laut *Welt-TV* mit.

Seit 1994 die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA), die Mexiko, die USA und Kanada einschließt, in Kraft trat, ist Mexiko für die deutschen Autokonzerne ein beliebter Produktionsstandort für den Absatzmarkt USA. Der nach den Kürzeln der drei Mitgliedsländer auch USMCA-Handelsabkommen genannte Vertrag bietet für das Autokapital aus Deutschland profitable Rahmenbedingungen: »Wettbewerbsfähige Löhne, relativ gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine solide Infrastruktur machen Mexiko als Produktionsstandort für Automobilhersteller attraktiv«, erklärte etwa 2019 Florian Steinmeyer, Berichterstatter der Außenwirtschaftsgesellschaft Germany Trade & Invest (GTAI) in Mexiko laut der *Frankfurter Rundschau* (8. Januar 2019). »Mexiko hat über 40 Freihandelsabkommen unterzeichnet. Das macht das Land als Standort sehr interessant«, zitierte die *Frankfurter Rundschau* hier den Lateinamerika-Chef von BMW Alexander Wehr.

14 Prozent mehr Autos wurden im Jahr 2023 gegenüber 2022 in Mexiko gebaut, laut der im Mai veröffentlichten Kennziffern des deutschen Verbandes der Automobilindustrie (VDA): Die Produktion stieg von 3,2 Millionen auf 3,7 Millionen Personenkraftwagen. Ein Pionier der Autoproduktion in Mexiko war der Volkswagenkonzern. Gegen dessen unkontrollierte Verseuchung der Umwelt rund um die Autofabriken im Becken des Flusses Atoyac im Bundesstaat Tlaxcala und im angrenzenden Bundesstaat Puebla protestieren Umweltschützer:innen seit Jahrzehnten.

Weniger Demokratie wagen

Trump war kein Betriebsunfall – von Torsten Bewernitz

Mit der erklärt zerstörerischen (»disruptiven«) Politik der zweiten Trump-Administration und vor allem dessen Ermächtigung von JD Vance, Peter Sacks, Blake Masters, Jacob Helberg und Elon Musk (siehe Slave Cubela in *ak* 712) setzt sich eine ideologische Strömung durch, die sich selber als »anarchokapitalistisch« oder auch »libertär« beschreibt. Dieses Selbstverständnis gehört auch zur Geschichte der AfD. Was sich hier aus linken Begriffstraditionen bedient, ist aber tatsächlich Erbe und Neudefinition von Neoliberalismus einerseits und Faschismus andererseits. Das Bündnis dieser beiden politischen Ideologien ist nicht neu, wird aber von der neu zusammengesetzten Rechten offensiver als zuvor vertreten und entfaltet als autoritärer Marktextremismus eine ganz neue Dynamik, wie *express*-Redakteur Torsten Bewernitz im Folgenden beschreibt.

»Ich glaube nicht mehr, dass Freiheit und Demokratie vereinbar sind«, äußerte Paypal-Gründer Peter Thiel bereits 2009 (Slobodian 2023, S. 11). Was Thiel hier offenbart, ist so neu nicht: Die klassischen Liberalen waren durchaus keine Vordenker von Demokratie, sondern standen immer an vorderster Front, wenn es darum ging, Demokratie einzuschränken (Landa 2022). Denn diese, die »Herrschaft der Massen«, vielleicht gar des Mobs, würde die natürliche individuelle Freiheit des jeweils »Fitteren« einschränken zugunsten eines Gemeinwesens – und zum Schaden der Ökonomie, des Kapitalismus, der Marktwirtschaft. Demokratie ist für den Liberalismus als solche immer schon die Herrschaft der vielen Schwachen über die wenigen Starken und damit quasi widernatürlich. Freiheit wird hier ganz dezidiert individualistisch gelesen, soziale Gleichheit steht ihr konträr entgegen. Die Voraussetzung dieses Liberalismus ist das (ökonomische und kulturelle) Privateigentum. Zu dessen Schutz vor demokratischen Zumutungen, so argumentiert Landa, war der Liberalismus immer zu rechtsautoritären Bündnissen mit Faschismen bereit.

Das Fatale in den aktuellen sozialen Entwicklungen ist, dass dieses individualistische Verständnis von Freiheit absolut hegemonial ist. Es liefert den Hintergrund für das, was Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey (2022) eine »gekränkte Freiheit« genannt haben, und damit auch dafür, dass sich der autoritäre Liberalismus des Kapitals bzw. der entsprechenden Oligarchen in einem »libertären Autoritarismus« von unten, auch ehemaliger Linker (etwa während der Corona-Pandemie), widerspiegelte. Das individualistische und eigentumszentrierte Verständnis von Freiheit hat sich bis weit in die Linke durchgesetzt.

Diese Entwicklung hat Gregoire Chamayou (2019, siehe *express* 9/2021, S. 10) erläutert. Hat der Neoliberalismus seine Wurzeln im Ordoliberalismus verschiedener Schulen der 1930er Jahre, so ist seine realpolitische Durchsetzung doch in den 1970er Jahren zu verorten mit Aspekten wie dem Putsch in Chile 1973, der sogenannten »Öl«-Krise 1973 und vor allem dem Volcker-Schock 1979, gefolgt von Thatcherismus (1979) und Reagonomics (1981). Slobodian (2019, 2023) ergänzt die bislang unterschätzte Bedeutung des Apartheidsstaats Südafrika als Experimentierfeld des Neoliberalismus, Philipp Ther (2016) hat die Bedeutung der neoliberalen Umstrukturierung Osteuropas nach 1989 hervorgehoben.

Die praktische Aktivierung des ideologischen Potentials des Neoliberalismus hängt dabei – basierend auf dem kriselnden fordistischen Klassenkompromiss – laut Chamayou ursächlich zusammen mit dem globalen Versuch, um 1968 mehr Demokratie zu wagen – der globalen 1968er Revolte in allen Facetten (Arbeiteraufstände, Streiks, Selbstermächtigung postkolonialer Staaten und auch ein klein bisschen protestierender Student:innen), vor allem aber den folgenden Sozialbewegungen von farbigen Minderheiten, Frauen und der entstehenden Umweltbewegung, die alle ihre demokratischen Ansprüche an das Kapital anmeldeten. Der praktische Neoliberalismus entstand als Aufstandsbekämpfungsstrategie, in Chamayous Worten: als Versuch, eine unregierbare Gesellschaft wieder regierbar zu machen.

Das weist auf einen wesentlichen Irrtum über den Neoliberalismus hin, den Slobodian unterstreicht: Es ging dem Neoliberalismus nicht um einen unregulierten, »anarchischen« Markt ohne politische Begrenzungen, sondern ganz im Gegenteil um weltumspannende Regierung (Global Governance war das entsprechende Schlagwort in den 1990er Jahren) und Kontrolle, also um die Abgabe zwar nationaler, nichtsdestotrotz zumeist demokratischer Souveränität an einen globalen, nicht-demokratisch legitimierten, marktrationalen Souverän. Dieser Kontrolldrang des Liberalismus war in erster Linie nicht in der Angst vor einer sozialistischen Weltrevolution begründet, sondern in der Angst vor dem Versuch, den Kapitalismus ein klein wenig sozial gerechter zu gestalten (Landa 2022).

Teile und herrsche

Der Drang zu einer kapitalistisch orientierten Weltregierung scheint dem, was sowohl landläufig unter Neoliberalismus verstanden wird, wie auch den politischen Ideolog:innen, die sich hinter Donald Trumps Präsidentschaftskandidatur 2024 stellten (und auch hinter der AfD stehen), diametral entgegenzustehen. Dem sogenannten »Libertarismus« oder »Anarcho-Kapitalismus«, eigentlich: Extrem-(Neo)Liberalismus, geht es tatsächlich um die Zerschlagung von Regierung im parlamentarisch-demokratischen Sinne überhaupt. Es führt kein gerader Weg vom real existierenden Neoliberalismus mit seiner Weltregierungsphantasie der 1990er Jahre zum aktuellen Marktextremismus, der auf Fragmentierung setzt. Und doch gibt es Linien, die diese Tendenz aufzeigen: Der Soziologe Pierre Bourdieu hatte Neoliberalismus definiert als Strategie zur Zerschlagung kollektiver Strukturen. Der Marktextremismus nimmt nun als eine solche kollektive Struktur den Staat ins Visier, den der Neoliberalismus noch kontrollieren wollte.

Populäre »Libertarians« sind etwa Sohn und Enkel von Milton Friedman, Begründer der Chicagoer Schule des Neoliberalismus und verantwortlicher Kopf hinter dem chilenischen Experiment 1973. Dessen Sohn, der Jurist David Friedman, differenziert staatliche Aufgaben in die, »die man ihnen schon heute wegnehmen kann, und Aufgaben, von denen wir hoffen, sie ihnen morgen wegnehmen zu können« (*Stern*, 23. September 2003). Ein Instrument dafür sind für ihn Krypto-Währungen wie Bitcoin. Der Enkel wiederum, Patri Friedman (Mathematiker), engagiert sich im Sinne des Paypal-Gründers Peter Thiel für »Privatstädte« (Kemper 2022, Slobodian 2023), nicht-staatliche Enklaven, in denen ausschließlich das Recht des wirtschaftlich Stärkeren gilt. Wie das im ›Idealfall‹ aussieht, hat der »neoreaktionäre« Blogger Curtis Yarvin bereits 2008 für seine »Utopie« eines San Francisco der Zukunft geschildert: »Alle Einwohner, selbst vorübergehende Besucher, tragen Ausweise mit RFID-Chips. Von allen werden DNA und Netzhaut gescannt. Öffentliche Plätze und Nahverkehrssysteme tracken jeden. Sicherheitskameras sind allgegenwärtig. Jedes Auto weiß, wo es ist, und wer darin sitzt und meldet den Behörden beides.« Yarvins San Francisco der Zukunft ist dann ein Konzern, »Friscorp«, und seine Utopie geht laut *n-tv* so weiter: »Allen, die ›nicht produktiv‹ sind oder gegen die Befehle der Tech-Overlords verstoßen, droht notfalls eine profane Verwendung: Sie werden ›in Biodiesel umgewandelt, mit denen die kommunalen Busse fahren‹.«[1]

Dystopie aus dem Silicon Valley

Die Ideen Patri Friedmanns, Curtis Yarvins und anderer haben vor allem die technisch-digitale Elite des Silicon Valley beeindruckt. Peter Thiel hat Yarvin früh gefördert und lässt sich bis heute von ihm beraten. Elon Musks offizieller Titel bei Tesla ist, inspiriert von Yarvin, schon seit 2021 »Technokönig von Tesla«![2] Ein weiterer Fanboy Yarvins ist der Vizepräsident der USA und Schützling Peter Thiels, JD Vance.

Elon Musk, Peter Thiel und auch Trump-Unterstützer David Sachs sind in Südafrika aufgewachsen, in der Zeit des Sturzes des

Apartheidsregimes.[3] Neben ihren neoliberalen Überzeugungen der ökonomischen Dysfunktionalität von Demokratie und der Eigenverantwortung der Individuen tritt die Überzeugung, dass einige Menschen besser für Arbeit geeignet sind als andere – oder sogar, wie mehrfach (auch schwarze) Republikaner aus dem Trump-Lager geäußert haben, für Sklaverei prädestiniert, während andere geborene Chefs sind, die schon aufgrund ihres herausragenden Talents und ihrer Intelligenz herrschen müssen, um die Menschheit zu retten. Die Marktextremisten und Trump eint damit ihre Überlegenheits-Gewissheit, die gleichzeitig die Überzeugung einer white supremacy ist. Für die südafrikanisch geprägte Paypal-Connection waren die Proteste der ANC das, was nach Chamayou die Bürgerrechtsbewegungen für die Neoliberalen der 1970er Jahre waren: eine demokratische Bedrohung der freiheitlich organisierten Wirtschaft, in der jeder seinen »angemessenen« Platz hatte. Curtis Yarvin hat Nelson Mandela mit dem norwegischen Attentäter Anders Breivik verglichen: für ihn sind dies alles Terroristen, so der einfache Nenner, auf den er deren Gemeinsamkeiten bringt (*New York Times*, 18. Januar 2025).

Was im Südafrika der frühen 1990er passierte, entdecken die sich überlegen fühlenden Marktextremisten nun in Black Lives Matter, der Klimabewegung und dem Feminismus wieder: Die sozialen Proteste und Revolten der vergangenen Jahre sind letztlich der Grund, warum die Paypal-Mafia (Eigenbezeichnung!) sich genötigt fühlt, ihre Ziele nun auch in der politischen Arena zu vertreten – und sich damit letztlich auch vom Markt verabschiedet. Denn was Thiel und Musk eher vorschwebt als ein »freier« Markt, ist ein Monopol-Tech-Kapitalismus, der die Staaten ihrer sozialen Kompetenzen weitgehend beraubt und diese quasi-feudalistisch bestimmt. Diese Dystopie ist antidemokratisch, da sie zwar die autoritären Funktionen des Staates erhalten, aber privat lenken will und den demokratischen Staat in reine Marktfunktionalität verwandeln will; und meritokratisch, da die Clique aus dem Silicon Valley ihre Herrschaftslegitimation genealogisch voraussetzt. »Anarcho« bedeutet ihnen: Ausschaltung jedes demokratischen Aspekts, und sei er noch so unperfekt, und Durchsetzung des »Rechts des Stärkeren«.

Was sind die Wurzeln dieses autoritär-liberalen Denkens? Das Silicon Valley galt in seiner frühen Zeit als Keimzelle einer »kalifornischen Ideologie« (Barbrook/Cameron 1995), die im Kern besagte, dass der Kapitalismus nicht enden wird und emanzipatorischer Fortschritt gerade durch Kapitalismus möglich ist. Geboren wurde daraus der »progressive Neoliberalismus« (Nancy Fraser), der sich in den Werbespots von Amazon und Google wiederspiegelt, in denen fröhliche Migrant:innen und Queers uns erklären, wie schön es ist, in dieser neuen digitalen Arbeitswelt diverser und arbeitender Teil eines unternehmerischen Ganzen – Modell des Zukunftsstaats – zu sein. Dass diese schöne diverse Arbeitswelt in echt nicht ganz so schön ist, zeigen die Konzerne nicht so gerne: Google war es deutlich unangenehm, als vor einigen Jahren gefilmt wurde, wie Scharen von People of Color in die Büros ziehen, um Unmengen an Büchern für Google Books in mühsamer Handarbeit einzuscannen. Auch ein progressiver Neoliberalismus bleibt eben ein Neoliberalismus, und wogegen dieser bereits in seinen Gründungsjahren völlig allergisch war, das waren Arbeiterorganisationen, sprich: vor allem Gewerkschaften. Gegen diese setzte der Neoliberalismus von Anfang an auf einen starken Staat. Es gibt keine Grenze zwischen einem »progressiven« und einem »autoritären« Neoliberalismus. Sobald er sich bedroht sieht, wird er grundsätzlich autoritär und sucht sich auf der einen Seite der Welt einen Putin (vgl. Cubela in *express* 4/2022, S. 14), auf der anderen Seite einen Trump.

Triumph der Globalisierungskritik und erneuter Gegenschlag

Die globale Wende vom »progressiven« zum »autoritären« Neoliberalismus ist in der Weltwirtschaftskrise ab 2007 zu suchen. Erneut zeigen sich zahlreiche demokratische Bewegungen: der »arabische Frühling«, die Platzbesetzungen und Generalstreiks in Südeuropa, Occupy Wall Street. Das Allheilmittel des Neoliberalismus gegen demokratische Willensbekundungen (und mögliche Durchsetzungen) waren bis dato undemokratische globale Institutionen. Slobodian (2019) beschreibt die Welthandelsorganisation (WTO) als paradigmatisch für die Weltregierungs-Strategie des Neoliberalismus. Allerdings: auch diese Institutionen wurden, mythisch aufgeladen in Seattle 1999, von demokratischen Protesten erschüttert. Seit 1999 hat die WTO keine ihrer Deregulierungsmaßnahmen durchsetzen können – wobei sie weniger an Protesten von Globalisierungskritiker:innen gescheitert ist als vielmehr am Widerstand der postkolonialen Staaten (aber auch das ist dem Neoliberalismus selbstverständlich eine demo-

kratische Zumutung). Kaum eins der geplanten multilateralen Freihandelsabkommen konnte durchgesetzt werden. Die Ersatzstrategie dafür war ein Konglomerat von bilateralen (zwischen zwei Staaten oder Handelsblöcken abgeschlossenen) Freihandelsverträgen in unübersichtlicher Vielzahl. Die neuere neoliberale Strategie zur Aushebelung der sozialen Demokratie bestand also darin, einen Regel-Dschungel und verschärfte gegenseitige Konkurrenz zu schaffen sowie auf Freie Produktionszonen zu setzen, in denen bestimmte staatliche Rechte (in der Regel Arbeitsrechte, Umweltschutzmaßnahmen und Zoll- und Steuerregelungen) nicht gelten.

Genau hier setzt die extremere neue Version des Marktextremismus an und macht aus der Notlösung ein Konzept: Die »Privatstädte« Patri Friedmanns sind nichts anderes als Freie Produktionszonen (sowie Steueroasen), die gleichzeitig luxuriöse Wohnorte für die Reichen und Schlaf-Slums für die Arbeiter:innen sein sollen. Sie sind wie Wirtschaftsunternehmen strukturierte Klein-Staaten a la Hong Kong oder Singapur, die als Staaten stark genug sein sollen, um sozial-demokratische Forderungen zurückzuweisen, aber zu schwach, um sich nicht dem globalen ökonomischen Konkurrenzdruck zu beugen. Netanjahus und Trumps Vorschläge für den Wiederaufbau des Gaza-Streifens sind von solchen Privatstadt-Dystopien inspiriert.

Ideologische Banden-Herrschaft aus Palo Alto

Bei alledem sind die Pioniere des Silicon Valley nach wie vor überzeugt, die Welt zu retten. Quellen für dieses strotzende Selbstbewusstsein sind mehrere ideologische Versatzstücke: der Glaube an die eigene Überlegenheit als Unternehmer, Technokraten und Weiße – inspiriert durch das südafrikanische Apartheidsregime (baasskap – Chef-Herrschaft) und den Roman »Atlas shrugged« der individualistisch-kapitalistischen Autorin Ayn Rand. Ein zweiter Aspekt hängt damit unmittelbar zusammen: Es ist der »effective altruism«, der effektive Altruismus, den Ayn Rand betont: Dabei handelt es sich um eine Spielart des Utilitarismus, also einer Kosten-Nutzen-Abwägung auch in Fragen »humaner Ressourcen«. Hinzu kommt die Logik, schnell und eben »effektiv« zu helfen: Bevor ich in der Suppenküche stehe und einem armen Menschen zu essen gebe, werde ich besser reich und helfe vielen Menschen, auch wenn der einzelne Mensch ohne die Suppe verhungert. Die Effektivität besteht eben auch darin, von der eigenen Überlegenheit überzeugt zu sein. Sprich: der freie Markt gilt als effektiver als ein Sozialstaat.

Es kommt als dritter Punkt der Longtermism (sinngemäß ein Langfristigkeits-Ismus, für den es bislang keine angemessene deutsche Übersetzung gibt) hinzu. Das Prinzip des »effective altruism« wird nicht auf die aktuelle Zeit, sondern über die Zeit hinweg angewendet. Die These ist: Es wird noch viele Generationen von Menschen (vielleicht auf dem Mars oder als im Webspace gespeicherte Hirnströme) geben, für deren Wohl im Zweifelsfall auch die vergleichsweise wenigen heute Lebenden leiden müssen. Bei den »vergleichsweise wenigen« reden wir von einigen Millionen, denn Pandemien, Kriege und Klimawandel stellen für die Longtermisten keine große Gefahr dar: Das fällt unter »natürliche Auslese« und »survival of the fittest« – hinter baasskap, effective altruism und longtermism steht als gemeinsame Klammer selbstverständlich wieder der Sozialdarwinismus. Langfristig sehen die Anhänger:innen dieser Ideologie die Menschheit von Gefahren im Weltall und vor allem durch eine künstliche »Intelligenz« bedroht – haben also, simpel gesagt, einfach zu viel Terminator und Matrix geguckt. »OpenAI«, gegründet von Thiel und Musk, war angetreten, eine »gute« künstliche »Intelligenz« zu entwickeln, um die »böse« künstliche »Intelligenz« zu bekämpfen.[4] Die Bewegung ist damit explizit auch apokalyptisch, sie geht von einer möglichen Auslöschung der Menschheit durch KI aus: Extinction, daher das häufige »X« beispielsweise in den Musk-Unternehmen Space X, Twitter und in der Namensgebung seines Sohnes.

So krude das alles auch klingt, so wirkmächtig ist es dennoch. Schon allein durch die massiven finanziellen Mittel, die diesem autoritär-liberalen Zusammenhang zur Verfügung stehen, zeigt es sich wirkmächtig, mit der Wiederwahl Donald Trumps haben die BigTech-Spinner Zugang zur (um nicht zu sagen, Kontrolle über) immer noch mächtigsten Regierung der Welt: Trumps Vize JD Vance ist direkt aus dieser Bande rekrutiert, Elon Musks weitreichende Kompetenzzuweisungen im Rahmen der DOGE sind eine freiwillige Machtübergabe Trumps an das Tech-Syndikat. Trump hat praktisch die USA für 280 Millionen Dollar (Musks Investition in den Wahlkampf) recht günstig an die private Tech-Industrie verkauft. Es geht bei der Präsidentschaft Donald Trumps nicht um die Wahl zwischen »liberaler Demokratie« und »autoritärer Demokratie« (AK Wahlanalyse im *express* 11/2024) – es geht um die Verhinderung und Vernichtung von Demokratie. Dass nahezu die gesamte deutsche Medienlandschaft die Ereignisse der Monate Januar und Februar in den USA als »business as usual« abtut, ist schon skandalös, hier findet gerade ein veritabler Putsch statt.[5] »So muss es sich 1933 in Berlin angefühlt haben. Warten wir ab, bis wir bald eine Rezession haben, dann wird es genauso laufen wie damals in Deutschland«, kommentierte eine USAID-Mitarbeiterin die Ereignisse im ZDF (*heute*, 8. Februar 2025).

Fleisch vom selben Fleische: AfD und Paypal-Mafia

Vor dem Hintergrund der weitgehenden Entdemokratisierung und Entsozialisierung der USA in der bislang kurzen Amtszeit Trumps ist Musks Einflussnahme auf den Bundestagswahlkampf und seine Unterstützung der AfD natürlich beunruhigend. Der ehemalige Tesla-Chef Deutschlands, Philipp Schröder, warnte im Januar auf der Plattform *linkedin* vor weiteren Beeinflussungen: »Wenn er [Musk, *Anm. TB*] etwas tut, dann aus einer Postion heraus, in der er selbst die komplette Steuerung hat und mit der fundamentalen Überzeugung ›what ever it takes‹ in die Umsetzung zu gehen. Mit unbegrenzten Mitteln und Willen.« (orthographische Fehler i.O., *Anm. d. Red.*)

Es muss letztlich niemanden überraschen, dass Elon Musk mit Verve die AfD unterstützt. Denn aus dem Gebräu rassistischer Weltsichten und marktextremer Wirtschaftsauffassungen sind Paypal-Mafia und AfD gleichermaßen entstanden.

David Bebnowski und Slobodian Quinn haben diese gemeinsamen Wurzeln des US-amerikanischen und des deutschen Marktextremismus in *Die Zeit* (28. September 2024) herausgearbeitet. Den Anfang machte hierzulande 1998 das kapitalistische Magazin *eigentümlich frei*. Fast zeitgleich mit der *eigentümlich frei* gründete sich in Deutschland die Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, in der u.a. Alice Weidel und Beatrix von Storch aktiv waren bzw. sind. 2024 vergab diese Gesellschaft die »Hayek-Medaille« an den argentinischen Präsidenten Javier Milei – von dessen Kettensägenmassaker wir laut Christian Lindner »mehr wagen« sollten…

Auch wenn sich die Hayek-Gesellschaft im Laufe ihres Bestehens radikalisiert hat: Basis dieser wie auch der AfD war, neben »einem Kreis nationalliberaler Ökonomen und CDU-Abtrünniger«[6], einerseits eine Bande von FDP-Dissidenten – ursprünglich federführend von Hans-Olaf Henkel forciert, der zwischenzeitlich aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten ist, seinerzeit aber eine Parteigründung anregte, die dann AfD heißen würde (vgl. Kemper 2013) – und andererseits die auf den »Anarchokapitalisten« Murray Rothbard zurückgehende Idee, ein letztlich populistisches Bündnis zwischen Rechtsextremismus und Marktextremismus zu schmieden. Heraus kam »ein merkwürdiger Hybrid aus nationalliberalen und nationalkonservativen, christlich-fundamentalistischen sowie rechtsextremen Einflüssen« (*Republik*, 11. Februar 2025).

So merkwürdig ist dieser Hybrid aber letztlich nicht. Die im Wortsinn post-faschistische Kombination dieser Strömungen ist Kern der Palo Alto-Connection wie auch der AfD. In liberal-demokratischen Kreisen ist es en vogue, die Extremisierung der AfD von der Lucke-AfD hin zu einer Höcke-AfD anzuprangern. Als marktextremistischer Sozialdarwinismus war diese Form der expliziten Anti-Demokratie schon seit Bestehen der Partei prägend. Für Alice Weidel seien Hayek, Thatcher und Milei die Stichwortgeber und nicht, wie für Höcke, das völkische Vokabular der NSDAP, schreibt Volker Weiss in der *Republik*. Für die Mühen der Demokratisierung macht das aber kaum einen Unterschied: Die »wirtschaftsliberale« AfD war (und ist) nicht ungefährlicher als die »extrem rechte« AfD.

Literatur:

Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin.
Barbrook, Richard/Cameron, Andy (1995): The Californian Ideology. http://www.imaginaryfutures.net/2007/04/17/the-californian-ideology-2/
Chamayou, Grégoire (2019): Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus. Berlin.
Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion: Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V. Münster.
Kemper, Andreas (2022): Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus. Münster.
Landa, Ishay (2022): Der Lehrling und sein Meister. Liberale Tradition und Faschismus. Berlin.
Slobodian, Quinn (2019): Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus. Berlin.
Slobodian, Quinn (2023): Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen. Berlin.
Ther, Philipp (2016): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa. Berlin.

Anmerkungen:

1 *Vogel, Hannes: Trumps Milliardäre träumen von rechter Tech-Diktatur. https://www.n-tv.de/wirtschaft/Trumps-Milliardaere-traeumen-von-rechter-Tech-Diktatur-article25286466.html, 14.10.2024.*
2 *Ebd.*
3 *Shrivastana, Anjana: Musk und Thiel: Für die Herrschaft des Bosses. https://www.nd-aktuell.de/artikel/1186259.us-wahl-musk-und-thiel-fuer-die-herrschaft-des-bosses.html, 24.10.2024.*
4 *Vgl. zu diesem Komplex* wildcat *112, Herbst 2023, S. 53-55.*
5 *Brockschmidt, Annika: Trump & Musk: Staatsstreich in den USA und keiner kriegt es hier mit? https://www.volksverpetzer.de/aktuelles/trump-musk-staatsstreich-medienversagen/, 06.02.2025.*
6 *Weiss, Volker: Alles auf Rechtsaußen. Wie Alice Weidel die AfD radikal einte, statt sie zu mäßigen.* Republik, *11.2.2025.*

Neuerscheinung des Sozialistischen Büros

Dokumentation zu Oskar Negt

Anlässlich des Symposiums »Arbeit, Demokratie und menschliche Würde« hat das Institut für Sozialfoschung eine Dokumentationsbroschüre herausgegeben, die die Traueranzeigen, Nachrufe und die Redebeiträge der Trauerfeier für Oskar Negt enthält. Daneben enthält die Dokumentation einige zentrale Beiträge Oskar Negts selber (Rede zum Angela-Davis-Kongress, 1972; »Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren«, 1972 u.a.), Beiträge zu Oskar Negt von engen Freunden sowie das posthum im *express* 3/2024 erschienene Interview. Die Dokumentation wurde von Günter Pabst, ehemaliger Sekretär des Sozialistischen Büros, zusammengestellt.

Die Broschüre kann zum Preis von 5,– € plus Versandkosten (3,– €) käuflich erworben werden.

Bezug:
express / AFP e. V.
Niddastraße 64, VH, 4. OG
60329 Frankfurt am Main
Email: express-afp@online.de

Vergessene Befreier – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

Außerdem: Rechtes Proletariat? »Narco-Staat« Costa Rica? Begehrtes Grönland

52 Seiten, € 7,–

www.iz3w.org

Transnationale Organisierung – Grenzen, Herausforderungen und Perspektiven

Ein Gespräch zwischen Aktivist:innen von Precarious Di∫connections Bologna* und kein mensch ist illegal Hanau*

Precarious Di∫connections Bologna ist aktiv in der Plattform für einen Transnationalen Sozialen Streik (TSS); kein mensch ist illegal Hanau ist Teil des transnationalen Netzwerks Alarm Phone (AP). So unterschiedlich die Netzwerke sind, so ähnlich sind immer wieder die Ansätze und Herausforderungen. Beide sind davon überzeugt, dass es transnationaler Organisierung bedarf, um das System herauszufordern und zu versuchen, es zu überwinden. Wir dokumentieren das folgende Gespräch zwischen Aktivist:innen beider Gruppen.

Ihr bewegt Euch kontinuierlich in transnationalen Netzwerken, sowohl TSS als auch AP haben eine Geschichte von etwa zehn Jahren. Was ist Eure Vision für die nächsten zehn Jahre?

Precarious Di∫connections Bologna: Von Anfang an bestand das Ziel des TSS darin, Ereignisse, die ebenso wichtig wie unverbunden waren, als Teile einer transnationalen »Streikbewegung« zu lesen: Streiks in den Betrieben – wie den Kampf für einen Mindestlohn in den Fast-Food-Restaurants in den USA –, Kämpfe von Migrant:innen, nationale Proteste wie den gegen das »Loi travail« in Frankreich. Dieser Versuch fiel zunächst mit einer Neudefinition des Streiks zusammen, die über die traditionelle Vorstellung einer Produktionsunterbrechung hinausging, die oft von den Gewerkschaften monopolisiert wurde.

Als soziale und transnationale Bewegung wurde der Streik für uns zum Synonym einer kollektiven Fähigkeit, die sozialen und politischen Bedingungen der Ausbeutung zu verweigern. Infolgedessen wies die Streikbewegung auf die Notwendigkeit hin, die politische Infrastruktur, d.h. die Organisierung, zu realisieren, die erforderlich ist, um sie über spezifische Ereignisse hinaus zu unterstützen und zu fördern. Wenn wir also gefragt werden, wie wir uns die Zukunft vorstellen, denken wir nicht so sehr an eine riesige koordinierte Aktion. Vielmehr geht es uns um die Verbesserung und Verstetigung einer Organisierung, die es uns ermöglicht, sowohl auf radikale Veränderungen vorbereitet zu sein und sie in Chancen umzuwandeln, als auch die subversive Kraft sozialer Bewegungen zu stärken, die sonst Gefahr laufen, sich aufzulösen, wenn einzelne Mobilisierungen zu Ende gehen.

kein mensch ist illegal Hanau: Im Oktober 2024 ist das Alarm Phone zehn Jahre alt geworden und es ist immer noch eine unglaubliche Geschichte. Ein Beispiel: Als wir im Oktober 2014 begannen, taten wir dies hauptsächlich in Bezug auf die Situation im zentralen Mittelmeerraum. Aber wir konnten uns nicht vorstellen, dass unsere Hotline auch in der Ägäis zum Einsatz kommen könnte, da diese bereits zu dieser Zeit von permanenten Pushbacks durch die griechische Küstenwache geprägt war. Aber im Jahr 2015 änderte sich die Situation völlig und die Migrationsbewegungen überrannten die See- und Landgrenzen. Sie öffneten Schritt für Schritt die Balkanroute und es geschah völlig unerwartet, was wir als Sommer der Migration bezeichnen. Das Alarm Phone erhielt daraufhin – in Kontakt mit syrischen, irakischen und afghanischen Communities on the Move – Hunderte von Anrufen und konnte diese Autonomien der Migration bestmöglich unterstützen.

Das zeigt: Die Dynamik sozialer Bewegungen kann eine scheinbar »stabile« repressive Situation in wenigen Wochen oder Monaten herausfordern und verändern. Von 2016 bis heute erleben wir einen ständigen Rollback mit einer unerträglichen »Normalisierung« des Sterbens auf See und einer Brutalisierung des Pull- und Pushback-Regimes.

Aber wir sollten nie ausschließen, dass es wieder zu Gegenentwicklungen kommt. Unser Traum für 2034 ist daher natürlich ein weiterer und langfristigerer Durchbruch und Widerstand gegen das Grenz- und Visaregime der EU – mit »Fähren statt Frontex« als realisiertem Slogan, um sichere Passagen zu gewährleisten und das Sterben auf See zu beenden. Gleichzeitig wissen wir, dass dies nur als Teil eines umfassenderen Zyklus von Kämpfen für globale Gerechtigkeit möglich sein wird.

Was sind Eurer Meinung nach die größten Hindernisse für eine stärkere transnationale Organisierung? Wie geht Ihr mit der Ungleichzeitigkeit von Kämpfen um, mit den globalen Unterschieden in den Lebens- und Kampfbedingungen?

P.D.: Es gibt heute zwei Hindernisse auf dem Weg zu einer stärkeren transnationalen Organisierung: zum einen die lokale gegen die transnationale Organisierung zu stellen und zum anderen zu glauben, dass es einen Gegensatz zwischen der Schaffung eines gemeinsamen politischen Diskurses und einer politischen Initiative oder Aktion gibt. Das erstgenannte Problem hat mit den Gewohnheiten organisierter Gruppen und Bewegungen zu tun, ihr tägliches Handeln darauf auszurichten, ihre eigene Existenz als organisierte Gruppen und Bewegungen unverändert aufrecht zu erhalten.

Wir können natürlich einen transnationalen Aktionstag organisieren – wie wir es beispielsweise getan haben, indem wir am 1. März Migrant:innenstreiks unterstützt und organisiert oder indem wir am 1. Mai 2022 die »Strike the War«-Kampagne gestartet haben. Die wichtigsten Bewegungen der letzten Jahre wurden jedoch nicht »von uns« organisiert, sondern sind plötzlich entstanden.

Die unmittelbaren Gründe für deren Entstehung – ein von der Polizei getöteter Schwarzer im Fall von Black Lives Matter, ein Gesetz zum Verbot von Abtreibungen im Fall des Frauenstreiks in Polen oder ein Femizid im Fall des jüngsten Streiks von Krankenschwestern und Ärzt:innen in Indien – sind sowohl zufällig entstanden als auch Teil struktureller Bedingungen: Rassismus und Patriarchat. Ein strategischer Diskurs, der sich auf diese strukturellen Bedingungen konzentriert, ist auch der erste Schritt, um Teil einer echten Bewegung zu werden, die in der Lage ist, die Organisierung zu fördern, indem sie beispielsweise die Beziehung zwischen Rassismus, Patriarchat und der gegenwärtigen Umstrukturierung des neoliberalen Kapitalismus in Kriegszeiten hervorhebt.

Das bedeutet auch, dass wir nicht vermeiden können, uns unseren Differenzen zu stellen. In Italien gibt es beispielsweise eine anhaltende Auseinandersetzung über die Zukunft eines Unternehmens von Stellantis in Turin. Der Streit dreht sich um die Produktion von Elektroautos, und die Bosse fordern öffentliche Mittel, indem sie damit drohen, die Produktion nach Polen zu verlagern. Hier gibt es keine nationale oder lokale Lösung. Darüber hinaus basiert der rasche Abbau des

öffentlichen Wohlstands zunehmend auf der Verfügbarkeit von Arbeitsmigrant:innen, hauptsächlich Frauen. Sie sind aufgrund der Erpressung durch die Aufenthaltserlaubnisse – ohne die ihnen die Abschiebung in ihre Herkunftsländer oder in ein »Drittland« droht – gezwungen, jeden Lohn und jede Arbeitsbedingung zu akzeptieren.

Heutzutage gibt es keine lokalen Auseinandersetzungen und Kämpfe, die nicht von transnationalen Einflüssen durchzogen sind. Unser Ziel sollte es sein, diese materiellen transnationalen Verbindungen in Organisierungsprozesse umzuwandeln, wobei wir die Unterschiede als zentrale Bedingung der transnationalen Herausforderung, mit der wir konfrontiert sind, wahrnehmen müssen.

kmii: In dieser Welt der Hierarchien und Ungleichheiten sind wir mit sehr unterschiedlichen Bedingungen konfrontiert und auch die Zyklen des Widerstands und der Kämpfe variieren in Zeit und Dynamik. Daher wird ein vereinfachtes Konzept gemeinsamer oder sogar gleichzeitiger Kämpfe nicht funktionieren.

1997 haben wir das bundesweite Netzwerk »kein mensch ist illegal« in Anlehnung an und in Reflexion auf die beeindruckenden Kämpfe der Sans Papiers in Paris gegründet. Wir konnten starke Kampagnen gegen Illegalisierung und Abschiebungen aufbauen, wohl wissend, dass wir die Dynamik aus Frankreich nicht kopieren können. 20 Jahre später, zwischen 2016 und 2019, konnten wir mit dem neuen Bündnis »We'll Come United« Zehntausende auf die Straße bringen, in der Folge des Sommers der Migration und in Opposition zu dem anhaltenden Rollback. Es war ein großartiger Zyklus von drei Jahren, aber Kraft und Dynamik konnten nicht längerfristig aufrechterhalten werden, als sich die Bedingungen erneut änderten.

Da wir von der Bedeutung kollektiver Erinnerungen überzeugt sind, konnten wir zumindest grundlegende Strukturen und wichtige Erfahrungen bewahren, auf denen wir in den nächsten Zyklen von Kämpfen aufbauen können.

Wie nehmt Ihr soziale Kämpfe und Eure Rolle als politische Gruppe und transnationales Netzwerk in ihnen wahr? Wie steht Ihr zu sichtbaren und unsichtbaren täglichen Widerstandspraktiken?

P.D.: In den letzten Jahren haben wir versucht, die vielfältigen »sozialen Streiks«, die stattgefunden haben, sichtbar zu machen und die Möglichkeit aufzuzeigen, sich jenseits und gegen die sich verschlechternden materiellen Bedingungen zu organisieren. Während viele europäische Bewegungen und Netzwerke auf das »Herz der Bestie« abzielten, d. h. auf das finanzielle Zentrum der Europäischen Union, das durch die Europäische Zentralbank in Frankfurt symbolisiert wird, organisierten wir das erste Treffen des TSS in Polen, wo es an den Knotenpunkten der transnationalen Produktionsketten viele Arbeitskämpfe gab. Wir konnten die strategische Bedeutung vorwegnehmen, die Polen und Osteuropa heute spielen, nicht so sehr in geopolitischer Hinsicht, sondern für die transnationale Organisation von Produktion und Reproduktion in Kriegszeiten.

Während des Covid-19-Notstands, als systemrelevante Arbeitskräfte, hauptsächlich Frauen und Migrant:innen, gegen die tödliche Ausbeutung, die durch die Pandemie noch verschärft wurde, kämpften und streikten, gründete TSS ein Netzwerk namens E.A.S.T. – Essential autonomous struggles transnational –, um diese Kämpfe miteinander zu vernetzen und sichtbar zu machen.

Es geht nicht so sehr darum zu fragen, welche Kämpfe »wichtiger« sind. Es geht darum, dass einige Kämpfe das Potenzial haben, viele alltägliche Kämpfe und lokale Praktiken zu verbinden, die – obwohl sie wichtig für die Verbesserung der Lebensbedingungen vieler Menschen sind – sonst Gefahr laufen, isoliert und fragmentiert zu bleiben. Es geht darum, diese Verbindung zu einem politischen Projekt zu machen.

kmii: Mit Alarm Phone beziehen wir uns auf das Bild der Underground-Railroad, auf die verborgenen abolitionistischen Kämpfe gegen die Sklaverei. Migrationsbewegungen sind in erster Linie alltägliche, unsichtbare soziale Kämpfe, die das Grenzregime untergraben. Als 2006 in den USA riesige Demonstratio-

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE

widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie (proletarische) Frauenbewegung und die Geschichte des Staatssozialismus.

Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Metropol Verlag Berlin. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de • www.metropol-verlag.de

www.arbeit-bewegung-geschichte.de

Ⓜ METROPOL

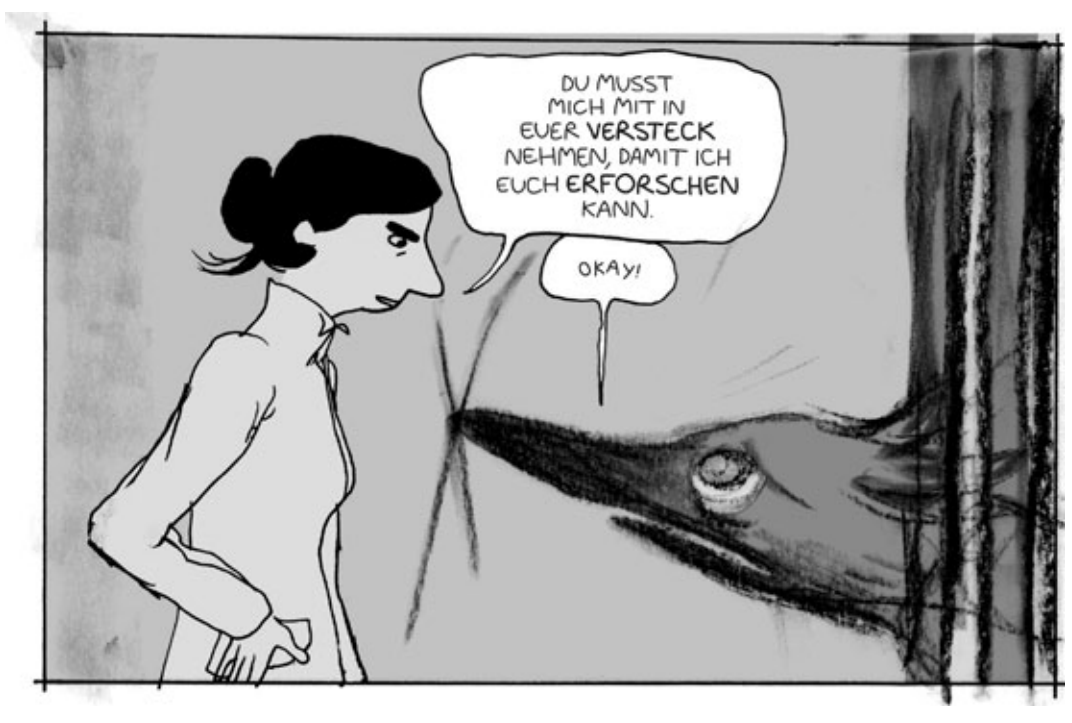
nen von Migrant:innen gegen neue repressive Gesetze stattfanden, bezeichneten einige Freund:innen in Los Angeles dies als »einen schlafenden Riesen, der erwacht ist«. Der historische »March of Hope« im September 2015 in Ungarn, der dann zu einigen Monaten der Bewegungsfreiheit auf der Balkanroute führte, war »nur« der sichtbare Höhepunkt eines eher versteckten Kampfes in den Monaten zuvor. Und trotz und gegen eine postfaschistische Meloni-Regierung schafften es 2023 mehr als 150.000 People on the Move von Tunesien oder Libyen nach Europa – eine Rekordzahl. Ähnlich in Deutschland: Trotz und gegen die zunehmenden rassistischen Diskurse und neuen repressiven Gesetze wurden im Jahr 2023 mehr als 330.000 neue Asylsuchende registriert, ebenfalls eine der höchsten Zahlen in der Geschichte Deutschlands. Diese Kluften zwischen offizieller Politik und sozialer Realität müssen als stille, aber erfolgreiche Autonomien und Hartnäckigkeiten von Migrationsbewegungen interpretiert und anerkannt werden.

Wo seht Ihr die Vorteile und Grenzen Eurer jeweiligen Praxis?

P.D.: Das Alarm Phone ist eine großartige Erfahrung, die in der Lage ist, das europäische Migrationsmanagement und das Grenzregime herauszufordern. Dies ist von unschätzbarem Wert für Hunderttausende von Migrant:innen, die ihre Bewegungsfreiheit durchzusetzen versuchen.

TSS verfolgt eine etwas andere Strategie und konzentriert sich mehr auf die Verbindung von Kämpfen als auf ein einzelnes Thema wie die Rettung von Migrant:innen.

Tatsächlich müssen Migrant:innen auf ihrem Weg in die Freiheit zahlreiche Hindernisse überwinden. Diejenigen, die es schließlich schaffen, nach Europa einzureisen, müssen sich nicht nur dem Albtraum des Dublin-Regimes und des »Aufnahmesystems« stellen, sondern sie werden auch gezwungen, sich in eine verfügbare Arbeitskraft zu verwandeln, die für die Produktion und Reproduktion von zentraler Bedeutung, aber aufgrund ihres spezifischen Rechtsstatus auch isoliert ist. Dies wirkt sich auch auf die Fähigkeit aus, Kämpfe am Arbeitsplatz zu organisieren – sei es auf den Farmen und Feldern, in der Autoindustrie, in der Logistik oder in der Pflege. TSS kann also nicht wie AP auf unmittelbare Ergebnisse setzen. (...) Was wir gemeinsam haben, ist sicherlich die Anerkennung der politischen Zentralität der Migrationsbewegungen und die Notwendigkeit, gegen Rassismus und Ausbeutung zu kämpfen.



kmii: Alarm Phone ist für uns immer noch ein kleines Wunder in Bezug auf Kontinuität, Verbindlichkeit und Effektivität in der Geschichte von noborder. Offensichtlich war es möglich, verbunden durch eine gemeinsame Hotline mit der klaren Aufgabe, Menschen auf See zu begleiten und zu unterstützen, ein nachhaltiges Netzwerk auf einer sehr dezentralen Ebene, aber mit einer gemeinsamen Praxis, zu schaffen. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben wir eine sehr komplexe Struktur entwickelt und – was am wichtigsten ist – wir konnten das Vertrauen vieler Migrant Communities gewinnen. Diese Art der Vernetzung und der täglichen Kontakte mit den Migrationsbewegungen sind eine große Stärke. Da wir auf operativer Ebene so viele Dinge lernen und weiter entwickeln müssen und weil wir täglich in so viele Mikrokämpfe verwickelt sind, laufen wir Gefahr, die politische Ebene zu vernachlässigen. Unser gemeinsamer Rahmen ist natürlich noborder und die Forderung nach Bewegungsfreiheit. Aber tiefere Diskussionen über die Narrative im Migrationsdiskurs oder sogar über die Verknüpfung unseres Kampfes mit anderen sozialen Kämpfen geraten oft in den Hintergrund. Das ist nicht selten ein Kapazitätsproblem, aber insofern können wir vom TSS lernen. Zumindest ist AP sehr engagiert in der Organisation des Transborder Summer Camps, das im Sommer 2025 zum dritten Mal stattfinden wird und in dem wir versuchen, eigene Räume für vertiefende und themenübergreifende Diskussionen zu schaffen. (...)

Eure beiden Netzwerke verfolgen den Anspruch, globale Hierarchien und Ungerechtigkeiten zwischen Süd und Nord zu untergraben. Was bedeutet das und wie funktioniert es in der Realität? Was sind die größten Probleme und Herausforderungen?

P.D.: Wir haben bereits unsere »Hinwendung nach Osten« erwähnt, die die Organisation von Treffen nicht nur in Polen, sondern auch in Slowenien, Georgien und Bulgarien zur Folge hatte. Die politische Bedeutung dieser Neuausrichtung bestand darin, Europa nicht aus dem »Zentrum« seiner Regierungen – wie in Deutschland oder Frankreich – zu betrachten, sondern von seinen Rändern aus. Wir wollten – sowohl von innen als auch von außen – Europa nicht nur in institutioneller Hinsicht verstehen, sondern auch die transnationale Dimension neoliberaler Politik betrachten sowie die Art und Weise, in der Unterschiede in Bezug auf Löhne, Arbeitsbeziehungen oder rassistische und patriarchalische Hierarchien als Teil einer Gesamtorganisation von Produktion und Reproduktion entstehen.

Wir haben auch Verbindungen zu türkischen und kurdischen Genoss:innen aufgebaut, weil wir die Rolle der Türkei im europäischen Grenzmanagement kennen und die Angriffe gegen das kurdische Volk im Zusammenhang mit dem Krieg oder mit sozialen Kämpfen wie der iranischen Bewegung »Frauen-Leben-Freiheit« sehen. Einschränkend muss gesagt werden, dass sich diese Verbindungen oft entlang bestimmter Anlässe entwickeln, wie zum Beispiel dem Rückzug der Türkei aus der Istanbuler Konvention, der vor einigen Monaten eine Initiative von EAST ausgelöst hat. Die Herausforderung besteht darin, diese Verbindungen über die Ereignisse hinaus zu festigen.

kmii: Unser AP-Treffen zum zehnjährigen Bestehen fand Anfang Oktober 2024 in Dakar statt. Es war uns praktisch und symbolisch wichtig, in den Senegal zu reisen, wo unser südlichstes Team aktiv ist. In der Regel treffen wir uns zweimal im Jahr mit 100 bis 150 Personen, und die meisten unserer Mitglieder aus dem Süden können kein Visum für die Teilnahme an Treffen im Norden erhalten. Daher findet eines dieser beiden Treffen im Süden statt. Dementsprechend hatten wir in den letzten Jahren mehrere Vollversammlungen und noch häufiger Arbeitsgruppentreffen in Tunesien und Marokko organisiert.

Einige unserer Mitglieder haben eigene Erfahrungen mit der Überquerung des Meeres. Und in den regionalen Gruppen sind die in Tunesien und Marokko lebenden Freund:innen für Updates, für Analysen und Sensibilisierung von entscheidender Bedeutung.

Wie bereits erwähnt, konnten wir gute Beziehungen zu Communities on the Move aufbauen und wir haben enge Verbindungen zu unseren Schwesterprojekten im oder aus dem Süden, zum Beispiel zum Alarm Phone Sahara in Niger, zu Boza Fii im Senegal oder zu Refugees in Libya. Darüber hinaus engagiert sich AP sehr stark im transnationalen Commemor Action-Netzwerk, in dem wir mit vielen Familien von Vermissten in Nord- und Westafrika zusammenarbeiten.

Obwohl all diese Bemühungen und Kooperationen die Herangehensweise und die Prioritäten von AP beeinflussen und verändern, wollen wir nicht so tun, als hätten wir bereits völlig gleichberechtigte Strukturen. Die Ressourcen und die damit verbundenen Privilegien, sich mehr Zeit zu nehmen, zu reisen und an vielen Treffen teilzunehmen, liegen noch eindeutig im Norden. Und die Teams in Europa sind zu selten gemischt zusammengesetzt, aus Mitgliedern mit und ohne Migrationserfahrung. Daher besteht unserer Meinung nach immer noch eine gewisse Dominanz des Nordens, obwohl in den genannten Strukturen die Entscheidungsfindung so dezentralisiert ist. Es handelt sich um einen fortlaufenden und permanenten Prozess der Reflexion und Veränderung unserer Strukturen.

Ihr verfolgt beide den Ansatz »Kämpfe verbinden«. Wie fällt Eure bisherige Bilanz aus? Kommt es zu gegenseitigen Stärkungen?

P.D.: Manchmal – und einige der oben beschriebenen Erfahrungen sind Beispiele dafür – ist es uns gelungen, einen Raum zu schaffen, in dem Unterschiede zum Ausdruck gebracht werden konnten und der dennoch Teil eines gemeinsamen Projekts und einer Initiative war. Lokale Kämpfe, die ansonsten isoliert geblieben wären, konnten bekannter gemacht werden. Sie wurden diskutiert und zum Teil eines gemeinsamen Projekts. Aber jeder Erfolg erhöht die Komplexität und wirft neue Fragen und Herausforderungen auf. In der Tat sind die Zeiten, in denen wir leben, an sich schon komplex, die Fragmentierung organisierter Bewegungen war noch nie so grundlegend, auch aufgrund des Drucks des Krieges, und wir können keine einfachen Lösungen erwarten.

kmii: Das ist und bleibt eine schwierige Frage. AP war im vergangenen Jahr an mehreren größeren Treffen beteiligt, die inhaltlich über Flucht und Migration hinausgingen. 2019 und 2022 waren wir Teil der Transborder Summer Camps, im Herbst 2021 haben wir gleichzeitige Zusammenkünfte in Palermo und Dakar mitorganisiert. Bei all diesen Veranstaltungen war ein »transversaler« Ansatz beabsichtigt und punktuell gab es sehr produktive Workshops, beispielsweise zu den Hintergründen der Migration, zur Situation in verschiedenen Herkunftsländern oder zu Migration und (migrantischer) Arbeit.

Aber letztlich blieben diese Veranstaltungen vereinzelte Momente und führten nicht zu nachhaltigeren Strukturen, um Kämpfe zu vernetzen. Theoretisch sind sicherlich alle AP-Mitglieder von der Notwendigkeit themenübergreifender Bemühungen überzeugt. In der Praxis geht dies jedoch oft in unseren Programmpunkten unter und vielleicht haben viele Freund:innen das Gefühl, dass diese Diskurse zu abstrakt bleiben, wenn wir nicht gleichzeitig effektive Praktiken entwickeln können.

Und schließlich haben wir alle mit Kapazitätsproblemen zu kämpfen. Bei unserem letzten Treffen in Dakar haben alle AP-Mitglieder einiges mehr über die Realitäten und sozialen Kämpfe nicht nur im Senegal, sondern in mehreren Ländern Westafrikas erfahren. Die Herausforderung besteht darin, dass daraus mehr entstehen sollte als ein weiterer interessanter Moment des Austauschs.

Wir sehen eine nächste Chance in dem bereits erwähnten Transborder Summer Camp im August 2025. Wir werden versuchen, bereits im Vorfeld, also in der Vorbereitungsphase, einen Prozess der Vernetzung von Kämpfen in Gang zu setzen und ihn dann auch im AP stärker zu verankern. Wir hoffen, dass die Plattform für den Transnational Social Strike dieses Vorhaben unterstützen und stärken wird.

* **Precarious Diſconnections (PD) Bologna**
Precarious Diſconnections ist ein (Organisierungs-)Raum für Männer und Frauen, prekär und nicht prekär, Migrant:innen und Italiener:innen, die versuchen, die globale Isolation und Spaltung der Beschäftigten zu durchbrechen, ausgehend von den Unterschieden, die sie zunächst trennen. Kontakt: info@connessioniprecarie.org TSS-Website: transnational-strike.info

* **kein mensch ist illegal (kmii) Hanau**
Die Gruppe ist in Hanau seit Anfang der 1990er Jahre aktiv gegen Abschiebungen, für Bleiberecht und Bewegungsfreiheit. Seitdem bietet sie eine unabhängige Beratung für Geflüchtete und Migrant:innen an und war an mehreren antirassistischen Kampagnen beteiligt. Alarm-Phone-Website: https://alarmphone.org/de/ Kontakt: kmii-hanau@antira.info

graswurzel revolution
GWR 496 – Februar 2025

So viele Farben
Einzelexemplar: 4,50 €
Probeexemplar oder Abo:
www.graswurzel.net

Europa-Express

Sein oder Nichtsein?

Roland Erne* zur Klage gegen die EU-Mindestlohnrichtlinie

Im Oktober 2022 verabschiedete die EU ihre sogenannte Mindestlohnrichtlinie. Sie zwingt diejenigen EU-Staaten, in denen es einen Mindestlohn gibt, ihn alle zwei Jahre anzupassen. Außerdem verpflichtet sie alle EU-Staaten, sich darum zu bemühen, dass für 80 Prozent der Lohnabhängigen Tarifverträge gelten. Ist das nicht der Fall, müssen die Staaten Aktionspläne vorlegen, mit denen sie die Tarifbindung stärken wollen. Dänemark klagt mit Unterstützung Schwedens gegen die Mindestlohnrichtlinie vor dem Europäischen Gerichtshof. Das Argument: Die EU überschreite ihre Kompetenzen. Sie mische sich zu sehr in nationale Belange ein, nämlich in die Arbeitsentgelte und die Koalitionsfreiheit. Eine Entscheidung des Gerichts steht noch aus. Im Januar legte Nicholas Emiliou, ein Generalanwalt der EU, seine Empfehlung an das Gericht vor. Roland Erne hat sie sich genauer angesehen.

Das Jahr begann für das soziale Europa dramatisch: Am 14. Januar 2025 empfahl Nicholas Emiliou (2025), einer der Generalanwälte der EU, dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne (AMWD) für nichtig zu erklären. In seinen Schlussanträgen unterstützt er die Klage Dänemarks gegen die Mindestlohnrichtlinie (siehe *express* 1/2025: S. 8).

Generalanwalt Emiliou auf dünnem Eis

Die ersten juristischen Analysen der Stellungnahme des Generalanwalts gehen nicht davon aus, dass die Beschwerde Dänemarks erfolgreich sein wird. Für Claire Kilpatrick und Marc Steiert (2025) vom Europäischen Hochschulinstitut in Florenz ist Emilious Stellungnahme fehlerhaft, weil sie die bestehende Rechtsprechung in diesem Bereich sehr ungenau auslegt.

Die Jurist:innen des Europäischen Gewerkschaftsbundes sind ebenso zuversichtlich, dass der EuGH die Meinung des Generalanwalts zurückweisen wird (ETUC 2025). Denn die AMWD untergräbt weder die Autonomie der Sozialpartner, noch legt sie die Löhne fest. Sie zielt nicht darauf ab, die Höhe der Mindestlöhne in der EU zu harmonisieren oder eine einheitliche Methode für ihre Festsetzung zu schaffen.

Vielmehr geht es darum, einen angemessenen Lebensstandard für alle Beschäftigten in Europa zu gewährleisten. Zu diesem Zweck sieht die Mindestlohnrichtlinie eine Vielzahl sozialpolitischer Maßnahmen vor. Dazu gehört die Aufforderung an die Mitgliedsstaaten, eigene Aktionspläne zu erstellen, um mehr Beschäftigten den Schutz von Tarifverträgen zu gewähren. Wenn EU-Länder gesetzliche Mindestlöhne festlegen, dann sollen sie transparente Mechanismen entwickeln, um die Sozialpartner in die Verfahren zur Festlegung der Mindestlöhne einzubeziehen, regelmäßige Aktualisierungen zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die gesetzlichen Mindestlöhne ausreichen, um die Lebenshaltungskosten der Beschäftigten zu decken. Schließlich verpflichtet die Richtlinie die Mitgliedsstaaten dazu, Lohnschutzmechanismen einzuführen, die sicherstellen, dass Mindestlohnempfänger den Lohn auch erhalten, der ihnen zusteht.

»links« lebt!
Politische Diskussionen und Interventionen in der Online-Zeitung www.links-netz.de
links-netz

Über die Verwendung und den Missbrauch juristischer Argumente

Aus arbeitspolitischer Sicht bleibt der Ausgang der Klage gegen die AMWD offen, denn hinter dem Angriff steht eine starke Lobby. Business Europe, der europäische Dachverband der Arbeitgeber, hat von Anfang an alles auf die juristische Karte gesetzt. Im politischen Prozess ist diese Strategie jedoch kläglich gescheitert. Als wir 2019 mit Vertretern von Business Europe sprachen, waren sie sich sicher, dass sie jeden Vorschlag der Kommission in diesem Bereich vereiteln könnten.

Das früher häufig vorgetragene juristische Argument, die EU würde mit der Mindestlohnrichtlinie ihre Kompetenzen überschreiten, funktionierte in Brüssel, Straßburg und fast allen europäischen Hauptstädten jedoch nicht mehr. Die europäischen Arbeitgeberverbände hatten nämlich ihre juristische Argumentation unbeabsichtigt durch ihr eigenes Handeln kompromittiert: Nach Ausbruch der Finanzkrise 2008 forderte Business Europe die EU-Spitzenpolitiker:innen auf, einen »europäischen Rahmen« für unternehmensfreundliche »Produkt-, Arbeits-, Gesundheits- und Sozialversicherungsreformen« zu entwerfen (Erne, Stan, Golden, Szabó und Maccarrone, 2025: S. 26) Dies führte zu einem neuen länderspezifischen EU-Regime wirtschaftspolitischer Steuerung (New Economy Governance), was der frühere Kommissionspräsident Barroso eine »stille Revolution« nannte: Es kam zu einem Paradigmenwechsel in der europäischen Lohnpolitik von einer vorwiegend marktorientierten (horizontalen) Form der EU-Integration zu einer wesentlich politischeren Form mittels (vertikaler) länderspezifischer EU-Interventionen.

Dies ermöglichte es den europäischen Gewerkschaften, das von Business Europe vorgebrachte Argument, die EU überschreite ihre Kompetenzen, zu entkräften. Sie stellten den europäischen Gesetzgebern die Frage: Wie kann man sagen, dass die EU nicht das Recht habe, einen Rahmen für angemessene Mindestlöhne zu schaffen, wenn ein Jahrzehnt lang die EU viele nationale Regierungen damit beauftragt hat, die Löhne zu senken und die Mechanismen der Tarifverhandlungen dem Markt anzupassen? Im Gesetzgebungsverfahren nahm diese Frage dem Kompetenzargument der Arbeitgeber den Wind aus den Segeln – zumal der EuGH mehrere Klagen von Gewerkschaften gegen EU-Ratsbeschlüsse zurückwies, die nach der Finanzkrise von 2008 die Zahlung von Bailout-Geldern abhängig machten von Lohnkürzungen, Rentenkürzungen oder unternehmensfreundlichen Arbeitsmarktreformen (Erne, Stan, Golden, Szabó und Maccarrone 2024).

Die EU hat sich also nicht nur indirekt durch den horizontalen Marktintegrationsdruck, der durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion ausgelöst wurde, negativ auf das Lohnwachstum ausgewirkt, wie der sinkende Anteil der Löhne an den Volkseinkommen in der EU seit 1993 zeigt. Die EU setzte die Löhne auch sehr direkt unter Druck, nämlich durch ihre Interventionen im Rahmen des New Economy Governance (NEG) Regimes, das die EU nach der Finanzkrise einführte. Dies haben Mattia Guidi und Igor Guardiancich (2025) für die EU als Ganzes gezeigt und wir für eine Untergruppe von Ländern detaillierter nachgewiesen, indem wir jedes einzelne länderspezifische NEG-Rezept in seinem spezifischen semantischen, kommunikativen und politischen Kontext analysiert haben (Erne, Stan, Golden, Szabo, Maccarrone 2024).

Die Zunahme des vertikalen politischen Drucks der EU-Kommission von Kommissionspräsident Barroso und des Rates der EU-Finanzminister nach der Finanzkrise von 2008 auf die Löhne führte jedoch unbeabsichtigt auch zu einem bedrohlichen Anstieg des Euroskeptizismus der Beschäftigten und zu vielen nationalen wie transnationalen Protesten (Erne und Nowak 2024). Nach dem Ausbruch der Covid-19 Pandemie unterstützten daher die Von der Leyen Kommission, das EU-Parlament, alle Regierungen (mit Ausnahme der euroskeptischen Regierungen Dänemarks, Ungarns und Schwedens) und sogar der französische Arbeitgeberverband MEDEF die AMWD, auch um die EU vor dem Auseinanderbrechen zu bewahren.

Wer entscheidet?

Nach Ansicht von Generalanwalt Emiliou kann der EuGH in der Rechtssache AMWD dennoch zu einem anderen Ergebnis kommen, da die EU-Verträge aufgrund ihrer »Unklarheit oder Überschneidungen«, nämlich »im Bereich der EU-Sozialpolitik«, auf die eine oder andere Weise interpretiert werden können. Für ihn ist es Aufgabe des EuGH – und nicht etwa des demokratischen Gesetzgebers der EU –, die Probleme zu lösen, die sich aus unklaren Formulierungen der Verträge ergeben. Schließlich gründe sich die EU gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union auf »Rechtsstaatlichkeit«.

In der Einleitung zu seiner Stellungnahme stellt der Generalanwalt die Mindestlohnrichtlinie als einen Konflikt zwischen zwei Zielen dar. Sie seien »einerseits die Förderung des Zusammenhalts und der Konvergenz und andererseits die Schaffung einer Union, die der Vielfalt der nationalen Systeme und der Schlüsselrolle der Sozialpartner Rechnung trägt, zwei Ziele, die nicht immer leicht miteinander zu vereinbaren sind. Denn während die Verfolgung des ersten Ziels bedeutet, der EU mehr Macht zu geben, begünstigt die Verfolgung des zweiten Ziels die Auffassung, dass bestimmte sozialpolitische Entscheidungen allein Sache der Mitgliedstaaten sind«.

Betrachtet man die Geschichte des europäischen Integrationsprozesses von seinen Anfängen in den 1950er Jahren bis hin zu den jüngsten Verschiebungen in der EU-Governance, die durch die Finanzkrise 2008 und den Covid-19-Notstand ausgelöst wurden, stellt man fest: Die Behauptung des Generalanwalts, bestimmte sozialpolitische Entscheidungen müssten »allein Sache der Mitgliedstaaten« sein, um »die Rolle der Sozialpartner« zu gewährleisten, ist reine Fiktion. Ob die Organisationen der Sozialpartner es vorziehen, Maßnahmen auf nationaler oder auf EU-Ebene zu ergreifen, hängt nicht von abstrakten Prinzipien ab, sondern in erster Linie von der unternehmens- oder arbeitnehmerfreundlichen Ausrichtung der vorgeschlagenen EU-Maßnahmen (Erne, Stan, Golden, Szabó und Maccarrone 2024).

Der EuGH sollte sein bevorstehendes Urteil über die Mindestlohnrichtlinie nicht auf die Vermutungen des Generalanwalts über die wahre Bedeutung der Bestimmungen des EU-Vertrags stützen. Das dürfte schwierig werden, weil die Verfasser:innen der Einheitlichen Europäischen Akte und des EU-Vertrags absichtlich unklare Formulierungen verwendet haben, um Interessenkonflikte im Bereich der Sozialpolitik zu überwinden. Die Frage, ob die AMWD rechtmäßig ist, ist also in erster Linie eine politische Frage, bei der es keine juristische Wahrheit gibt. Das räumte Emiliou selbst ein, als er feststellte, dass die Bestimmungen der Verträge im Bereich der Sozialpolitik unklar sind und sich überschneiden.

Gerade deshalb wäre der Europäische Gerichtshof gut beraten, die Entscheidung über die Gültigkeit der AMWD den Teilnehmer:innen des demokratischen Gesetzgebungsverfahrens der EU zu überlassen. Das schließt nämlich nicht nur das Europäische Parlament und den Rat der Arbeitsminister:innen, sondern auch die Sozialpartner und die nationalen Parlamente (über das mit dem Vertrag von Lissabon eingeführte Verfahren der gelben Karte) ein. Übrigens war auch Nicholas Emiliou als damaliger ständiger Vertreter Zyperns im Rat in diesen politischen Prozess eingebunden, den er nun juristisch kippen will.

Sollte sich Emilious Meinung durchsetzen, wird der Euroskeptizismus weiter zunehmen. Europäische Arbeiter:innen werden kaum verstehen, warum die anti-sozialen EU-Governance-Vorschriften über Lohnkürzungen legal sind, eine soziale Richtlinie über angemessene Mindestlöhne aber nicht. Zudem müsste der EuGH eine ganze Reihe von weiteren EU-Richtlinien in Frage stellen. Emiliou vertritt den Standpunkt, dass die EU keine Kompetenzen im Bereich Vergütung hat. Dies hat die EU jedoch bislang nicht davon abgehalten, Richtlinien zu erlassen, die sich direkt mit Fragen zur Vergütung befassen: Die Entsenderichtlinie führt den Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« ein oder die jüngste Entgelttransparenz-Richtlinie, die Arbeitgeber verpflichtet, Audits durchzuführen und, wenn geschlechtsspezifische Lohnunterschiede festgestellt werden, diese zu beseitigen. Das Urteil des EuGH kann bereits am 6. Mai 2025 erwartet werden.

** Roland Erne war Chemielaborant und Gewerkschaftssekretär in Lausanne und Zürich. Seit 2003 ist er Hochschullehrer für Europäische Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.*

Literatur

Advocate General Emiliou (2025): ›Opinion of Advocate General Emiliou. Delivered on 14 January 2025 in C-19/23, Denmark v Parliament and Council‹.

Erne, R., Maccarrone, V. und Golden, D., (2022): Dalla crisi finanziaria alla pandemia di Covid-19: un lungo Semestre per i diritti dei lavoratori. Rivista Giuridica Del Lavoro E Della Previdenza Sociale, N. 1/2022: 121-148.

Erne R., Stan S., Golden D., Szabó I. und Maccarrone V.: (2024). Politicising Commodification. European Governance and Labour Politics from the Financial Crisis to the Covid Emergency. Cambridge University Press. https://doi.org/10.1017/9781009053433

Erne, R. und Nowak, J. (2024): ›Ökonomischer Wettbewerbsdruck oder politische EU-Interventionen? Katalysatoren transnationaler soziökonomischer Proteste in Europa (1997–2020)‹, WSI Mitteilungen *77(5): 363-370. http://hdl.handle.net/10197/27001*

ETUC (2025): ›ETUC Counter-Opinion to the Opinion of Advocate General Emiliou, Delivered on 14 January 2025 in the case Denmark v EP and Council Case C-19/23‹ https://www.etuc.org/en/pressrelease/etuc-launches-counter-opinion-minimum-wage-directive-case

Guidi G. und Guardiancich I. (2025): Dismantling labour markets from above: the case of wage policy in the European Union, Socio-Economic Review, 23(1), 205–28, https://doi.org/10.1093/ser/mwae060

Kilpatrick C. and Steiert M. (2025): A little learning is a dangerous thing: AG Emiliou on the Adequate Minimum Wages Directive (C-19/23, Opinion of 14 January 2025), EUI, LAW, Working Paper, 2025/02. https://hdl.handle.net/1814/77887

Systemsprenger

Die AG Wahlbeobachtung zur Bundestagswahl 2025

Die vorgezogene Bundestagswahl brachte aus linker Sicht zwei sehr unterschiedlich zu bewertende, aber miteinander verbundene Ergebnisse. Zum einen konnte die AfD ihr Wahlergebnis von 2021 verdoppeln und in Ost- wie Westdeutschland neue Rekordergebnisse einfahren. Zusammen mit einer deutlich nach rechts gerückten Union hat die Rechte im Bundestag erstmals seit 1990 eine rechnerische parlamentarische Mehrheit. Dass es dennoch kein völlig gebrauchter Wahlabend wurde, verdankt sich einem noch Mitte Januar nicht für möglich gehaltenen Aufschwung der Linkspartei, die sich als einzige politische Kraft der Diskursverschiebung nach rechts widersetzte. Das Scheitern von FDP und BSW an der Fünfprozenthürde gehörte aus linker Sicht zu den erfreulichen Aspekten dieser Wahl.

Die Zuwächse der Linken verhinderten aber nicht, dass das »Mitte-Links«-Lager, also Rot-Rot-Grün, weiter geschrumpft ist – von 45 Prozent der Stimmen im September 2021 auf ein neues Tief von 37 Prozent. Rechts der SPD erhielten BSW[1], Union, FDP sowie AfD dagegen die Unterstützung von fast 59 Prozent der Wähler:innen.

Merz am Ziel seiner Träume

Friedrich Merz ist am Ziel seiner Träume. Er wird der nächste Bundeskanzler. Und dies, obwohl die Union am 23. Februar ihr zweitschlechtestes Wahlergebnis in der Geschichte

der Bundesrepublik eingefahren hat. Zugleich handelt es sich dabei um eine weit nach rechts gerückte CDU, deren liberale und katholisch-gewerkschaftliche Flügel verstummt sind und sich (noch?) in unbedingter Loyalität zu den Taktgebern Friedrich Merz, Carsten Linnemann und Markus Söder üben. Dass Merz kurz vor der Bundestagswahl demonstrativ die vorgebliche Brandmauer abriss und Mehrheiten am äußersten rechten Rand suchte, wurde hingenommen, auch wenn es die Union vermutlich ein paar Prozentpunkte kostete.

Auch nach der Wahl ließ der rechte Flügel der Union erkennen, was alles an Orbanisierung noch kommen kann: Eine parlamentarische Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag stellt die linke, linksliberale und ökologische Zivilgesellschaft in Frage. Zum Ende des Wahlkampfs erging sich Merz in einer Pöbeltirade gegen »linke und grüne Spinner«, die »nicht mehr alle Tassen im Schrank« hätten, die an Sahra Wagenknechts »antiwoken« Feldzug erinnerte. Allein: Merz ist im Gegensatz zu ihr damit nicht gescheitert.

Wahlsieger AfD

Der AfD, deren Stimmenanteil Merz 2019 noch halbieren wollte, schadete all dies nicht – im Gegenteil. Die rechtsextreme Partei konnte mit über 20 Prozent der Stimmen ihr Wahlergebnis von 2021 verdoppeln. In den ostdeutschen Bundesländern, wo der nazistische Flügel der Partei sich immer offener in Stellung bringt, wurde die AfD mit einem Stimmenanteil zwischen 32,5 Prozent in Brandenburg und 38,6 Prozent in Thüringen durchgehend stärkste Partei.[2] Bis auf Potsdam, Leipzig II und Erfurt-Weimar gewann sie alle Direktmandate in ostdeutschen Wahlkreisen außerhalb Berlins.

Aber auch in den westdeutschen Bundesländern schnitt die AfD überall zweistellig ab – von 10,9 Prozent in Hamburg über 16,8 Prozent in Nordrhein-Westfalen über 19,8 Prozent in Baden-Württemberg bis hin zu fast 22 Prozent im Saarland. 69 Prozent der gut neun Millionen Stimmen erhielt die AfD im Westen (inkl. Westberlin).

Die FDP stürzt ab

Das von Christian Lindner provozierte Scheitern der Ampel-Regierung wurde für ihn und seine Partei zu einer Kamikaze-Aktion, vor der ihn die Umfrageergebnisse im Herbst letzten Jahres hätten warnen können. Entsprechend aggressiv agitierte die Union gegen Leihstimmen für die Liberalen. Die FDP wurde nicht mehr gebraucht und störte nur noch. Mit 4,3 Prozent hat sie die Fünfprozenthürde nicht einmal sonderlich knapp verfehlt.

Das Scheitern des BSW

Das BSW hatte bereits bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland klar gemacht, dass es, obschon aus der Linken kommend, sich selbst nicht als linke Partei versteht. Es tat alles, um den Eindruck zu verfestigen, dass es sich bei ihm, wenn man so will, um eine nationalistische, in ihrem Kern zutiefst reaktionäre, politisch rechte Partei neuen Typs handelt. Seit es besteht, hat das BSW zur Normalisierung der AfD beigetragen und den Resonanzraum für rechten Kulturkampf, Rassismus und Abschottung größer gemacht. Die Hybris der Namensgeberin Sahra Wagenknecht wurde am Ende bestraft: Nach den Europa- und Landtagswahlen glaubte sie, ohne jegliche Mitgliederbasis, allein gestützt auf ihre persönliche Medienpräsenz und zigtausende Plakate mit ihrem Konterfei und ressentimentgeladenen Parolen in den Bundestag einziehen zu können. Daraus wurde nichts.

Die entscheidenden Stimmen verlor das BSW wohl am 31. Januar, als die Partei mit Union, FDP und AfD für das »Zustrombegrenzungsgesetz« – schon der Name ist ein Verbrechen – stimmte, vermutlich um dem rechten Rand der Wähler:innen zu gefallen. Das war dann wohl zu viel. Dass die Spitzen von 17 der 21 bayerischen Geschäftsstellen der IG Metall daraufhin Klaus Ernst, in Bayern Spitzenkandidat des BSW, aufforderten, seine Gewerkschaftsmitgliedschaft zu überdenken, rundete die Empörung ab, die nun auch in das BSW-nahe Gewerkschaftsmilieu schwappte. Wagenknecht und ihre Entourage haben sich verkalkuliert, sie dürften sich mehr Unterstützung für ihr Querfront-Abenteuer ausgerechnet haben.

Dass das Führungspersonal der Partei nun behauptet, angebliche Intrigen der Demoskopen und Medien hätten ihren Wahlerfolg verhindert, passt ins Bild. Bereits vor der Wahl hatte Oskar Lafontaine auf den BSW-nahen *Nachdenkseiten* in schlechter verschwörungstheoretischer Manier George Soros als Urheber einer Kampagne gegen das BSW und für die Linkspartei ausgemacht. Unerklärlich ist, dass in Teilen der linken bzw. linksliberalen Publizistik von *Freitag* bis *Jacobin* Wagenknechts Formation immer wieder wohlwollend besprochen bzw. handzahm interviewt wird.

Am Ende hat das Scheitern des BSW in ungeplanter Weise einen positiven Effekt: Die Grünen, die in den Tagen vor der Wahl innig hofften, das BSW möge es in den Bundestag schaffen, damit sie für eine Regierungsbildung gebraucht werden, dürften sich nun in der Opposition wiederfinden. Eine schwarz-rotgrüne Bundesregierung wäre das Beste gewesen, was der AfD jenseits einer eigenen Regierungsbeteiligung hätte passieren können.

Um es deutlich zu sagen: Natürlich gibt es zwischen BSW, FDP und Union auf der einen Seite und der AfD auf der anderen Seite gravierende Unterschiede. Die erstgenannten sind keine Systemsprenger der Republik. Sie sind keine Faschisten. Nichtsdestotrotz hat sich ein nationalistischer, rassistischer, antiliberaler Grundkonsens herausgebildet. Er zeigt sich am hohen Maß der Übereinstimmung in der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Genauso daran, dass die Parteien die »Normalität« als Maßstab des gesellschaftlichen Lebens anrufen – und hier gibt es sogar Überschneidungen mit der SPD-Rechten.

Das Abschmelzen der Sozialdemokratie

SPD und Grüne sind mit immer geringer werdendem Abstand dem Rechtsdrall der Union in der Einwanderungspolitik opportunistisch gefolgt. Es hat ihnen nicht geholfen.

Der Absturz der SPD auf ihr mit 16,8 Prozent historisch schlechtestes Bundestagswahlergebnis ist nicht allein eine Quittung für den stoischen Bundeskanzler Olaf Scholz oder Ergebnis des Ampelverdrusses und schon lange mehr kein Nachhall der Agenda 2010. Es ist vor allem die Konsequenz der fortschreitenden Erosion sozialdemokratischer Lebens- und Arbeitswelten. Das vergleichsweise gute Ergebnis von 25,7 Prozent bei der Bundestagswahl 2021 war keine Trendwende. Es verdankte sich einer unterirdischen Performance des Spitzenkandidaten der Union Armin Laschet, der selbst in der CDU am Ende kaum noch Rückhalt hatte. Als sozialpolitisch glaubwürdige Reformkraft konnte sich die SPD nicht wirklich profilieren: Beim Mietendeckel stand sie auf der Bremse, die Erhöhung des Mindestlohns entdeckt sie regelmäßig nur vor dem Wahlkampf und in der Steuerpolitik verwies sie achselzuckend auf die FDP.

Der historische Fehler der Partei, 2009 der Aufnahme der Schuldenbremse ins Grundgesetz zugestimmt zu haben, entgegen der Warnungen der keynesianisch orientierten sozialdemokratischen Wirtschaftswissenschaft, rächt sich bitter. Boris Pistorius, der neue starke Mann der SPD, steht ebenso wie Lars Klingbeil vom rechten Parteiflügel nicht für einen sozialdemokratischen Aufbruch.

Der ist auch deshalb nicht zu erwarten, weil die kommende Legislaturperiode voraussichtlich noch stärker als die letzte unter der Prämisse massiver Aufrüstung stehen wird.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat sicherlich viel von dem, was sich SPD und Grüne zusammen mit der FDP für ihre Koalition vorgenommen hatten, zunichte gemacht. Der Verweis auf die Unterstützung der Ukraine kann jedoch ebenso wenig wie das andauernde Zeigen auf die FDP darüber hinwegtäuschen, dass weder SPD noch Grüne versucht haben, progressive Alternativen durchzusetzen.

Und die Grünen?

Die Grünen haben unter Annalena Baerbock und Robert Habeck die realpolitische Wende vollendet und die verbliebenen Parteilinken erfolgreich marginalisiert bzw. eingereiht. In der Frage, wie die Ukraine zu unterstützen sei, radikalisierte sich die Parteiführung wie sonst nur die FDP. Politische Initiativen für eine glaubwürdige Verhandlungsinitiative und die Suche nach Partner:innen, die sie moderieren könnten, waren beim grünen Außenministerium nicht zu erkennen. Ihre einseitige Betonung der militärischen Mittel bei der Unterstützung der Ukraine war jedoch ausweislich vieler Umfragen für ihre Wähler:innen das geringste Problem.

Dass jedoch die Klimapolitik der Grünen

zunehmend in Widerspruch zur von der Partei gepflegten Bedrohungsrhetorik geriet, dürfte viele Wähler:innen irritiert haben. Ebenso der Widerspruch zwischen der Anrufung der Menschenrechte und der realo-grünen Migrationspolitik. Viele Wähler:innen wechselten deshalb zur Linken. Bisher waren vor allem die Grünen der politisch-kulturelle Gegenpol zur AfD. Deshalb wurden sie zum Hassobjekt für die AfD und den rechten Flügel der Union. Inzwischen ist das auch die Linkspartei, die in ihrer Frontstellung gegen die AFD als Feind wahrgenommen wird.

Der Erfolg der Linken

Neben dem erschreckenden, wenngleich nicht überraschenden Abschneiden der AfD war der noch im Januar dieses Jahres nicht für möglich gehaltene Wahlerfolg der Linken das Ereignis dieser Bundestagswahl. Es hat so viele Facetten, dass wir ihm einen eigenen Artikel widmen (siehe S. 20).

Die Kampagne gegen Migration und die dazugehörigen Menschen, Geflüchtete und Einwander:innen, war die entscheidende Projektionsfläche für reales und eingebildetes Unbill der Menschen. Sie hat aber vor allem als Treibsatz für die in allen Klassenfraktionen vorhandenen rassistischen Ressentiments und autoritären Mentalitäten, die schon immer da waren und jetzt an die Oberfläche gespült werden, gedient.

Alles ist richtig daran, dass wir eine »antifaschistische Wirtschaftspolitik«, wirksamen Mieter:innenschutz, eine umverteilende Steuerpolitik, mehr Tarifbindung und vieles mehr brauchen. Das führt aber nicht *unmittelbar* zu einem Mehr an demokratischem Handeln und einem Mehr an Empathie und Verantwortungsübernahme.

Dringliches

Arbeitsrechtsverletzungen in Deutschland

Fachtag an der Universität Hamburg

Viele Beschäftigte in Deutschland sind in der Arbeitswelt mit Rechtsverletzungen konfrontiert. Hierzu zählen unzureichend abgegoltene Entgeltansprüche, etwa Löhne, Zuschläge oder Urlaubs-, Krankheits- und Feiertage, die von Arbeitgebern nicht oder nicht vollständig gezahlt werden. Mindestlöhne werden durch falsche Einstufungen, unzutreffende Arbeitszeitangaben, unbezahlte Mehrarbeit oder Abzüge (z.B. für Arbeitskleidung oder Werkzeuge) unterlaufen. Fahrtkosten und Mieten werden Beschäftigten durch Arbeitgeber überhöht in Rechnung gestellt. Arbeitsschutzvorschriften werden nicht eingehalten. Arbeitskräfte werden über die gesetzlich vorgeschriebene maximale tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit hinaus eingesetzt. Pausen und Ruhezeiten werden ignoriert. Kündigungen werden unter Missachtung geltenden Rechts ausgesprochen. Beschäftigte werden entlang gesellschaftlicher Ungleichheitsachsen ungleich behandelt und (etwa rassistisch und/oder sexistisch) diskriminiert.

Obwohl Rechtsverletzungen in der Arbeitswelt häufig sind, finden sie sowohl wissenschaftlich als auch in der medialen und politischen Öffentlichkeit vergleichsweise selten Beachtung. Ziel des Fachtags ist es vor diesem Hintergrund, ausgewählte empirische Forschungsprojekte vorzustellen und mögliche Handlungsperspektiven zu diskutieren. Im ersten Teil werden in kurzen Inputs Befunde aus fünf Forschungsprojekten präsentiert:

- Saubere Sache? Zur Einhaltung und Durchsetzung von Arbeitsrecht in der Gebäudereinigung (Maren Kirchhoff, Universität Kassel)
- Harte Arbeit – Bauarbeiter aus Mittel- und Osteuropa und das Werkvertragssystem in Deutschland (Frederic Hüttenhoff, Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen)
- Unterbezahlt und unsicher – migrantische Pflegekräfte in deutschen Haushalten (Francesca Barp, Hamburger Institut für Sozialforschung)
- Informalisierung-in-Formalisierung: Arbeitsrechtsverletzungen in der Fleischindustrie (Peter Birke, SOFI Göttingen)
- Die neuen »Weinbergfrauen«? Zur Situation migrantischer (Saison-) Beschäftigter im deutschen Qualitätsweinbau (Thomas Stieber, SOFI Göttingen)

Im zweiten Teil werden in einer Podiumsdiskussion mit Magdalena Morgenroth (Servicestelle Arbeitnehmerfreizügigkeit – Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V.), Alexandru Firus (PECO-Institut), Monika Górka (ver.di) und Aktivist:innen des Lieferando Workers Collective Möglichkeiten und Grenzen unterschiedlicher Initiativen im Umgang mit Rechtsverletzungen in der Arbeitswelt vorgestellt und diskutiert.

Anschließend an den Fachtag findet ab 19 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2, 20357 Hamburg) eine Lesung mit Johannes Greß aus seinem Buch »Ausbeutung auf Bestellung: Österreicher findest' für die Arbeit keine« statt.

Wann: *Freitag, 4. April, 11 – 17 Uhr*
Wo: *Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg, Flügelbau West, Raum: ESA W 221*
Veranstalter: *Projekt »Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen« (gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung)*
Anmeldung: *formlose Mail an fachtag-arbeitsrechtsverletzungen.wiso@uni-hamburg.d*

Zeitenwende, die Zweite

Wenige Tage nach der Wahl begannen Union und SPD ihre Sondierungsgespräche. Die EU-feindliche Politik der Trump-Administration veränderte die Agenda der wahrscheinlichen Regierung Merz/Söder/Klingbeil noch vor ihrem ersten Treffen. Die Zeitenwende in der US-amerikanischen Außenpolitik, die in Bezug auf die Ukraine sogar eine imperiale Komplizenschaft zwischen den USA und Russland vorstellbar macht, löste Alarmstimmung in Europa aus. Die NATO und die transatlantischen Beziehungen überhaupt scheinen in Frage gestellt. Dass nicht nur die russische Führung, sondern auch die US-Regierung in Person von Elon Musk und JD Vance zugunsten der Rechtskonservativen und offen Rechtsextremen in europäische Wahlen eingreift, blamiert die vielfach beschworene »westliche Wertegemeinschaft«.

In dieser Lage bekam die Diskussion um die zukünftige europäische Sicherheit nahezu reflexartig eine überschießende Tendenz zur Militarisierung. Am 4. März verständigten sich Union und SPD bereits auf eine sehr weitgehende Kreditfinanzierung von Rüstungsausgaben und eine eingeschränkte Ausweitung der Kreditfinanzierung von öffentlichen Investitionen – beides begründeten sie geopolitisch. Bezogen auf die Schuldengrenze soll es ein Privileg im Grundgesetz nur für Rüstung geben. Alle Aufwendungen im Verteidigungsetat, die über ein Prozent des BIP hinausgehen, *können künftig ohne Limit über Staatskredite* finanziert werden. Für öffentliche Investitionen ist ein kreditfinanzierter Sonderfonds in Höhe von 500 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre geplant. Im Unterschied zu den Rüstungsausgaben gibt es hier ein hartes Limit. 50 Milliarden pro Jahr – das klingt nach mehr, als es ist. Allein die Sanierung der Schulbauten wird mit über 55 Milliarden Euro veranschlagt.

Die vereinbarten Sondervermögen bedeuten nicht, dass die Schuldenbremse gefallen wäre. Eher ist zu befürchten, dass der politische Elan von Union und SPD, das Schuldenregime an die Realität anzupassen, für sehr lange Zeit verbraucht ist. Es liegt auf der Hand, dass die ungezügelte Dynamik in der Rüstung zu Lasten der Sozialbudgets und der zivilen Infrastruktur gehen wird.

Anmerkungen:

1 *Sabine Zimmermann, Spitzenkandidatin des BSW bei der Landtagswahl in Sachsen, positionierte ihre Partei in der* Leipziger Volkszeitung *vom 21. April 2024 »links von der CDU und rechts von der SPD«.*
2 *Zum Vergleich: In Schleswig-Holstein, einem westdeutschen Flächenland mit wenigen urbanen Zentren und unterdurchschnittlicher Wirtschaftsleistung, erhielt die AfD 16,2 Prozent der Stimmen. Mit ökonomischen Kennziffern lässt sich der Erfolg der AfD also kaum erklären.*

Zahlen nach Wahlen

Von der AG Wahlbeobachtung

Die Wahlbeteiligung lag mit 82,5 Prozent rund 6 Prozentpunkte höher als 2021. Ausweislich der von Infratest dimap veröffentlichten »Wählerwanderung« profitierte davon vor allem die AfD. Gut 1,8 Millionen Stimmen ehemaliger Nichtwähler:innen gingen an die AfD, gefolgt von 900.000 Stimmen für die Union sowie 400.000 für das BSW.

Die AfD konnte von allen Parteien Wähler:innen zu sich herüberziehen. Mehr als eine Million von der Union, aber auch fast 900.000 von der FDP – was zeigt, wie wenig ihnen ihr Rechtsschwenk im Ergebnis nutzte. Dazu kamen 720.000 Stimmen ehemaliger SPD-Wähler:innen sowie jeweils ca. 100.000 Stimmen von den Grünen und der Linken. Die Lebenslüge des BSW, es würde der AfD Stimmen abnehmen, wurde erneut dementiert. Lediglich 60.000 ehemalige AfD-Wähler:innen wechselten zur Wagenknecht-Partei, dafür aber 440.000 von der SPD sowie 350.000 von der Linken. Die Linkspartei konnte die Abgänge in Richtung AfD und BSW mehr als kompensieren, und zwar dadurch, dass 700.000 Wähler:innen von den Grünen und 560.000 von der SPD zur Linken wechselten. Hinzu kamen 440.000 Erstwähler:innen – so viele konnte keine andere Partei gewinnen. Letztlich fand bei der Linken ein Austausch von Wähler:innen statt. Sie verlor rechte Stimmen und gewann dafür sozialökologische hinzu.

Markant ist, wie unterschiedlich Männer und Frauen wählten. Ohne die Omas gegen Rechts und ihre Enkelinnen sähe alles noch viel düsterer aus. Schon wieder haben Frauen deutlich seltener AfD gewählt als Männer. Das gilt vor allem für die Jüngeren. In der Altersgruppe bis 29 Jahre stimmten laut der Forschungsgruppe Wahlen 18,4 Prozent der Männer für die AfD, jedoch nur 8 Prozent der Frauen. Dagegen wählten 32 Prozent der jungen Frauen die Linke, aber nur 15,6 Prozent der jungen Männer *(siehe Tabelle 1)*. Die Zustimmung zur Linken nimmt geschlechterübergreifend mit zunehmendem Alter deutlich ab. Bei den Über-60-Jährigen stieß die Partei unter den Frauen nur noch auf etwas mehr als vier Prozent Zustimmung. Das gilt, wenngleich in vermindertem Umfang, auch für die AfD. Rentner:innen votierten mit 12 Prozent unterdurchschnittlich oft für die AfD.

Auch bei dieser Wahl wiederholte sich das seit Längerem zu beobachtende Muster, dass insbesondere Wähler:innen, die sich selbst der Gruppe der »Arbeiter« zuordnen, besonders anfällig für die AfD sind. Die AfD ist in dieser Gruppe inzwischen die mit Abstand stärkste Partei geworden, deutlich vor der Union und weit vor der SPD. Hierbei ist allerdings anzumerken, dass diese Gruppe sehr viel kleiner ist als die der Angestellten. Bei der Bundestagswahl 2021 – für 2025 lagen bei Redaktionsschluss noch keine Zahlen vor – betrug der Anteil der Wähler:innen, die sich bei der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen selbst der Berufsgruppe der »Arbeiter« zuordneten, rund 25 Prozent. Als »Angestellte« bezeichneten sich etwa 45 Prozent – beide Male inklusive der Erwerbslosen und Rentner:innen. Der Anteil der berufstätigen »Arbeiter« lag sogar nur bei 16 Prozent.

Bedauerlicherweise gab es zum Redaktionsschluss noch keine für das gesamte Bundesgebiet aufbereiteten Zahlen, die die sozialräumliche Dimension des Wahlverhaltens, vor allem die Unterschiede zwischen Stadt und Land, erkennen lassen. Lediglich für Sachsen hat der MDR entsprechende Daten veröffentlicht. In Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohner:innen betrug der Anteil der AfD-Wähler:innen rund 43 Prozent. Dagegen wählten in den drei sächsischen Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz im Schnitt »nur« etwas mehr als ein Viertel der Leute die AfD. Das lässt sich nicht damit erklären, dass auf dem Dorf die Wut über den fehlenden Bus so groß wäre. Entscheidender dürften sein: die Nichtexistenz von Kommunikationsräumen, fehlende Interaktionen mit Zuwander:innen, keine Initialisierung von Neugierde, das Fehlen einer demokratischen Öffentlichkeit und deren Institutionen sowie die Abwanderung der Jüngeren, besonders junger Frauen.

Tabelle 1: Wahlentscheidung nach Wählergruppen (in Prozent)

	LINKE	Grüne	SPD	BSW	Union	AfD
Wahlergebnis 2025 (Wahlbeteiligung: 82,5)	***8,8***	***11,6***	***16,4***	***4,97***	***28,5***	***20,8***
Infratest dimap						
(berufstätige) Arbeiter:innen	8	6	12	4	23	36
(berufstätige) Angestellte	9	16	15	5	27	19
Rentner:innen	4	10	23	4	41	12
FG Wahlen	**LINKE**	**Grüne**	**SPD**	**BSW**	**Union**	**AfD**
Frauen	10,9	12,6	17,7	5,8	27,2	17,2
Männer	7,2	11,1	14,8	4,2	29,2	24,3
Altersgruppe 18-29 Jahre (Frauen)	32,0	12,0	12,1	7,1	10,9	17,2
Altersgruppe 18-29 Jahre (Männer)	15,6	11,1	10,1	5,9	15,5	24,3
»Arbeiter« (inkl. »Rentner« u. Erwerbslose)	7,8	5,6	16,3	5,5	25,8	30,1
»Angestellte« (inkl. »Rentner« u. Erwerbslose)	9,2	13,7	16,9	5,6	27,4	18,2

Quellen: Forschungsgruppe Wahlen; Infratest dimap; Neu, Viola/Pokorny, Sabine: Bundestagswahl in Deutschland am 23. Februar 2025. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, Februar 2025.

Anmerkung: Es wurden unterschiedliche Erhebungsmethoden eingesetzt. Deshalb sind die Zahlen von Infratest dimap und FG Wahlen nur bedingt vergleichbar.

Wie wählten die Gewerkschaftsmitglieder?

Die AG Wahlbeobachtung

Der DGB steckt den Kopf in den Sand. Wurden bei vorangegangenen Bundestagswahlen die wesentlichen Daten zum Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder noch im *Einblick*, dem Infodienst des DGB, veröffentlicht, hat sich der Dachverband 2025 offenbar entschieden, sie für sich zu behalten. Das erscheint angesichts der Bedrohung durch die AfD einigermaßen ignorant und ist zudem völlig sinnlos – veröffentlicht doch die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Langem unmittelbar nach den Wahlen eben diese Daten.

Der Einfluss sinkt

Daten zum Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter den Wählenden liegen uns für 2025 nicht vor. 2021 hatten noch 14 Prozent der Abstimmenden erklärt, einer Gewerkschaft anzugehören. Angesichts sinkender Mitgliederzahlen ist es unwahrscheinlich, dass dieser Anteil zwischenzeitlich gestiegen ist (siehe Artikel in dieser Ausgabe, S. 4).

Mit dem Rückgang der Mitgliederzahlen ist auch das Stimmengewicht der DGB-Gewerkschaften gesunken. Die aktuell noch knapp 5,6 Millionen Mitglieder der DGB-Gewerkschaften stellten bei dieser Wahl gerade noch 9,2 Prozent der 60,5 Millionen Wahlberechtigten – wobei eine unbekannte Zahl an Gewerkschaftsmitgliedern noch abgezogen werden müsste, die nicht wahlberechtigt sind, weil sie noch nicht 18 Jahre alt sind oder keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Zum Vergleich: 1994 lag der Anteil der DGB-Mitglieder noch bei 16 Prozent der Wahlberechtigten.

Beim DGB nichts Neues

Insgesamt folgten die Gewerkschaftsmitglieder den Trends dieser Bundestagswahl. Union und AfD legten zu. Mehr als ein Fünftel der abstimmenden Gewerkschaftsmitglieder wählten die extreme Rechte. Das ist mehr als bedenklich und verweist einmal mehr darauf, dass die Gewerkschaften, die unisono vor einer Stimmabgabe für die AfD warnten, einen großen Teil ihrer Mitglieder in dieser Frage nicht mehr erreichen *(siehe Tabelle 1)*.

Die Linke legte bei den Gewerkschaftsmitgliedern deutlich zu, hat aber noch nicht wieder den Stand von 2017 erreicht. Das BSW wäre bei den Gewerkschaftsmitgliedern knapp im Bundestag gewesen, die FDP deutlich draußen.

Die SPD und die Linke bilden unter den Gewerkschaftsmitgliedern nicht mal mehr gemeinsam den stärksten Block. Zusammen kommt die ideelle Gesamtsozialdemokratie gerade noch auf 31 Prozent der Stimmen und hat sich damit gegenüber ihrem Höchststand von 1998 (62 Prozent) exakt halbiert. Deutlich stärker ist unter den im Parlament vertretenen Parteien die Rechte aus Union und AfD mit satten 45 Prozent – ein trauriger Rekord.

Besorgniserregend ist der hohe Anteil an AfD-Wähler:innen unter denjenigen Gewerkschaftsmitgliedern, die sich selbst als »Arbeiter« bezeichnen. In West- wie Ostdeutschland kommen AfD und Union unter den »Arbeitern« auf über 50 Prozent Zustimmung. Allerdings ist diese Gruppe recht klein. 2021 bezeichnen sich gerade einmal fünf Prozent aller Wahltagsbefragten als Gewerkschaftsmitglieder und »Arbeiter«. Man kann davon ausgehen, dass sich diese Wähler:innengruppe bis 2025 kaum vergrößert haben dürfte.

Bei den Altersgruppen sind die jeweiligen Fallzahlen ebenfalls sehr gering. Deshalb sind die Ergebnisse, vor allem für die Jüngeren, mit Vorsicht zu betrachten. Dass ältere Gewerkschaftsmitglieder seltener AfD, aber auch deutlich seltener die Linke wählten, passt jedoch ins Gesamtbild.

Wenn wir uns das Wahlverhalten von Frauen und Männern ansehen, wiederholt sich ebenfalls das Gesamtergebnis. Auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern sind es vor allem die Männer, die rechtsextrem wählen *(siehe Tabelle 2)*.

Eine aktuelle Untersuchung der Gründe, warum Gewerkschaftsmitglieder dem Rechtstrend folgen, wäre dringend notwendig. Das von der Hans-Böckler-Stiftung bis 2004 geförderte Projekt »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« [1] fand keine Fortsetzung. Der DGB zeigt bisher wenig Initiative, sich des Themas wieder anzunehmen. Eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Studie zu »Rechtspopulismus und Gewerkschaften« von Dieter Sauer und anderen erschien 2018 im VSA Verlag. Den *express* wird die Frage, warum Gewerkschafter:innen rechtsextrem wählen, weiter beschäftigen. Versprochen.

Anmerkung:

1 *Der Abschlussbericht ist online verfügbar: https://www.boeckler.de/pdf_fof/94995.pdf.*

Tabelle 2: Wahlentscheidung der Gewerkschaftsmitglieder nach Geschlecht (in Prozent)

	Linke	Grüne	SPD	BSW	Union	AfD
Frauen (Gew.)	13,0	13,8	22,1	6,9	19,0	17,6
Männer (Gew.)	8,1	8,8	19,7	6,0	25,9	24,2

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Tabelle 1: Wahlentscheidung der Gewerkschaftsmitglieder 1994–2025 (in Prozent)

	Union	SPD	Linke	Grüne	FDP	BSW	AfD
1994	30	50	6	7	3		
1998	22	56	6	6	3		(REP) 4
2002	27	51	5	9	5		
2005	22	47	12	8	6		
2009	25	34	17	10	9		
2013	32	36	11	8	3		5
2017	24	29	12	8	7		15
2021	19	32	7	13	9		12
2025	23	21	10	11	3	6	22
Gesamt-Wahlergebnis 2025	***28,5***	***16,4***	***8,8***	***11,6***	***4,3***	***4,97***	***20,8***

Quelle: DGB Einblick bis 2021; FG Wahlen

Wo die SPD noch Wahlen gewinnt

Die AG Wahlbeobachtung zur Hamburger Bürgerschaftswahl

Eine Woche nach der Bundestagswahl wurde die Hamburger Bürgerschaft gewählt – de facto eine Kommunalwahl mit eigenen Themen, eigener Dynamik und eigenem Verlauf. Die Wahlbeteiligung lag mit 67,7 Prozent höher als 2020 (63 Prozent), aber weit unter den 80,8 Prozent bei der Bundestagswahl. Anders als bei Bundestagswahl liegt das kommunale Wahlalter in Hamburg bei 16 Jahren.

Die Hamburger SPD war sichtlich froh, trotz Verlusten von 5,7 Prozentpunkten mit 33,5 Prozent ihre Spitzenposition verteidigen zu können. Zwar war das ihr historisch zweitschlechtestes Ergebnis, aber eine Woche zuvor hatte es bei der Bundestagswahl in Hamburg lediglich für 22,7 Prozent gereicht. Die Grünen, mit denen sie bisher regierte, erreichten 18,5 Prozent – und damit nur den dritten Platz. Obwohl die Hamburger »Habeck-Grünen« ein Minus von 5,7 Prozentpunkten einstecken mussten, feierten sie ihr Ergebnis. Denn es reicht zumindest rechnerisch für eine Fortsetzung der bisherigen Koalition.

Die CDU verbesserte sich um knapp neun Prozentpunkte auf 19,8 Prozent, was nicht nur den zweiten Platz bedeutete, sondern Peter Tschentscher und der SPD die Möglichkeit eröffnet, zwischen zwei Koalitionspartnern wählen zu können. Dass die CDU über ihre beinahe 20 Prozent hocherfreut war und die AfD nur 7,5 Prozent erzielte, zeigt: In Hamburg ist nicht alles besser, aber vieles anders. Es ist schon etwas dran am leicht selbstgefälligen Bild von der liberalen Großstadt, das die Hamburger:innen pflegen.

Nach ihrem Erfolg bei der Bundestagswahl war es keine Überraschung, dass die Linke mit 11,2 Prozent erstmals ein zweistelliges Ergebnis in der Hansestadt erzielte. Dies ist zum einen eine Anerkennung der Wähler:innen für den antifaschistischen Auftritt der Bundespartei, zum anderen der Lohn für eine sowohl in linksliberalen Kreisen als auch in der dezidiert linken Szene anerkannte, progressive und professionelle Stadtpolitik der Partei in Hamburg. Die Fraktionsvorsitzende Cansu Özdemir wurde nicht umsonst im Ranking des *Hamburger Abendblatts* zur beliebtesten Oppositionspolitikerin gekürt. Für besonders kompetent hielten die Wähler:innen die Linkspartei in der Wohnungspolitik. Stärkste Partei wurde sie unter jungen Frauen.

Größere Wählerwanderungen zur Linken hat es von den Grünen gegeben. Die Grünen verlieren an die Linke und in kleinerem Umfang an Volt. Die Kleinpartei liegt bei Frauen zwischen 16 und 29 Jahren sogar vor der AfD.

Tabelle: Bürgerschaftswahl Hamburg (in Prozent)

	SPD	CDU	Linke	Grüne	AfD
Altersgruppe 16–29 – Frauen	23,8	8,5	30,1	21,0	3,9
Altersgruppe 16–29 – Männer	25,5	14,7	19,9	16,2	6,6
Gewerkschaftsmitglieder	36,6	13,7	15,3	17,6	8,5
Gewerkschaftsmitglieder (»Arbeiter«)	40,2	15,2	14,1	9,6	13,0
Gewerkschaftsmitglieder (»Angestellte«)	36,4	11,9	16,3	17,3	8,9
Gesamt-Wahlergebnis	***33,5***	***19,8***	***11,2***	***18,5***	***7,9***

Quelle: Wahltagsbefragung Forschungsgruppe Wahlen, zitiert nach Noll/Pokorny: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 2. März 2025, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Grünen verlieren jedoch auch nach »rechts« an die SPD. Im Hamburger Senat kritisiert die SPD ihren Koalitionspartner in der Verkehrspolitik schon länger »vom Auto aus«.

Das BSW hatte Hamburg bereits vor der Wahl verloren gegeben und landete mit 1,8 Prozent klar hinter Volt. Die Linksliberalen erreichten immerhin 3,2 Prozent der Stimmen.

Von den Gewerkschaftsmitgliedern wählten 36,6 Prozent SPD, 17,6 Prozent Grüne, 15,3 Prozent die Linke, 13,7 Prozent CDU und 8,5 Prozent AfD. Die CDU schnitt bei ihnen unterdurchschnittlich ab. Rot-Rot-Grün hätte unter Hamburger Gewerkschafter:innen eine komfortable Mehrheit.

Was die Ergebnisse für die Koalition im Senat bedeuten, bleibt abzuwarten. Die SPD bevorzugt es, die Regierung mit den Grünen fortzusetzen. Trotzdem spielt auch die Option einer schwarz-roten Koalition eine Rolle. Die bietet nicht nur eine Drohkulisse für noch größere Zugeständnisse der Grünen bei Verkehr und Innerem. Manche in der SPD scheinen darüber nachzudenken, ob Schwarz-Rot in Hamburg nicht taktische Vorteile hätte, wenn dieselbe Koalition im Bund regiert.

Haustüren und Barrikaden

Zum unerwarteten, aber nicht unverdienten Comeback der Linken bei der Bundestagswahl – von der AG Wahlbeobachtung

Noch im Januar (*express* 1/2025) hatten wir befürchtet, die vorgezogene Wahl komme für die Linke zu früh. Dass sie den Einzug in den Bundestag schaffe, hielten wir für »nicht sehr wahrscheinlich«. Im Rückblick zeigt sich: Wir haben uns doppelt getäuscht. Die Wahl kam genau zum richtigen Zeitpunkt, auf dem Höhepunkt einer Sympathiewelle, die die Linke so wohl selbst nicht vorhergesehen hat. Der Einzug in den Bundestag gelang souverän, statt der erhofften drei Direktmandate gab es am Ende sechs. »Wir haben auch Glück gehabt« sagte ihr Parteivorsitzender und Spitzenkandidat Jan van Aken mit Blick auf das »Comeback des Jahres« – wohl wahr, doch auch ein glücklich erhaltener Elfmeter muss erstmal verwandelt werden.

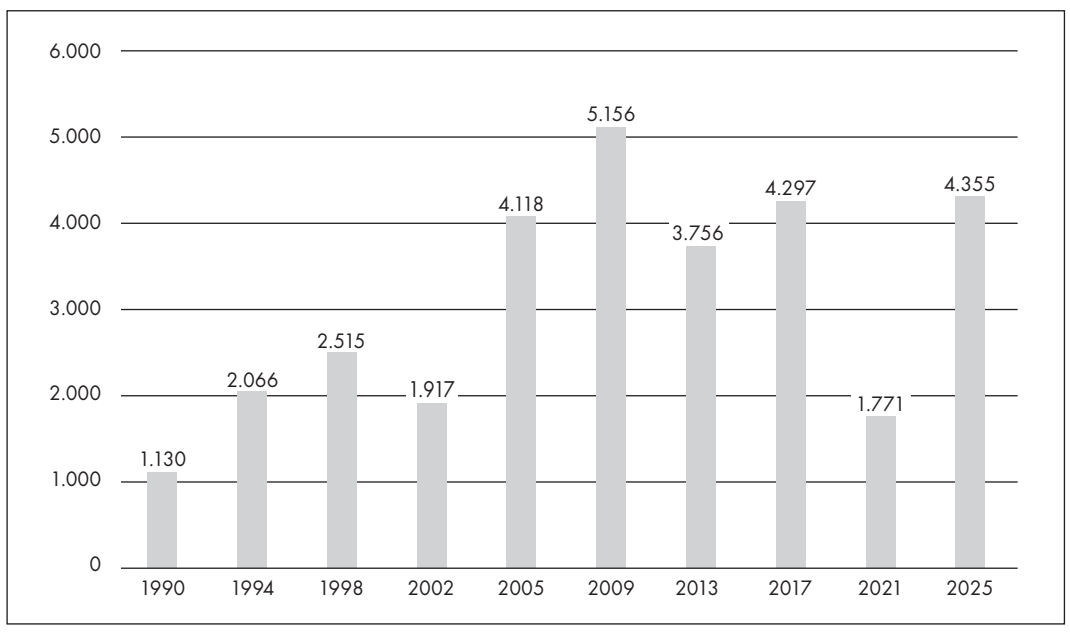
Der Wahlerfolg in Zahlen

Mit über 4,3 Millionen Zweitstimmen gelang der Linken ihr historisch zweitbestes Bundestagswahlergebnis. Zum Allzeithoch von 2009, als die SPD sich mit ihrer Zustimmung zur Erhöhung des Renteneintrittsalters sozialpolitisch völlig desavouiert hatte, besteht noch eine Lücke. Zieht man aber in Betracht, von welch niedriger Basis die Linke nach der Abspaltung des Wagenknecht-Flügels startete, ist das Ergebnis herausragend *(siehe Tabelle 1)*. Bemerkenswert ist es auch deshalb, weil der Partei ob ihrer zugewandten Haltung gegenüber Geflüchteten von einigen innerparteilichen Kritiker:innen vermeintlicher Klassenverrat vorgeworfen worden war.

Seit dem Zusammengehen von WASG und PDS im Jahr 2005 haben sich die Stimmgewichte zwischen Ost- und Westdeutschland verschoben. 2017 kamen erstmals mehr als zwei Drittel der Zweitstimmen aus Westdeutschland. 2025 betrug das Verhältnis des westdeutschen zum ostdeutschen Stimmenanteil 73 Prozent zu 27 Prozent (jeweils inkl. der entsprechend zugeordneten Stimmen aus West bzw. Ost-Berlin). Zu beachten ist, dass in Westdeutschland (inkl. W.-Berlin) ca. 81 Prozent aller Wahlberechtigten wohnen, die Linke hier also in Bezug auf die Wähler:innenstimmen nach wie vor eher unterrepräsentiert ist.

Der Versuch des BSW, der Linken zu schaden, indem es dort, wo sich diese Chancen auf ein Direktmandat ausrechnete, gezielt aussichtsreiche Gegenkandidat:innen aufstellte, scheiterte auf ganzer Linie. Die Linke gewann am Ende nicht nur mehr als die drei avisierten Direktmandate; sie schnitt auch bundesweit in 273 der 299 Wahlkreise besser als das BSW ab. In den großstädtischen Wahlkreisen in Berlin, Hamburg, Köln und Leipzig oder auch Freiburg betrug der Abstand der Linken zum BSW zwischen 20.000 und 34.000 Stimmen, in Friedrichshain-Kreuzberg waren es sogar mehr als 46.000 Stimmen. Lediglich in zwei westdeutschen Wahlkreisen, in Saarlouis und Pirmasens, lag das BSW knapp vor der Linken. Außerdem übertraf es die Linke in 24 von 45 ostdeutschen Wahlkreisen. Den größten Vorsprung erzielte das BSW dabei mit 4.672 Stimmen im Erzgebirgskreis I.

Tabelle 1: Zweitstimmen für die PDS bzw. die Linke seit 1990 (in 1.000)*



*Anmerkung: 2005 traten WASG und PDS mit einer offenen Liste unter dem Namen »Linkspartei.PDS« an.

Die richtigen Leute mit den richtigen Themen

Der belebende Effekt, den die im November 2024 von Dietmar Bartsch, Gregor Gysi und Bodo Ramelow gestartete »Mission Silberlocke« auf den Start des Linken-Wahlkampfs hatte, ist vielfach beschrieben worden. Sie vermittelte, dass ein Einzug in den Bundestag zumindest als Gruppe wieder möglich sei und damit keine Stimme für die Linke verschenkt.

Wie sich im Wahlkampfendspurt zeigte, hatte die Linke diesmal das richtige Spitzenpersonal. Die beiden Parteivorsitzenden Ines Schwerdtner und Jan van Aken waren zwar außerhalb der linken Szene relativ unbekannt, bildeten aber mit der gleichfalls zu Beginn des Wahlkampfs wenig bekannten Heidi Reichinnek ein ausgesprochen gut harmonierendes Spitzentrio. Relativ unbekannt bedeutete nämlich auch: unverbraucht. Im von der Partei mit viel Selbstironie stilisierten Kontrast zu den »Silberlocken« wirkten Reichinnek und Schwerdtner als die jungen Wilden, mit van Aken als gelassen auftretendem Mentor.

Frühzeitig entschied sich die Linke, den Schwerpunkt ihres Wahlkampfs auf soziale Themen zu legen. Im Mittelpunkt standen bezahlbares Wohnen und die Preisentwicklung, besonders die der Heizkosten. Mit einer Mietwucher-App konnten Nutzer:innen ihre Miethöhe mit der ortsüblichen Vergleichsmiete abgleichen. Am 27. Januar meldete die *taz*, dass die App elf Wochen nach dem Start bereits rund 68.500 Mal genutzt worden war. In mehr als 48.000 Fällen lag die gezahlte Miete um mindestens 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Dann gilt sie als überhöht und Mieter:innen dürfen einen Teil der Miete zurückfordern. Besonders in Berlin und Hamburg traf die Linke mit den Mieten einen Nerv. Hier haben selbst sogenannte Besserverdiener:innen Mühe, bezahlbare Wohnungen zu finden. Auf ihrer Website bot die Linke zudem einen kostenlosen Heizkostencheck an, mit dem Mieter:innen ihre Nebenkostenabrechnungen überprüfen lassen konnten.

Beide Angebote waren Teil eines Wahlkampfs, in dem sich die Linke als Kümmerer-Partei präsentierte. Diesen Auftritt hat sie sich von der österreichischen KPÖ abgeschaut. Zu ihm gehörte, dass sich die Partei bereits vor Bekanntgabe des Wahltermins vorgenommen hatte, an 100.000 Haustüren zu klingeln, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die sie sonst nicht erreicht.

Mit den Leuten reden

Der sogenannte Haustürwahlkampf wurde zum entscheidenden Instrument der Partei, um die erhofften Direktmandate zu gewinnen. Diese Form des Wahlkampfs war immer mal wieder ausgerufen worden. Nie zuvor wurde sie jedoch derartig strategisch geplant und mit großen personellen Ressourcen ausgestattet. Als Testlauf nutzte die Linke die sächsische Landtagswahl 2024, bei der Nam Duy Nguyen mit dieser Technik ein Direktmandat in Leipzig errang.

Bei der Bundestagswahl lag der Fokus auf den Wahlkreisen Berlin-Lichtenberg, Leipzig II sowie Erfurt-Weimar, die neben Berlin-Treptow-Köpenick, dem Wahlkreis von Gregor Gysi, als besonders aussichtsreich angesehen wurden. Im Wahlkreis Berlin-Neukölln wurde von einem Teil der Berliner Linken ein Unterstützerkreis gebildet, der bis zu 2.000 Personen aus der ganzen Republik anzog, um den dortigen Wahlkreis für Ferat Koçak zu gewinnen. In Berlin-Lichtenberg waren angeblich bis zu 600 Unterstützer:innen involviert. Auch in Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg, einem Wahlkreis, der betonfest in grüner Hand zu sein schien, bildete sich ein großes Netzwerk von Wahlhelfer:innen, das Pascal Meiser zum Direktmandat verhalf.

Am Ende stellte sich der Haustürwahlkampf als Schlüssel heraus, um Direktmandate zu gewinnen. Dass Dietmar Bartsch in Rostock knapp unterlag, lag wohl daran, dass dort nur auf die klassische Mobilisierung durch Kundgebungen und Saalveranstaltungen gesetzt wurde.

Professionell auf Social Media

Noch 2021 konnte die Linke mit Social Media wenig anfangen. Im Unterschied dazu wurde der Wahlkampf diesmal mit großem Erfolg dort geführt, wo bisher nur die AfD Reichweite zu erzielen wusste. Dabei wurde wenig externe Expertise eingekauft und vor allem auf eigene Expert:innen und Mittel gesetzt. Der Schwerpunkt lag da, wo sich heute vor allem die Jüngeren informieren – auf der Plattform TikTok, die in Deutschland im Februar 2025 rund 21 Millionen Nutzer:innen hatte, und auf Instagram mit 40 Millionen Nutzer:innen im letzten Quartal 2024.

Die Social-Media-Accounts der Partei, die vor Jahren noch ein Schattendasein gefristet hatten, erreichten im Wahlkampf nie zuvor erlangte Reichweiten. In der Spitze wurden bei Instagram fast sechs Millionen Personen und über TikTok sogar beinahe zehn Millionen Personen erreicht. Die zehn erfolgreichsten Beiträge von Partei-Accounts auf Instagram kamen zwischen dem 1. Januar und dem 19. Februar 2025 allesamt von der Linken.

Der »Laschet-Moment«

Als Armin Laschet am 17. Juli 2021 kurz nach der Flutkatastrophe im Ahrtal lachend bei einer Rede des Bundespräsidenten fotografiert wurde, kippte der damalige Wahlkampf zu Gunsten der SPD, die bis dahin in den Umfragen klar hinter der Union lag. Der »Laschet-Moment« des Wahlkampfs 2025 war für die Linke der Abriss der »Brandmauer« durch die Union. Am 29. Januar beschloss Letztere zunächst den Merz'schen Fünf-Punkte-Plan mit den Stimmen der AfD und der FDP. Am 31. Januar versuchte sie dann, nun auch mit den Stimmen des BSW, das »Zustrombegrenzungsgesetz« durch den Bundestag zu bringen. Die wütende und zugleich kluge Replik von Heidi Reichinnek auf diesen Tabubruch machte sie nicht nur schlagartig zu einer der Hauptpersonen des Wahlkampfs, sondern verschaffte der Linken breite, auch mediale Sympathien. Selbst die *Süddeutsche Zeitung* befand, dass es – bei allen politischen Differenzen – wünschenswert wäre, wenn die Partei im neuen Bundestag vertreten sei. Auf Reichinneks millionenfach angesehene Rede folgte eine sich selbst verstärkende Sympathiewelle, die zehntausende Parteieintritte nach sich zog.

Eine Menge neuer Mitglieder

Bereits nach dem Austritt des Wagenknecht-Flügels aus der Partei war die Linke für viele – darunter nicht zuletzt Gewerkschafter:innen – wieder attraktiv geworden, die sich zuvor von ihr abgewandt hatten wegen Wagenknechts Ausfällen und ihres immer deutlicher nach rechts abdriftenden Populismus. Gleichwohl ging die Mitgliederzahl 2024 noch relativ gemächlich nach oben. Aber bereits nach dem Wahlparteitag am 18. Januar 2025 begann die Eintrittsdynamik. Nach dem 31. Januar erreichte die Zahl der täglichen Neueintritte jedoch ganz andere Dimensionen. Nun gingen bis zum Wahltag zwischen tausend und dreitausend Beitrittsgesuche pro Tag ein *(siehe Tabelle 2)*.

Tabelle 2: Mitgliederentwicklung der Linken

Okt. 2023	50.500	Wagenknecht geht
Juni 2024	52.350	Europawahl
Okt. 2024	53.400	neue Führung gewählt
2025		
18. Januar	~ 61.200*	Wahlparteitag
31. Januar	~ 69.800*	Abriss der »Brandmauer«
24. Februar	~ 104.000*	Tag nach der Wahl

Quelle: RLS Wahlnachtbericht Bundestagswahl 2025

*Anm.: Die Zahlen für 2025 sind noch als vorläufig zu betrachten, da noch nicht alle Beitrittsanträge bearbeitet sind.

Vor allem in Westdeutschland hat die Linkspartei erheblich an Mitgliedern hinzugewonnen; in mehreren Bundesländern verzeichnete sie mehr als 80 Prozent Zuwachs.

Nicht nur die Linke profitierte von der Furcht vor der Rechtsentwicklung. Auch die Grünen verzeichneten nach dem Aus der Ampel-Regierung eine große Beitrittswelle. Seitdem habe es 42.425 Neueintritte in die Partei gegeben, berichtete *ntv* am 19. Februar.

Die Linke hat sich im Wahlkampf und durch die große Zahl der Parteieintritte neu aufgestellt. Der Zustrom neuer Mitglieder, so ist zu hören, sei sehr bunt. Alles andere wäre auch eine Überraschung. Mit den Neueintritten geht eine deutliche Verjüngung einher, die die Partei vielerorts auch dringend nötig hat. Die große Herausforderung wird darin bestehen, den Neulingen Raum zur Entfaltung zu geben, die Parteistrukturen zeitgemäß anzupassen und zu versuchen, nicht allzu bald wieder in das (vor allem in Westdeutschland gern gepflegte) Hick-Hack zwischen den Strömungen zu verfallen. Eine Neuauflage von Zerwürfnissen, wie sie die Partei noch vor wenigen Jahren prägten, scheint momentan ausgeschlossen. Da hilft wohl auch das Gefühl,

tatsächlich gemeinsam etwas erreicht zu haben.

Die »Klassenausrichtung«

War die Konzentration auf soziale Themen nun ein klassenbezogener Wahlkampf? Bekanntlich hatten prominente innerparteiliche Kritiker wie Michael Brie noch im Sommer 2024 der Parteiführung nichts Geringeres vorgeworfen, als sich de facto von der »lohnarbeitenden Klasse« abgewandt zu haben. In drei Kernfragen habe sie versagt – 2015 im »Sommer der Migration«, 2020 in der Corona-Pandemie und ab dem Februar 2022 in Bezug auf den russischen Angriff auf die Ukraine. In unterschiedlicher Akzentuierung wurde die Kritik an der angeblich mangelnden Klassenorientierung ebenso von der Spitze der »Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft« der Partei geteilt.

Bei der Bundestagswahl war die Linke jedoch vermutlich gerade deshalb erfolgreich, weil sie sich *nicht* auf die von Brie genannten Themen konzentrierte – dies versuchte vielmehr erfolglos das BSW. Mieten und Heizkosten können, so sieht es pragmatisch die Parteispitze, auch als »Klassenorientierung« durchgehen. Aber was bedeutet hier eigentlich »Klasse«? Das war schon bei Brie unscharf und ist es bis heute geblieben. Wer gehört zur »Klasse«? Alle Lohnabhängigen oder nur diejenigen unterhalb bestimmter Einkommensgrenzen? Das sind Fragen, die bisher nicht geklärt sind – und die, wie das Wahlergebnis zeigt, auch nicht von entscheidender Bedeutung sind, solange sich viele Menschen von der Politik der Partei angesprochen fühlen. Es braucht dennoch wenig Fantasie, zu vermuten, dass die »Klassenfrage« in der Linkspartei nicht zum letzten Mal aufgerufen wurde.

Die Linke wird sicherlich weiter fest an der Seite der Gewerkschaften stehen, hoffentlich ohne jeden Standortnationalismus mitzumachen. Und sie wird dies, so wäre zu wünschen, damit verbinden, dass sie den Grünen nicht das Thema Klima zur exklusiven Bearbeitung überlässt. Vielleicht sind ja in der Opposition Annäherungen möglich.

Der neue Markenkern der Linken ist ihre prononciert menschenfreundliche Positionierung in der Migrationsfrage. Die Linke, so viel kann mit großer Sicherheit gesagt werden, wird die Geflüchteten aus der Ukraine auch dann noch verteidigen, wenn eine Mehrheit in Deutschland finden sollte, nun sei es aber langsam an der Zeit, dass sie wieder gehen.

Neue Herausforderungen

Die sich rasant verändernde Weltlage wird auch für die Linke kontinuierliche Neubewertungen politischer Fragen erforderlich machen. Bisher hat die Parteispitze klug reagiert, hat rasch eine Position zur Entwicklung in der Ukraine und zur Schuldenbremse entwickelt.

Wir stimmen Pascal Beucker zu, der in der taz vom 4. März 2025 schrieb: »Angesichts der dramatischen Veränderung der Weltlage werden der Linkspartei schmerzhafte Grundsatzdiskussionen nicht erspart bleiben. Aber für die anderen demokratischen Parteien dürften sie noch wesentlich schmerzhafter sein.«

Sieben Jahre Redaktionsarbeit in der *links*

Heide Küchler über Lehr- und Wanderjahre in Sachen Politikverständnis und Frauensolidarität

Am 12. Januar 2025 starb Heide Küchler, langjähriges Mitglied in der links-Redaktion und von 1975–1982 auch in der, genauer: den »Frauengruppen« des Sozialistischen Büros aktiv. Im Oktober 2020 hatte sie wohlgemut und ausführlich auf unseren Fragebogen zur Bedeutung des Sozialistischen Büros für die eigene Biographie und politische Sozialisation im Rahmen des SB-Geschichtsprojekts geantwortet. Statt eines Nachrufs dokumentieren wir hier Ausschnitte aus ihrem Beitrag – eine vollständige Fassung wird sich im SB-Archiv finden, dessen Umzug auf die Homepage von AFP und *express* wir derzeit vorbereiten – einschließlich aller Beiträge zum SB-Geschichtsprojekt.

(...) Ich wurde in die Wirren des zweiten Weltkriegs hineingeboren und wuchs in einem kleinen Dorf in Thüringen im Kreis einer bäuerlichen Großfamilie auf, deren Männer fast allesamt im Krieg waren, oder in russischer oder amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Auf dem Bauernhof lebten und arbeiteten: Mutter, zwei Großmütter, drei Tanten, eine Schwester, eine Cousine und auch zwei Cousins, die aber nicht als Vertreter des männlichen Geschlechts wahrgenommen wurden. Die bäuerliche, kleine Welt war voller Kühe, Pferde, Schweine, Hühner, Tauben, Gänse und Enten und Frauenpower, die ich als sehr kräftig, kräftigend, behutsam, weise, energisch, harmonisch erlebte. (...)

Dann wurde der Vater aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und erwartete Ehefrau, Schwiegermutter und seine zwei Töchter in Westdeutschland, wo er nach einer sog. »Entnazifizierung« im Kreis Marburg wieder eine Lehrerstelle einnehmen konnte. Ich hatte ihn, den nie Erlebten, immer Abwesenden, der nun in Reichweite gekommen war, immer idealisiert – was Alexander Mitscherlich in seiner Arbeit über abwesende Väter beschrieben hat (vgl. Die vaterlose Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1966). Alles, was die bisherige Frauenpower-Umgebung nicht bieten konnte, schien er zu repräsentieren: ein regelmäßiges Einkommen, Schokolade, Apfelsinen, Bananen, ein eigenes Kinderzimmer, einen regelmäßigen Umgang mit der Zeit, geschriebene Worte. Und tatsächlich wurden diese aus der Ferne kommenden Versprechungen eingelöst, als der »Familienzuzug« vollendet war. Aber: Es gab auch den heftigen Austausch enttäuschter Hoffnungen zwischen Vater und Mutter, wie es Helma Sanders-Brahms in ihrem Film »Deutschland, bleiche Mutter« (1980) auf erschütternde Weise gezeigt hat. Überhaupt gab es mit dem Einzug in die Welt der Männer diverse Schattenseiten, die ich aber nachhaltig verdrängte, denn deren strukturelle Gewaltanteile waren nicht verdaulich – z.B. das Erleben von rauchenden, trinkenden, betrunkenen Männern, die bizarre Worte lallten und sich merkwürdig benahmen, Geschrei auf dem Fußballplatz für die eigene Amateurmannschaft. Scharfe, tadelnde Worte des Vaters gegenüber den Schüler:innen in der einklassigen Schule, deren 2.-4. Klasse ich besuchte. Blutiges Fleisch in der Waschküche, wo das Wild ausgenommen und zubereitet wurde, das der Vater als Jäger in der ortsansässigen Jagdgenossenschaft schoss. Die Welt der Männer schien mir triebgesteuerter als die Welt der friedvoll miteinander lebenden und arbeitenden »männerlosen« Frauen, in deren Kreis ich in den ersten sieben Lebensjahren gelebt hatte. (…) Zum ersten Mal in meinem jungen Leben wurde ich mit einer Herausforderung konfrontiert, die ich mit Christina Hölzel (*FR*, 23./24. Mai 2020) wie folgt beschreiben würde: mit dem Gefühl der Ambivalenz, des Zwie-Gespaltenseins, der Ambiguität. Aber über derlei innerste Konflikte wurde nicht gesprochen. Auch das gehörte in die damalige Zeit: Es galt zu verdrängen, wenn Zwiespälte nicht verdaulich waren. Das eigene Innenleben unterlag der Schweigepflicht. Dass derlei drängende und notgedrungen verdrängte Ambivalenzen ihr Eigenleben haben würden, von diesem weisheitsvollen Lebensgesetz wusste ich noch nichts.

Ich wusste nur, dass ich dieses dominante Männer-Horden-Gebaren hinter mir lassen musste. Und entschied mich 1967 für ein Studium der Rechtswissenschaften an der J. W. Goethe-Universität, um eindeutige Entscheidungsgrundlagen für zukünftige Krisen und Konflikte an die Hand zu bekommen. Ich tauschte die empfindungshafte Sicht auf die Welt mit der Welt der analytischen Gedanken. Das rechtsdogmatisch begründete Denken verlief in geraden Bahnen: »Wenn der Sachverhalt (Tatbestand) so und so ist, dann lautet die juristisch begründete Antwort folgerichtig so und so (entlang der Rechtsfolgen, die im jeweiligen Paragraphen vorgegeben waren).« Man musste nur den konkreten »Fall« dem passenden Paragraphen zuordnen – in der Juristensprache: »subsumieren«. Das erforderte die Ausbildung eines gewissen Abstraktionsvermögens, aber das ließ sich ja lernen! Hinzu kam, dass in Frankfurt a.M. – wie in anderen Universitätsstädten der BRD auch – die Studentenbewegung volle Fahrt aufnahm und sich Gruppierungen in den ASten (Allgemeine Studierendenausschüsse) bildeten, die der analytischen Gedanklichkeit herrschaftskritische Aspekte hinzufügten, so dass nunmehr aus den Fragen nach einer rechtsdogmatisch begründeten Antwort ein Hinterfragen wurde: Auf welcher gesellschaftlichen Grundlage haben sich welche Rechtsgrundlagen gebildet? (...)

Für mich war das Eintauchen in diese »mentale Welt« belebend und phantasievoll. Frau konnte ja buchstäblich alles hinterfragen und dabei die vorhandenen Strukturen beliebig beugen und wenden – es blieb alles abstrakt, sprich: Es blieb »Kopfkino«, losgelöst von Realisierungsansätzen. Intellektualismus im Reinformat, mit der Themenschwerpunktsetzung: »Wo hatte der Rechtsstaat in der Weimarer Republik versagt? Warum hatten die demokratischen Instanzen ein Versagen der Politik nicht verhindern können? Warum waren so viele Menschen für faschistisches Gedankengut empfänglich, um dann letztlich autoritären Strukturen und einem Diktator zu folgen?« Diese Themen sprachen mich an, wühlten mich auf, denn auch in meiner Familie war der Nationalsozialismus salonfähig gewesen, und nicht nur das. Da nahm ich es gern in Kauf, dass die Diskussionen, die schließlich in der Frage nach der Gründung einer kritischen Juristenzeitung mündeten, sehr männerdominiert, sehr autoritär strukturiert geführt wurden. Im Mittelpunkt stand das Ego Einzelner und nicht das gemeinschaftliche Ringen um objektive Antworten. Aber es zogen Schatten am Horizont auf. Die eher gedankliche Orientierung und Fundamentierung der Paarbeziehung mit R. – ebenfalls Jurist, AStA-Mitglied und wortführend in der Diskussionsrunde kritischer Juristen und Politologen in der Metzstraße/Frankfurt – wurde immer stärker überbaut von geschlechtsspezifischen Fragen: Wollte das Paar Kinder haben? Wer würde sich vordringlich um ihre Erziehung kümmern? Wer seine Karriere hintenan stellen? Welchen Stellenwert hatten die immer häufiger erlebbaren Seitensprünge von R.? Was verstanden beide unter Emanzipation, auch sexueller Emanzipation? Gab es den herrschaftsfreien Raum im Privatleben – oder war das eine Illusion? War auch die Zweierbeziehung von Herrschaftsstrukturen geprägt, wie die gesamte Gesellschaft? Wo hatte Seelisches seinen Platz, wenn schon die gesellschaftskritischen, analytischen Beiträge nicht dazu einluden, Gefühle wie Schmerz und Wut über Macho-Gebaren auszudrücken? Wie, wenn der Emanzipation der Männer in gedanklicher und sexueller Hinsicht eine »seelische Emanzipation« der Frauen folgen würde? Es war der Moment, in dem mich alte, nie bearbeitete Ambivalenzen einholten, und es war an der Zeit, die rein männerdominierten Kreise in meinem privaten Umfeld und auch an meinem Arbeitsplatz in der Hochschule zu verlassen. R. und ich trennten uns. Ich zog aus der Metzstraßengemeinschaft aus und ging beruflich und politisch neue Wege. Ich beantragte die Zulassung zur Anwaltschaft (mit dem Schwerpunkt »Familienrecht«) und wandte mich zeitgleich an das Sozialistische Büro mit der Bitte um Aufnahme in das Redaktionsteam der *links*. Von 1975–1982 war ich Teil dieses Teams – eines lockeren Zusammenschlusses von Frauen und Männern, die überwiegend aus akademischen Zusammenhängen kamen und ein breit gefächertes Interessensspektrum vertraten. Vom 20. bis zum 50. Lebensjahr waren alle Altersklassen vertreten. Einige von ihnen waren gewerkschaftlich engagiert. Für alle war selbstverständlich, dass wir im kollegialen Stil arbeiteten, d.h. es

wurde – je nach Themenschwerpunkt – eine Arbeitsteilung verabredet. Die Inhalte wurden in kleinen Gruppen erarbeitet, kollektiv vorgetragen, gemeinsam ausgewogen diskutiert und entschieden. Es war ein Arbeitsstil, der mir sehr gefiel und mich von einigen Komplexen befreite.

Inhaltlich zentral war der Widerspruch von Kapital und Arbeit. In diesem Zusammenhang waren selbstverständlich die gewerkschaftlich organisierten Kolleg:innen weitaus kompetenter. Aber es gab auch immer Diskussionsbedarf zu Fragen von Rechtsstaat und Demokratie. Zum Beispiel gab es angesichts der immer noch, wenn auch im Untergrund existierenden RAF die Frage: Konnte Gewalt in der politischen Auseinandersetzung jemals legitim sein? Legal war sie ja sowieso nicht. Zum ersten Mal in Diskussionsrunden erlebte ich die Thematisierung moralischer Grundlagen politischen Handelns. Insbesondere die älteren Redaktionsmitglieder, die noch den Krieg miterlebt hatten, vertraten vehement die Grundlagen des Neuen Testamentes, also insbesondere der Bergpredigt. Für sie kam jedwedes Sympathisantentum für die Aktionen der RAF-Mitglieder überhaupt nicht in Frage, während manche Jüngeren aus ihren »revolutionären Impulsen« keinen Hehl machten. Wie selbstverständlich war dann aber letztlich die Position der älteren, erfahreneren Genoss:innen ausschlaggebend.

Insbesondere die Vorbereitung des Pfingstkongresses 1976 in Frankfurt a.M. war dann für Viele, auch für mich, ein großes Highlight! Dieser Kongress sollte eine zentrale Veranstaltung werden und möglichst sowohl viele versprengte ehemalige studentenbewegte, junge Menschen ansprechen, als auch Gewerkschafter:innen, deren Interesse an politischer Arbeit links von der SPD geweckt werden sollte. Es wurde von dem Leitungsgremium des SB in diesem Zusammenhang nie deutlich ausgesprochen, war aber wohl vielen klar, dass die Gründung einer neuen Partei ins Auge gefasst wurde. Da ich – neben der Arbeit an der *links* und neben meiner Arbeit als Fachhochschullehrerin in Frankfurt a.M. mit Schwerpunkt: Frauen- und Sozialrecht – noch mit DGB-Frauen in Darmstadt insbesondere an Fragen der damals aktuellen Familienrechtsreform arbeitete, waren die Vorbereitungen für den Pfingstkongress sehr intensiv, zusammen mit anderen SB-Frauen und auch Gewerkschafterinnen. Es ging um die Vorbereitung zu Fragen wie:

- Ist die sog. »Zweisphären-Lehre« nach Marx, Engels und Tocqueville, die den Geschlechtern aufgrund biologischer Unterschiede verschiedene Aufgaben zuwies, noch aktuell?
- Wird die Familienrechtsreform von Anfang der 70er der Einsicht gerecht, dass »Männlichkeit« und »Weiblichkeit« lediglich soziale Konstrukte sind?
- Was können wir aus der Geschichte der sozialistischen/sozialdemokratischen und auch der bürgerlichen Frauenbewegung lernen?
- Rosa Luxemburg – ihre politische Arbeit, ihr Leben, ihre Liebe zu Jogiches – ein Vorbild für uns?

Zum Pfingstkongress kamen Zehntausende, von Neunzigtausend war die Rede. (...)

Beschwingt durch die generations-, partei- und organisationsübergreifenden Begegnungen während des Pfingstkongresses beschlossen die Frauen der neu gegründeten Frauengruppe im SB, frauenbewegte Fragen und Probleme im weitesten Sinne zu thematisieren und in die Redaktion der *links* hineinzutragen:

- Gibt es festgefügte Rollenbilder von Mann und Frau im privaten und im öffentlichen Raum?
- Was bedeutet »hegemoniale Männlichkeit« – sind Männer generell fixiert auf Machtausübung und Frauen festgelegt auf untergeordnete Positionen (im wahrsten Sinne des Wortes)?
- Wie kann die gesellschaftliche Spaltung in unterdrückende Männer und unterdrückte Frauen überhaupt thematisiert und – auf lange Sicht – aufgehoben werden?
- Warum sollte das Private immer weiter geheim bleiben? Wann das Diktat des patriarchalischen Mannes im Haus und insbesondere im Schlafzimmer ans Licht der Öffentlichkeit kommen, das Private also auch politisch werden?

Der Eklat in der *links* war vorprogrammiert. Die Frauen der SB-Frauengruppe wurden als »Feministinnen« beargwöhnt – damals noch ein Schimpfwort in den Mündern vieler Männer. Und ich wurde – als Sprachrohr der SB-Frauengruppe – in der Redaktion mit vielen Themen abgeblockt. (…) Die Diskussionen liefen letztlich auf die Forderung der männlichen Redaktionsmitglieder hinaus, dass »Einigkeit« herrschen sollte! Ein geschlossenes Bild nach außen war die Forderung. Das Thema: Befreiung der Frau sei die Angelegenheit von Frauen und Männern gleichermaßen – es könne nicht angehen, dass die Frauen Front gegen die Männer machten! Da war es wieder, das Gespenst: Es gab und gibt Widersprüche, die man(n)/frau am besten gar nicht thematisieren sollte!? Und wenn doch, dann einvernehmlich!? Aber wo blieb das Ringen um Lösungen? Und wo das Sich-Einlassen auf unterschiedliche – auch sich widersprechende – Positionen? Es gab ja nicht nur klare feministische Haltungen, die manche Frauen dazu veranlassten, »den Mann« als Marlboro-Cowboy mit toxischer Männlichkeit zu charakterisieren. Die Mehrheit der Frauen in der SB-Frauengruppe sah ihr Bedürfnis darin, Selbsterfahrungsmomente auszutauschen. Es ging um das Erlebbar-Machen von Benachteiligungen, Kränkungen, Demütigungen im privaten Bereich, die mit-geteilt werden wollten. Um Gefühle von Ent-Täuschung, Scham, Selbsthass darüber, dass Frauen so Vieles schweigend ertragen hatten. Und im Alleingang in der Beziehung zum Freund, Ehemann, Liebhaber sowieso nicht auffangen, geschweige denn lösen konnten. So das Erleben von Alkoholmissbrauch des Mannes, eigener Co-Abhängigkeit, Depressionen, Selbstmordabsichten, unzähligen Besuchen im Bordell, Spielsucht usw. Die Brüchigkeit des o.g. Bildes des ewigen Marlboro-Cowboys – immer auf Abenteuer aus und Abenteuer siegreich bestehen – wurde nach außen hin gern geliefert, aber nach innen, im Privaten, nahm das Elend einen großen Raum ein. Und diesen Widerspruch schweigend zu ertragen, dazu waren wir Frauen nicht mehr bereit. Über die gemeinsame Lektüre verschiedener Arbeiten von Frauen, so z.B. von Anja Meulenbelt (Die Zeit der Scham ist vorbei, 1976) oder Irmtraud Morgner (Leben und Abenteuer der Troubadura Beatriz, 1974) schafften wir den Seelenraum, Verstörungen zuzulassen und gemeinsam auszuhalten. Und letztlich auch Lösungen zu finden für individuelle Dramen.

Wir lachten und weinten zusammen, ließen unserem Zorn, den wir jahrelang zurückgehalten hatten, freien Lauf (Frauen waren ja in den Augen vieler Männer nur für positive Gefühle gut). Und wir schmiedeten Pläne für gemeinsame Urlaube, Projekte, Unternehmungen. Wir gaben unseren Seelen wieder Flügel. Es waren dies reale, erlebbare Momente von Solidarität. Nicht bloß klassenkämpferische Worte auf dem Papier. Frauensolidarität eben! Wären diese Erfahrungen nicht möglich gewesen, dann hätte ich die Arbeit in der *links* schon bald beendet. Denn es war nicht leicht, sich mit Vorwürfen auseinanderzusetzen, die von manchen Genossen kamen, wie: Wir Frauen würden die Heterosexualität aus den Schlafzimmern verbannen wollen. Oder: Wir würden die Utopie einer männerfreien Gesellschaft vertreten. Oder: Wir würden am Konstrukt feministischer Superheldinnen arbeiten. Im Übrigen würden wir die Erfolge der gesamten gesellschaftskritischen, politischen Bewegung gefährden. Nein! Wir wollten »nur«, dass auch Männer Selbsterfahrungsgruppen bilden sollten, um mit deren Hilfe das von ihnen übernommene und verteidigte Rollenbild des omnipotenten, dominanten Mannes selbstkritisch zu reflektieren. (…)

1978 erschien in Rom das viel beachtete Buch von Rossana Rossanda (lange Zeit KPI): »Einmischung«. Dieses Buch nahm ich zum Anlass, darüber für die *links* eine Rezension zu schreiben. Sie wurde in der Nr. 2/1979 abgedruckt und ich gebe im Folgenden einige Auszüge daraus wieder, um zu zeigen, wie groß meine (unsere) Not, Zerrissenheit war. Auch die Unfähigkeit, Lösungen zu finden für die schier unauflösbar erscheinenden Widersprüche zwischen dem Privaten und dem Politischen, dem gesellschaftlich zementierten und internalisierten Widerspruch zwischen männlicher und weiblicher Rolle, dem sich anbahnenden Widerspruch zwischen den Forderungen des Kollektivs / der politisch arbeitenden Gruppe – und der sich bilden wollenden Individualität:

»R.R. sagt von sich, sie sei keine Feministin und habe lange Zeit deren Sprache und Signale nicht verstanden. Erst nachdem die meisten Frauen von ›il manifesto‹, der politischen Heimat von R.R. seit ihrem Ausschluss aus der KPI, einen Schlussstrich unter ihre gemeinsame Arbeit mit den Genossen gezogen hätten (›Liebe Genossen, wir verlassen euch jetzt‹), sei ihr zu Bewusstsein gekommen, dass sie selbst sich in der männerdominierten Welt der politischen Arbeit nie als Frau gefühlt, geschweige denn zu den eigentlichen Wurzeln der jahrtausendealten Unterdrückung der Frauen – der sexuellen Unterdrückung – vorgedrungen sei. Sie habe sich Zeit ihres Lebens in der Arbeit mit den Männern als eine Amphibie empfunden, also als ein Wesen, das sich zu Lande und zu Wasser bewegen konnte – jedoch nie in ›ihrem Element‹. Sie ging den schwierigen Weg der ›Person‹, nicht den der Frau. Der tiefsitzende Grund der Verweigerung ihres Frauseins lag, wie R.R. nur andeutet, in der Konfrontation mit den Möglichkeiten dessen, was ihr damals als Frau an Lebenskontext offen blieb. Frau sein bedeutete entweder: ›Geschwätzige und umschmeichelte Dame‹ zu sein, oder ›Dumpfe Gefangene in der Alltäglichkeit Gattin und Mutter‹. Gleich, welche Wahl sie getroffen hätte, es hätte das Akzeptieren einer Fülle von Begrenztheiten bedeutet, und diesen Preis war sie nicht bereit zu zahlen. Die Wahl gegen das eigene Geschlecht war also eine Wahl gegen die der Frau von der Gesellschaft zugedachten Rollen und ihr entgegengebrachten Erwartungen. In der Folge richtete sie sich darin ein, von den Männern als eine Art ›Neutrum‹ gesehen zu werden. Als sie sich 1978 wegen einiger ›wildgewordener Zellen meines Körpers‹ operieren lassen musste, aus der Narkose aufwachte und sich in einem ›Frauentrakt‹ wiederfand, begann sie sich bei ›meinen Frauen, die sich der obligatorischen Dinge des Lebens mit Würde, Humor und Mitgefühl annahmen und darüber nachsannen‹, wohl zu fühlen. Aber ›als ich merkte, wie wohl ich mich fühlte bei meinen Frauen, stand ich auf, zog mich an, ging entschlossenen Schrittes die Treppe hinunter und bestellte mir ein Taxi‹. Am Ende nimmt sie den Widerspruch mit und von daher ist es verständlich, dass ihr zentrales Interesse in der Auseinandersetzung mit den Feministinnen darauf gerichtet ist, zu einer ›Wiederversöhnung der Geschlechter‹ zu finden.

Meines Erachtens macht R.R. den Fehler, dass sie allein von den Frauen die Erarbeitung eines Versöhnungsvorschlages erwartet. Ich gehe aber davon aus, dass die Frauen der früheren und auch unserer Generation geprägt waren und sind durch eine dreifache Enteignung: Weibliche Sozialisation bedeutet eine Enteignung der persönlichen, höchst individuellen Eigenschaften und Fähigkeiten und die Ausbildung normierter, standardisierter, rollenspezifischer Charakteristika, insofern, als wir von Kindheit an in die Aufgabe als Hausfrau und Mutter eingeübt wurden. Sie bedeutete darüber hinaus eine Enteignung der individuellen Gefühle, denn die geforderte ›Einfühlsamkeit‹ in Richtung auf den Ehemann und die Kinder steht ja quer zu der Möglichkeit, eigene Gefühle zu haben – auch unangenehme – und ist keineswegs identisch mit der Fähigkeit, die ureigenen Gefühle zu spüren und zu zeigen. Hinzu tritt eine dritte Enteignung, die Enteignung der eigenen Sexualität. Die natürliche Fähigkeit der Frau zu gebären, wurde umgewandelt in das Schicksal

Alles hat seine Zeit, eine Zeit der Stille, eine Zeit der Freude, eine Zeit des Schmerzes und der Trauer. Eine Zeit der dankbaren Erinnerung.

Dr. Heide Küchler

* 15.06.1944 † 12.01.2025

Heide Küchler ist nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 80 Jahren verstorben. Wir erinnern uns gerne an die Zeit mit ihr in den Wohngemeinschaften in Frankfurt am Main (Baseler Platz, Metzstraße), im Sozialistischen Büro (*links*, Frauengruppe) und im Bereich der Sozialpädagogik.

Ann Anders, Iris Bergmiller-Fellmeth, Mechthild Blanke, Doris Bollinger, Margrit Brückner, Linda Denninger, Dan Diner, Daniel, Jonas und Rainer Erd, Michael Erler, Lothar Fietzeck, Angelika Gartner, Gisela Freund, Michael Hofferbert, Thomas Huth, Ulrich Mückenberger, Gaby Narten-Krause, Günter Pabst, Roland Roth, Konrad Schacht, Rudolf Walther, Edgar Weick.

zu gebären. Mit beginnender Pubertät war das Erleben eigener Lust immer mit der Warnung vor dem eigenen Körper verknüpft: ›Pass' auf, dass er dir nicht ein Kind anhängt!‹ Später, als es die Pille gab, wurde die Lust vom Körper getrennt, der Körper totgestellt. Kein Eisprung mehr, keine Menses mehr, keine ›Umstände‹ mehr mit dem Körper. Wen wundert's, dass mit dem Gewahrwerden der Entfremdung die Frauen Ausschau danach hielten, ob es nicht jemanden gäbe, der eine bessere Wahl getroffen hatte; der sein Leben selbstbestimmt lebte. Diese, uns beneidenswert erscheinenden Geschöpfe waren in unseren Augen die Männer, also taten wir alles – Stichwort: ›Vermännlichung‹ – um in die Regionen der männerdominierten Welt vorzudringen. In den erstrebten Positionen angekommen, mussten wir feststellen, dass auch diese Welt ihre Haken hat – und dass wir uns noch weiter von uns selbst entfernt hatten.« Ich schlussfolgerte daraus, »dass sich in der Unversöhnlichkeit der Geschlechter erst dann etwas verändern kann, wenn sich beide, Mann und Frau, dazu entschließen, Rollenzuweisungen bewusst aufzubrechen«. »Die Frauenbewegung kann ›nur‹ den kollektiven Hintergrund für die Frauen darstellen; sie kann nicht die schmerzliche Auseinandersetzung der einzelnen Frauen mit ihrer je spezifischen Lebensgeschichte übernehmen. Und sie kann auch nicht den Männern abnehmen, was deren Anteil an dieser Arbeit ist, insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Leiden an ihrer Rolle.«

Ich machte dann nicht nur in der *links*, sondern auch in meinem Arbeitszusammenhang (inzwischen hatte ich eine Professor:innenstelle an der Fachhochschule in Frankfurt a.M. inne) und in aktuellen politischen Konflikten vor Ort den Versuch, die Geschlechterdifferenz zurückzustellen. So z.B. im »Startbahn-West-Konflikt« rund um den Frankfurter Flughafen 1981, wo es um den Bau einer dritten Startbahn ging. Ich war dort mit Aktivist:innen – auch zusammen mit Student:innen der FH – voller Eifer dabei, ein Baumhaus zu bauen und nächtlich Wache zu halten, um zu verhindern, dass Bäume gefällt wurden (...) und Bagger den Wald rodeten. Aber auch dieser Versuch misslang, weil ich bei den »Startbahnräumungen« durch die Polizei gewalttätige Auseinandersetzungen der Vertreter des männlichen Geschlechts auf beiden Seiten erlebte, die ich seelisch nicht mehr verdauen konnte.

Ich zog mich zurück in meine Studierstube und versuchte zu erinnern und nachzuarbeiten, was ich in meiner Studienzeit zum Thema »Politische Arbeit« gehört und was mich begeistert hatte. Z.B. die Fragestellung von Platon in seiner Arbeit »Politeia«: Was sollte ein Mensch, der eine politische Führung anstrebte, entwickeln? Verstandeskräfte, selbstverständlich. Aber damit nicht genug. Er sollte auch Selbsterziehung betreiben – körperlich, seelisch und geistig, moralisch. Denn er wollte/sollte ja Zukunft, Zukünftiges mitgestalten und anderen Menschen Orientierung geben, also Vorbild sein. (...) Diese Lehre von Platon verband damals, 1968, ein Hochschullehrer in seiner Staatsrechtsvorlesung mit der Erkenntnistheorie Goethes. Goethe lehnte sich an die Klassik an und die Frage nach ganzheitlicher, persönlicher Entwicklung, insbesondere auch der Ausbildung einer durchgreifenden Erkenntniskraft verknüpfte er mit der Konzipierung einer naturwissenschaftlichen Anschauung (z.B. in seiner Farbenlehre oder den Ausführungen zur Urpflanze), die der am rein Materiellen orientierten Erkenntnis diametral entgegenstand. (…) Erst wenn ein wirkliches Erkenntnisinteresse geweckt sei und der Erkennende in Hingabe verschmelze mit dem Erkenntnisobjekt – und: sich vor allem in Geduld übe, denn ein Erkenntnisakt sei auch verbunden mit der Stärkung der eigenen Persönlichkeit, die ja Zeit brauche – erst dann könne der Grundstein gelegt werden dafür, die Welt wieder ganzheitlich zu verstehen (vgl. A. Ziemke, Alle Schöpfung ist Wert der Natur, Stuttgart 2015).

Mir dämmerte, dass »Wissensanhäufung und -wiedergabe« einerseits und »Erkenntnisgewinnung und -anwendung« andererseits zwei völlig unterschiedliche Tätigkeiten waren. Wir hatten von den Männern gelernt, dass man/frau mit dem Kopf außergewöhnliche Fähigkeiten, wie Analysieren, Vergleichen, Kategorisieren und Bewerten ausbilden konnte. Und hatten dies auch immer wieder getan. Dass aber Erkenntnisgewinnung etwas völlig anderes war – das war uns überhaupt nicht gegenwärtig! Da ging es um das Zusammenfügen von »Kopf, Herz und Hand«. Dieses Mosaiksteinchen hatte mir die ganzen Jahre gefehlt. (...) Und das, obwohl wir alle, die wir politisch aktiv im SB gewesen waren, all die Jahre wahrgenommen hatten, dass sich in der Natur eine dramatische Veränderung vom Lebendigen hin zum Toten anbahnte. Wir hatten es gesehen und analytisch verarbeitet. Aber diese Art des abstrakten Wahrnehmens war nicht bis zu unseren Herzen gelangt und ging schon gar nicht in die Hände über. (...) Ich selbst war während der Studentenbewegung voll Begeisterung auf diesen Zug der analytisch geprägten Denke aufgesprungen und musste 10–15 Jahre später erkennen, dass diese Art des Denkens ihre Berechtigung hatte, aber nicht wirklich an einen Erkenntnisprozess heranreichte. Es wurde mir am Ende des Forschungssemesters klar, dass nicht »die Männer« schuld waren an all den misslichen Strukturen, sondern dass wir alle uns mit absterbenden Denkstrukturen und -mustern verbunden hatten. Es ging nicht darum, andere verändern zu wollen, sondern mich selbst auf einen Veränderungsprozess hin zu bewegen – der darin münden sollte, Elemente der »mentalen Bewusstseinsstruktur« hinter mir zu lassen und eine neue Qualität von Bewusstsein zu entdecken.

Es war im gleichen Jahr, 1983, dass ich auf die Schriften von Jean Gebser und auf dessen Ausführungen zur Struktur des integralen Bewusstseins stieß. (…) Es wurde mir klar, dass meine neuen Lebensbezüge im Zusammenhang mit wirklichen Erkenntnisfragen stehen sollten. Dass neben der forschenden Arbeit auch praktische Tätigkeit dazu gehören müsste und dass das Verhältnis der Geschlechter zueinander auf keinen Fall von Herrschaftsstrukturen belastet sein dürfte. Diese drei Komponenten waren Teil meines neu gewonnenen Politikverständnisses. Wie es der »Zufall« wollte, wurde ich zum Ende dieses Forschungssemester 1983 von einem der Landwirte des Dottenfelder Hofes, einem biologisch-dynamischen Betrieb vor den Toren Frankfurts, in dem ich während der Semesterferien öfter mitgeholfen hatte, gebeten, bei einer Initiative von jungen Menschen verschiedener Berufe mitzuwirken, die ein Dorf für psychisch kranke Menschen gründen wollten. Ich ließ mich vom Kultusministerium für ein Jahr beurlauben und tauchte in diese neue Welt ein. (...)

Aus einem Jahr wurden einundzwanzig Jahre, die ich nicht mehr missen möchte – auch wenn ich in dieser Zeit natürlich wieder auf verschiedene, schier unauflösbar scheinende Widersprüche und Antagonismen stieß. Aber ich lernte im Laufe der Zeit, nicht mehr vorschnell die Flinte ins Korn zu werfen, sondern Widersprüche auszuhalten, andere Menschen in ihren Eigenheiten, Besonderheiten, ihrer Biographie zu verstehen, und die Grenzen der eigenen Selbstachtung zu erweitern.

P.S.: Auf dem tastenden Weg zur »Herbeiführung des Integrum« befindet sich die Autorin noch immer – wenn auch längst wieder in anderen Zusammenhängen; diesmal als Kunsttherapeutin und Justitiarin in einer Jugendhilfeeinrichtung für drogenabhängige Jugendliche. Sie fühlt sich seit langem befreiter von alten Zwängen, Weltverbesserungsverpflichtungen, Ausgrenzungsphantasien. Denn sie ahnt seit geraumer Zeit, dass das Leben »nicht rückwärts verläuft, noch im Gestern verweilt.« (Khalil Gibran, Der Prophet, Olten 1973) Und dass das Leben viele Versuchsmöglichkeiten, Metamorphosierungschancen und Gelegenheiten zur Weiterentwicklung bereithält, mehr als gedacht! Belebende Grundlagen in diese Richtung wurden in der Arbeit im Sozialistischen Büro und in der Redaktion der *links* gelegt. Und dafür möchte ich allen danken, mit denen ich dort in konstruktiver Weise zusammen lebend und arbeitend verbunden war!

Antipasti

Wilder Streik: mindestens achträdrig

Zehn Lkw-Fahrer aus Simbabwe, die für eine slowakische Tochterfirma der Hegelmann Group arbeiten, haben seit Ende Januar ihre Arbeit niedergelegt. Sie protestieren gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und fordern die ihnen zustehenden Löhne.

Die Lastwagen der Männer stehen auf Raststätten in Deutschland, Frankreich und Italien – darunter Krefeld, Nürnberg, Merklingen, Bremen und Wildeshausen. Nach Aussagen der Fahrer hätten sie monatelang in ihren Fahrzeugen übernachten müssen und nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn erhalten. Sie seien mit 30 Euro pro Tag abgegolten worden.

Seit Beginn der Proteste wurden die Fahrer massiv unter Druck gesetzt. Neben Einschüchterungsversuchen kam es sogar zu einem vereitelten Kidnapping eines Lkw samt Fahrer. Inzwischen läuft ein Verfahren gegen die Spedition.

(verdi.de, 8. Februar 2025)

Wilder Streik: zweirädig

Am 27. und 28. Januar 2025 beteiligten sich in Berlin mehr als 700 Fahrradkuriere von Uber Eats an einem selbstorganisierten wilden Streik. Sie protestierten dagegen, dass der Lieferdienst im November 2024 ihre Vergütung um bis zu 40 Prozent reduziert hatte. Uber Eats beschäftigt selbst keine Kuriere, sondern greift auf Subunternehmen zurück.

(Instagram/gerechtearbeit)

Überstundenzuschläge auch für Teilzeitbeschäftigte

Das Bundesarbeitsgericht entschied im Dezember 2024: Zuschläge für Überstunden stehen auch Teilzeitkräften zu, sobald sie ihre vereinbarte Arbeitszeit überschreiten. In einigen Tarifverträgen ist geregelt, dass Überstundenzuschläge erst gezahlt werden, wenn die regelmäßige Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten überschritten wird. Das erklärte das Gericht für nichtig. Es sah darin eine Diskriminierung der Teilzeitbeschäftigten. Mittelbar würden auch Frauen diskriminiert, weil sie deutlich häufiger in Teilzeit arbeiten als Männer. Das Urteil erlaubt es Teilzeitbeschäftigten, nicht gezahlte Überstundenzuschläge auch rückwirkend geltend zu machen. Die diskriminierende Regelung findet sich unter anderem in den Tarifverträgen des Öffentlichen Dienstes.

(ver.di publik, 30. Januar 2025)

Mindestlohn-Jubiläum

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland hat ver.di in der Reihe *tarif.impulse* eine Broschüre mit dem Titel »10 Jahre gesetzlicher Mindestlohn – Eine Erfolgsgeschichte mit Schattenseiten« herausgegeben. Der Download findet sich unter www.verdi.de.

DGB-Index »Gute Arbeit«

Bereits im November 2024 sind der Jahresbericht und der Report »Fachkräftesicherung? – Nur mit guten Arbeitsbedingungen!« des DGB-Index »Gute Arbeit« erschienen. Beides gibt es als Download unter index-gute-arbeit.dgb.de.

Harry statt Glocke

Rund 500 Beschäftigte der Großbäckerei Glockenbrot in Frankfurt-Fechenheim sollen in den nächsten Jahren ihren Job verlieren. Sie backen zwar profitabel für die Rewe Group. Die will sich aber zukünftig vom Backwarenhersteller Harry Brot beliefern lassen. Der plant bereits den Bau eines ganz neuen Werks im 25 Kilometer entfernten Erlensee.

(Frankfurter Rundschau, 7. Februar 2025)

Uneinigkeit über tarifliche Nachtzuschläge

Das Bundesverfassungsgericht hat zwei Urteile des Bundesarbeitsgerichts aufgehoben, die sich mit der Frage befassten, wie Nachtarbeit bezahlt wird. In den Fällen ging es um Arbeiter:innen aus der Getränke- und Lebensmittelindustrie. In diesen Branchen fällt regelmäßig Nachtarbeit an. Die Tarifverträge, die den Klagen zugrunde liegen, sehen vor, dass die Arbeiter:innen für die Nachtarbeit Zuschläge erhalten. Allerdings gibt es Unterschiede in der Höhe: Schichtarbeiter:innen, die regelmäßig und fest eingeplant nachts arbeiten, bekommen dafür nur 25 Prozent mehr Gehalt. Diejenigen aber, die ausnahmsweise und sporadisch nachts ran müssen, bekommen dafür laut Tarifvertrag 50 Prozent mehr Gehalt. So war es zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften vereinbart worden.

Das Bundesarbeitsgericht sah in dieser Ungleichbehandlung einen Verstoß gegen das Grundgesetz und gab einer Klage von Schichtarbeiter:innen gegen ihre Arbeitgeber auf mehr Geld statt. Das Bundesverfassungsgericht hat die Urteile nun aufgehoben und den Verfassungsbeschwerden der betroffenen Arbeitgeber stattgegeben. Wenn die Parteien des Tarifvertrags die Zuschläge so vereinbart hätten, sei das grundsätzlich zu akzeptieren, denn die Tarifautonomie sei vom Grundgesetz geschützt.

Die Entscheidung aus Karlsruhe hat weitreichende Bedeutung, denn tariflich vereinbarte unterschiedliche Bezahlung für vergleichbare Arbeit gibt es häufig. Viele Fälle, speziell zur Vergütung von Nachtarbeit, liegen schon bei den Gerichten. Allein am Bundesarbeitsgericht sind es derzeit etwa 400, in den unteren Instanzen sollen es rund 4.000 sein.

(tagesschau, 19. Februar 2025)

Türkei: Textilstreik

In mehr als 20 Fabriken im Industriegebiet Başpınar in der türkischen Metropole Gaziantep streiken Kolleg:innen seit Anfang Februar für Lohnerhöhungen und mehr Rechte im Betrieb. Die Textilgewerkschaft Birtek-Sen organisiert den Streik. Die Fabrikbesitzer versuchen den Streik mit jedem Mittel zu beenden. Rückenwind bekommen sie von der Politik. Die Bezirksregierung in Gaziantep hat ein 15-tägiges Demonstrations- und Streikverbot verhängt und die Polizei räumte die Streikzelte vor den Fabriken. Immer wieder wurden Streikposten angegriffen und streikende Kolleg:innen verhaftet. Polizeibarrikaden sollen die Kolleg:innen am Streiken hindern.

Mehmet Türkmen, der Vorsitzende von Birtek-Sen, wurde am 19. Februar festgenommen und wegen »Verletzung der Arbeitspflicht« und »Anstiftung zu einer Straftat« inhaftiert. Weltweit kam es zu Solidaritätsbekundungen und -kundgebungen.

(Internationaler gewerkschaftlicher Arbeitskreis Köln, LabourNet)

Die Klassenfahrt des Walther Müller-Jentsch

Zum Tod von »WMJ« am 19.2.2025 – Ein Nachruf von Eberhard Schmidt*

Walther Müller-Jentsch wurde 1935 als Sohn eines Maschinenschlossers und einer Mutter, die vor der Heirat Sekretärin war, geboren. Er wuchs als drittes von fünf Kindern in einem Arbeiterviertel in Düsseldorf in sehr einfachen Verhältnissen auf. In einem »Autobiografischen Rückblick« hat er erzählt, dass er nach einem sehr guten Volkschulabschluss mit 15 Jahren die Schule verlassen musste, weil sein Vater, trotz der Empfehlung der Lehrer für den begabten Schüler, eine weiterführende Schule zu besuchen, ihm den weiteren Schulbesuch verwehrte. Angesichts von fünf Kindern erklärte er: »Dafür haben wir kein Geld«. Walther sollte seinen Unterhalt selbst verdienen.

Er wurde in eine kaufmännische Lehre gesteckt, obwohl er zu dieser Zeit eigentlich gerne Förster geworden wäre. Die Lehre ödete ihn an. Anschließend arbeitete er in einer kleinen Baufirma, wo ihn der Firmenchef zum Betriebsrat ernannte. Walthers Ehrgeiz befriedigte das alles nicht. Er besuchte nach der Arbeit eine Abendschule, um die mittlere Reife zu erreichen. In dieser Zeit wandte er sich der Literatur zu, las Tucholsky und Brecht und schrieb Gedichte, von denen einige sogar gedruckt wurden. Die Beschäftigung mit der Literatur war ein »Erweckungserlebnis« für ihn, schreibt er.

Er betätigte sich in dieser Zeit auch journalistisch und schrieb Mitte der fünfziger Jahre regelmäßig in der *Anderen Zeitung*, einem linken Wochenblatt. Als Abendschule und Berufstätigkeit ihn überforderten, hörte er von einem neuen Bildungsprojekt der hessischen Landesregierung, dem gerade gegründeten Hessenkolleg, das in einem zweieinhalbjährigen Kurs zum Begabtenabitur führte. Dafür musste man vor Ort wohnen, also zog Walther nach Frankfurt. Mittellos wohnte er zunächst eine Zeitlang in einer Schlafstätte für ledige Männer, dann fand er eine winzige Mansardenwohnung ohne fließendes Wasser. Schon länger im »Demokratischen Kulturbund«, einer Vorfeldorganisation der damals verbotenen KPD, aktiv, wurde er für 200 Mark monatlich Schriftleiter der Zeitschrift »Kultur und Gesellschaft«, obwohl er nach einer Reise in die DDR von der stalinistischen Variante des Sozialismus abgestoßen war. Von dieser Tätigkeit und gelegentlichen, bezahlten Filmkritiken lebte er.

Es war eine entscheidende Wende in seinem Leben, als er dann ins Hessenkolleg aufgenommen wurde und ein Stipendium von der Walter-Kolb-Stiftung in Höhe von 180 Mark plus 20 Mark Büchergeld im Monat erhielt. Nach dem Abitur 1963 begann er ein Studium der Soziologie bei Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas, das er, unterbrochen von einem Studienjahr an der London School of Economics, als Diplom-Soziologe abschloss. Walther trat nach dem erfolgreichen Studienabschluss 1968 eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Frankfurter Institut für Sozialforschung an, das zu dieser Zeit noch von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno geleitet wurde. Seine erste große Forschungsarbeit war die bedeutende wissenschaftliche Studie »Gewerkschaften in der Bundesrepublik«, eine zweibändige Pionierarbeit für die Erforschung der modernen Gewerkschaften, die er 1975 gemeinsam mit Otto Jacobi und Joachim Bergmann geschrieben hat. In dieser Zeit arbeitete er intensiv in der Redaktion des *express* mit und veröffentlichte regelmäßig Artikel.

1982, nach 14 Jahren, verließ er das Institut. Er hatte einen Ruf auf eine Professur an die Universität Paderborn erhalten, an der er bis 1992 lehrte und forschte. Danach folgte er einem Ruf auf den Lehrstuhl für Organisation und Mitbestimmung an der Ruhr-Universität Bochum, den die IG Metall und die Hans-Böckler-Stiftung ins Leben gerufen hatten. Dazwischen lag noch eine ehrenvolle Gastprofessur als Visiting Professor für Europäische Industrielle Beziehungen an der University of Warwick in England. Bis zur Emeritierung 2001 hat Walther eine Fülle von Publikationen in seinem Fachgebiet vorgelegt, darunter »Soziologie der Industriellen Beziehungen«, das erste deutschsprachige Lehrbuch auf diesem Fachgebiet. Zuletzt wandte er sich dem Problemkomplex von Mitbestimmung in der Wirtschaftsordnung und Sozialverfassung zu. Walther war zu einem der bedeutendsten Vertreter der Industriesoziologie in Deutschland geworden, war langjähriger Gutachter für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Mitglied des Vorstandes der deutschen Sektion der International Industrial Relations Association, Mitbegründer der Zeitschrift für Industrielle Beziehungen und vieles mehr.

Anfang der siebziger Jahre hatte Walther die Idee mit den »Kritischen Gewerkschaftsjahrbüchern«. Gemeinsam mit dem 2024 verstorbenen Otto Jacobi haben wir die Jahrbücher elf Jahre lang gemeinsam redigiert. Anschließend trafen wir uns wieder im »Hattinger Kreis«, der sich der Modernisierung der Gewerkschaften widmete und von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt wurde. Die Böckler-Stiftung war es auch, die ihm zum 80. Geburtstag ein Symposium ausrichtete: »Konfliktpartnerschaft – Perspektiven eines Konzepts«.

Zuletzt galt sein großes Interesse der Kultursoziologie. Auch hier hat er bemerkenswerte Beiträge geliefert, unter anderem mit »Die Kunst in der Gesellschaft«, einer ersten systematischen Darstellung des Kunstsystems und seiner Institutionen.

** Eberhard Schmidt war von 1966-1970 einer der Sprecher des IG Metall-Vorstandes, langjähriges Mitglied des* express international *und bis zu seiner Emeritierung 2004 Professor für Politikwissenschaft an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.*

PROKLA
ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT
Seit 1971

Einzelheft: ca. 184 S., € 15,–

Jetzt auch im Digital- und Sozial-Abo* ab 29,- Euro im Jahr * und im Förder-Abo!

Schwerpunktthemen

- Nr. 215: Demokratische Planwirtschaft in Zeiten von Digitalisierung und Klimakrise (2/2024)
- Nr. 216: Widersprüche »grüner« industrieller Transformation (3/2024)
- Nr. 217: Mythos der Maschine? Künstliche Intelligenz und Gesellschaftskritik (4/2024)
- **Nr. 218: Surplus Societies – Überflüssige im Gegenwartskapitalismus? (1/2025)**

Probeheft anfordern!
Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de/prokla

100 Jahre Rote Hilfe – 100 Jahre Solidarität

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Schwerpunkt 1/2025: Tod durch Polizei

info@rote-hilfe.de ★ rote-hilfe.de

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Heiner Dribbusch:* »STREIK. Arbeitskämpfe und Streikende in Deutschland seit 2000 – Daten, Ereignisse, Analysen«. VSA-Verlag: Hamburg 2023.
- ☐ *Carsten Wirth (Hrsg.):* Konkurrenzen und Solidaritäten. Festschrift für Anton Kobel zum 75. Geburtstag, Nomos: Baden-Baden 2021
- ☐ *Mario Candeias (Hrsg.):* »Klassentheorie. Vom Making und Remaking«. Argument-Verlag: Hamburg 2021.
- ☐ *Slave Cubela:* »Anger – Hope – Action. Organizing und soziale Kämpfe im Zeitalter des Zorns«. Verlag Die Buchmacherei: Berlin 2021.
- ☐ *Jane McAlevey:* »Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie«. VSA-Verlag: Hamburg 2021.

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.

Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 3 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse);
- ☐ zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

- ☐ mein Jahresabonnement (40 Euro)
- ☐ meine Förderabonnement (70 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (20 Euro) – (Studierende, Auszubildende, Erwerbslose – Beleg beifügen)
- ☐ mein Institutionenabo (80 Euro) – BR, Bibliotheken etc.
- ☐ gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84, *email:* express-afp@online.de, www.express-afp.info, www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 4,00 Euro; Jahresabonnement 40 Euro, erm. 20 Euro (Studierende, Auszubildende) und 80 Euro Institutionenabo – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung: AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37 BIC: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343–5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Union Druckerei, Berlin